



Plenarprotokoll

107. Sitzung

Mittwoch, 27. Januar 2021

Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft	8107	Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	8110
Sofortprogramm für eine kostenlose Maskenabgabe in Schleswig-Holstein	8109	Mündlicher Bericht zum Perspektivplan	8110
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2728		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2732	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	8109	Daniel Günther, Ministerpräsident.	8110
Mündlicher Bericht zum Perspektivplan	8109	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	8113
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2732		Hans-Jörn Arp [CDU].....	8116
		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8119
		Christopher Vogt [FDP].....	8123
		Lars Harms [SSW].....	8126
		Jörg Nobis [AfD].....	8130

Beschluss: Der Berichts-antrag Drucksache 19/2732 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	8131	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2704	
Niemanden zurücklassen!.....	8131	e) Umsetzung der Corona-Maßnahmen in Schulen.....	8133
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2737		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2716	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	8131	f) Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2019/20.....	8133
Wahl der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung des Landes Schleswig-Holstein	8131	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2471	
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2700		g) Niemanden zurücklassen!.....	8133
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/2700 mit der erforderlichen Mehrheit.....	8132	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2737	
Gemeinsame Beratung		Peer Knöfler [CDU], Bericht-erstatte.....	8133
a) Zweite Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes aufgrund der Coronavirus-Pandemie.....	8133	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.	8133
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2631		Martin Habersaat [SPD].....	8137, 8155
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/2706		Tobias von der Heide [CDU].....	8140
b) Schulabschlüsse 2021 für Schülerinnen und Schüler gewährleisten.....	8133	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	8143
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2621		Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8145
c) Schulchaos beenden!.....	8133	Anita Klahn [FDP].....	8149, 8156
Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2683		Volker Schnurrbusch [AfD].....	8152
d) DigitalPakt Schule endlich umsetzen.....	8133	Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]....	8153
		Tobias Koch [CDU].....	8154
		Beschluss: 1. Der Berichts-antrag Drucksache 19/2716 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden	
		2. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/2631	
		3. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2621	
		4. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2683	
		5. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2704	
		6. Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung Drucksache 19/2471	
		7. Überweisung des Antrags Drucksache 19/2737 an den Bildungsausschuss.....	8156

Gemeinsame Beratung**a) Corona-Schutzimpfungen - Ungleichbehandlungen geimpfter und nicht geimpfter Personen durch die Privatwirtschaft verhindern.....**

8156

Antrag des Abgeordneten
Dr. Frank Brodehl (fraktionslos)
Drucksache 19/2695

b) Bericht über den Stand der Corona-Schutzimpfungen in Schleswig-Holstein.....

8156

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP
Drucksache 19/2707

c) Akzeptanz für die Impfstrategie und die Corona-Maßnahmen stärken.....

8156

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2670

Sicherstellung zeitnaher Corona-Impfungen für Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein.....

8156

Alternativantrag der Fraktionen
von CDU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2675

Bericht und Beschlussempfehlung
des Sozialausschusses
Drucksache 19/2708

d) Ein zusätzliches Impfangebot für unsere älteren Generationen.....

8156

Beschlussempfehlung des Sozial-
ausschusses
Drucksache 19/2709

Dr. Heiner Garg, Minister für So-
ziales, Gesundheit, Jugend, Fa-
milie und Senioren..... 8157, 8166
Katja Rathje-Hoffmann [CDU]..... 8158
Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]... 8159
Birte Pauls [SPD]..... 8160
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 8161
Dennys Bornhöft [FDP]..... 8162

Christian Dirschauer [SSW]..... 8164
Claus Schaffer [AfD]..... 8165
Bernd Heinemann [SPD]..... 8166
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 8168

Beschluss: 1. Der Berichts Antrag
Drucksache 19/2707 hat durch die
Berichterstattung der Landesregie-
rung seine Erledigung gefunden
2. Ablehnung des Antrags
Drucksache 19/2695
3. Ablehnung des Antrags
Drucksache 19/2670
4. Annahme des Antrags
Drucksache 19/2675 in der Fas-
sung der Drucksache 19/2708
5. Annahme des Ent-
schließungsantrags in der Be-
schlussempfehlung Drucksache
19/2709..... 8169

Gemeinsame Beratung**a) Bundesländer in die Mittelvergabe im Rahmen des Aufbauinstruments Next Generation EU einbeziehen.....**

8169

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP
Drucksache 19/2561

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Fundament bei der Mittelvergabe aus den EU-Fonds zur Bewältigung der Pandemie- und der Klimakrise.....

8169

Alternativantrag der Fraktion der
SPD
Drucksache 19/2627

b) European Green Deal muss auch in der Krise die sozialökologische Wende bringen!.....

8170

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2608

Lockdown-Folgen bekämpfen, Wirtschaft effektiv stärken, EU-Vorgaben der Krise anpassen.....

8170

Alternativantrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/2651		b) Wahl von Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums	8179
Heiner Rickers [CDU].....	8170	Wahlvorschlag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/2692	
Regina Poersch [SPD].....	8171	Beschluss: 1. Ablehnung des Wahlvorschlags Drucksache 19/2692 2. Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/2668.....	8179
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8172	Sofortprogramm für eine kostenlose Maskenabgabe in Schleswig-Holstein	8179
Stephan Holowaty [FDP].....	8173	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2728	
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	8175	Versorgung mit medizinischen Masken sicherstellen	8179
Volker Schnurrbusch [AfD].....	8176	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2738	
Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz.....	8177	Birte Pauls [SPD].....	8179, 8188
Beschluss: 1. Überweisung der Anträge Drucksachen 19/2561 und 19/2627 an den Europaausschuss 2. Überweisung des Antrags Drucksache 19/2608 federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss 3. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2651.....	8178	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	8181
Neubestimmung der Zusammensetzung und der Zahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß § 26 Absatz 2 Landesverfassungsschutzgesetz	8178	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8182
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2667 (neu)		Dennys Bornhöft [FDP].....	8182
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2667 (neu).....	8178	Christian Dirschauer [SSW].....	8184
Claus Schaffer [AfD].....	8178	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	8185
Gemeinsame Beratung		Stephan Holowaty [FDP].....	8187
a) Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums		Monika Heinold, Finanzministerin	8189
.....	8179	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	8192
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2668		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2728 2. Annahme des Antrags Drucksache 19/2738.....	8192
		Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.07.2020 bis 30.09.2020	8192
		Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 19/2657	
		Hauke Götsch [CDU], Bericht-ersteller.....	8192

Beschluss: Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 19/2657 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen..... 8193

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 42. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Kirsten Eickhoff-Weber und Tobias von Pein. Wir wünschen ihnen gute Genesung.

(Beifall)

Die Abgeordneten Kilian und Voß haben sich nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung für die heutige Sitzung entschuldigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute ist der 27. Januar, der zentrale Gedenktag für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Wegen der Coronapandemie ist es uns heute leider nicht möglich, diesen Tag so zu begehen, wie es notwendig wäre und seiner Bedeutung eigentlich zukommt. Das heißt allerdings nicht, dass wir einen so wichtigen Tag ohne ein Wort des Gedenkens verstreichen lassen. Dafür hat dieses Datum uns Deutschen zu viel zu sagen, und zwar nicht nur über unsere Vergangenheit, sondern auch über unsere Gegenwart und Zukunft.

In diesem Jahr hätten die schrecklichen Ereignisse vom 3. Mai 1945 in der Neustädter Bucht im Zentrum des Gedenkens gestanden. An Bord des Passagierdampfers „Cap Arcona“ und des kleineren Frachtschiffes „Thielbek“ starben damals bei einem alliierten Bombenangriff mehr als 7.000 Menschen. Die meisten Opfer waren zuvor Häftlinge verschiedener Konzentrationslager gewesen. Wenige Tage vor dem Kriegsende, das die Rettung dieser gequälten Menschen gewesen wäre, mussten sie doch noch ihr Leben lassen.

Dass die Bomben und Raketen, die beide Schiffe in der Neustädter Bucht versenkten, von britischen Piloten abgeschossen wurden, ist der bis heute besonders tragische Aspekt des 3. Mai 1945, denn die Briten glaubten, auf Schiffe der deutschen Kriegsmarine zu schießen. Sie wussten nichts von den hilflosen KZ-Häftlingen an Bord.

Die deutschen Bewacher hatten diese Verwechslung gezielt einkalkuliert. Die Häftlinge hatte man in Todesmärschen aus Hamburg in Bewegung gesetzt, um die Lager noch vor Ankunft der Alliierten zu räumen, und in der perfiden Hoffnung, so Beweise für die unmenschlichen NS-Verbrechen zu vernich-

(Präsident Klaus Schlie)

ten. Um Vernichtung im wahrsten Sinne des Wortes, um die Ermordung der KZ-Häftlinge kurz vor Kriegsende, ging es auch, als die entkräfteten Überlebenden auf die beiden Schiffe gepfercht wurden. Ganz gezielt waren die Rettungsboote der beiden schwimmenden Gefängnisse sabotiert und die Rumpfe von der SS mit entflammbarem Treibstoff gefüllt worden. Die Tragödie von Neustadt, der Tod von Tausenden von Menschen, war von den Nazis geplant. Sie tragen die Schuld an diesem Verbrechen.

Meine Damen und Herren, die erneute Aufarbeitung dieses Verbrechens und die Erinnerung daran hat sich zurzeit das Museum Cap Arcona in Neustadt/Holstein in Zusammenarbeit mit Neustädter Schulen und begleitet durch die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein zur Aufgabe gemacht. Es ist außerordentlich bedauerlich, dass eine für dieses Jahr geplante Ausstellung und eine Vorstellung des Projekts nicht stattfinden können. Ich möchte aber an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass diese Präsentation nachgeholt wird, um so eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Die Erinnerung an das Verbrechen in der Neustädter Bucht steht für ein neues Kapitel in der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit. Sie steht stellvertretend für viele andere Orte des Gedenkens an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft, welche buchstäblich vor der Haustür bei uns in Schleswig-Holstein zu finden sind.

Der Holocaust, der massenhafte und industrialisierte Mord an Juden, Sinti und Roma, an sowjetischen Kriegsgefangenen, Homosexuellen, an Menschen mit Behinderung und an politischen Gegnern des Nationalsozialismus, fand zu einem großen Teil in den Konzentrationslagern statt, die außerhalb, aber auch innerhalb Deutschlands standen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Erniedrigung, Misshandlung und Ermordung von Menschen auch in vielen kleinen Außenlagern der Nazis stattfanden und damit buchstäblich für jede und jeden erkennbar waren. Das ist eine Erkenntnis, die dazu geführt hat, dass wir heute wissen, dass der Satz von den Verbrechen, von denen so viele nichts gewusst hätten, unzutreffend ist.

Gerade diese Erkenntnis verpflichtet uns zugleich dazu, niemals wegzusehen, wenn sich Diskriminierung und Hass, Rassismus und Antisemitismus heute wieder in ihren unsäglichen Anfängen zeigen. Wehren wir Demokratinnen und Demokraten gemeinsam den Anfängen!

„Die Erinnerung darf nicht enden,“

- so hat es Bundespräsident Roman Herzog einmal gesagt -

„sie muss auch zukünftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen.“

Diese Wachsamkeit ist heute wieder nötiger denn je. Der Wunsch einer wachsenden Zahl von Menschen, in Deutschland, aber auch anderswo in Europa und der Welt komplexe Herausforderungen auf allzu simple Formeln und Parolen zu reduzieren, wird leider größer und hat leider auch unsere Parlamente erfasst. Das alles ist zutiefst beunruhigend, und diese Beobachtungen mahnen uns Demokratinnen und Demokraten, die Grundlagen nicht zu vergessen, auf denen unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft vor 75 Jahren aufbaute und die uns überhaupt erst einen Neuanfang ermöglichte.

In Neustadt und in ganz Schleswig-Holstein haben es sich engagierte Bürgerinnen und Bürger eingedenk dieser niemals endenden Verantwortung der Deutschen für die NS-Verbrechen zur Aufgabe gemacht, auch zukünftige Generationen mit diesem wichtigen und für unsere Demokratie unverzichtbaren Thema zu konfrontieren. Rund 75 Jahre nach dem Ende der NS-Schreckensherrschaft ist das ein notwendiges, aber auch ein gutes Zeichen. Wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner stellen uns unserer historischen Verantwortung, wir setzen uns mit unserer Geschichte auseinander, und wir ziehen daraus immer wieder wichtige Schlüsse.

Schleswig-Holstein verdankt seinen demokratischen Neuanfang dem Vertrauen derjenigen Staaten, die 1945 den Nationalsozialismus unter blutigen Opfern besiegten und uns Deutschen damit die Freiheit schenkten. Wenn wir heute, 75 Jahre später, alles dafür tun, an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, sie nicht zu vergessen und eine Wiederholung solcher Verbrechen schon im Ansatz zu verhindern, tun wir das in dem Bewusstsein der Dankbarkeit gegenüber jenen Menschen, die damals angesichts ungeheuerlicher Verbrechen das Vertrauen in ein demokratisches Deutschland nicht verloren hatten.

Meine Damen und Herren, das diesjährige Gedenken an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft findet coronabedingt in anderer Form, leiser als sonst, statt. Aber es findet statt, und das ist eine wichtige Botschaft. Die digitale Vernetzung ermöglicht es uns heute, auch unter diesen besonderen Bedingungen und Belastungen über das, was damals an Verbrechen geschah, zu informieren, uns auszutau-

(Präsident Klaus Schlie)

schen und neue Formen des Gedenkens und Erinnerns zu finden.

Ich habe zu Beginn meiner Rede gesagt, dass uns der Gedenktag des 27. Januar nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über die Gegenwart und die Zukunft viel zu sagen hat. Haben wir gelernt? Und: Was haben wir gelernt? - Die derzeitige Situation ist nicht mit den Jahren des Weltkrieges und den unaussprechlichen Menschheitsverbrechen zu vergleichen, die damals im deutschen Namen und durch Deutsche verübt wurden, aber die derzeitige Pandemie ist zweifellos die größte Herausforderung unserer Gesellschaft seit Ende des Krieges.

In die Bewältigung dieser Krise, die uns vor medizinische und wirtschaftliche sowie vor allem soziale und ethische Herausforderungen stellt, müssen aus der Vergangenheit gezogene Lehren einfließen. Das ist der Fall. Ich habe positiv zur Kenntnis genommen, dass von Beginn der Coronakrise an der Schutz unserer gesundheitlich schwächsten Mitbürgerinnen und Mitbürger stets das entscheidende Kriterium für die Vorgehensweise der Bundesregierung und der Landesregierungen war. Der ethische Maßstab ist ein integraler Bestandteil unseres staatlichen Handelns; das ist eine der wohl wichtigsten Lehren aus unserer Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, wir, die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, gedenken heute gemeinsam mit allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Arbeit, die in unserem Land bereits bisher für die Erinnerung an diesen Tag geleistet wurde, ist beeindruckend, und der Wille, dieses Gedenken lebendig und mit Blick auf die kommenden Generationen weiterzutragen, ist verdienstvoll und aller Anerkennung wert. Ich wünsche allen, die sich in diese Arbeit einbringen - in Neustadt und anderswo in unserem Land - Erfolg, Ausdauer und gutes Gelingen. Sie bauen aktiv und an entscheidender Stelle mit an unserem Haus der Demokratie. Sie weisen uns immer wieder auf das unverrückbare Fundament dieses Hauses hin, die Verantwortung, unsere Demokratie aktiv zu gestalten und aktiv zu verteidigen. Ich danke Ihnen allen sehr herzlich für ihren Einsatz.

Meine Damen und Herren, gemeinsam wollen wir zu Beginn dieser Tagung innehalten und uns an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erinnern. Dazu bitte ich Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Wir gedenken der Millionen Menschen, die von den Nationalsozialisten entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden.

Wir erinnern uns an all jene, die der totalitären Staatsgewalt zum Opfer fielen, weil sie Juden waren oder Sinti und Roma oder weil sie sich aus religiösen oder politischen Beweggründen oder Mitmenschlichkeit widersetzen.

Wir erinnern uns an die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, an die von Deutschen dem Hungertod preisgegebenen Kriegsgefangenen, an die Opfer staatlicher Euthanasie, an Homosexuelle, Deserteure und Angehörige anderer Minderheiten, an Frauen, Männer und Kinder aller Völker.

Meine Damen und Herren, es ist an uns, in Worten und Taten Zeichen zu setzen gegen Ausgrenzung und Hass, gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

76 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz ist es mir ein besonderes Bedürfnis zu betonen, dass vor allem der Schutz jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland höchste politische und gesellschaftliche Priorität besitzen muss. Jüdisches Leben gehört zu uns; es ist ein integraler Teil unserer Gesellschaft. Jüdinnen und Juden müssen sich - wie jede Bürgerin und jeder Bürger - in unserer demokratischen Gesellschaft sicher und frei fühlen können. Dafür wird sich dieses Parlament immer kompromisslos und mit Nachdruck einsetzen. - Ich danke Ihnen.

Sofortprogramm für eine kostenlose Maskenabgabe in Schleswig-Holstein

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2728

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der SPD hat im Wege der Dringlichkeit mit der Drucksache 19/2728 einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 19/2728 abstimmen; Sie wissen, es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einmütiger Fall. Damit ist die Dringlichkeit gegeben.

Mündlicher Bericht zum Perspektivplan

(Präsident Klaus Schlie)

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2732

Weiter haben die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Wege der Dringlichkeit mit der Drucksache 19/2732 einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt. Wird hierzu das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich hierüber abstimmen: Wer der Dringlichkeit zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch hier, sehe ich, ist das einmütig der Fall. Damit ist auch bei diesem Antrag die Dringlichkeit gegeben.

Meine Damen und Herren, der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, entgegen der ursprünglichen Planung eine zweitägige Plenartagung durchzuführen, also am heutigen Mittwoch und morgigen Donnerstag. Das ist natürlich der besonderen Pandemiesituation geschuldet. Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 4 bis 13, 19 bis 22, 27 und 37 bis 39 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 46 bis 51.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 3, 17, 23, 28, 35 und 43 - Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes aufgrund der Coronaviruspandemie, Anträge zur Schule während der Coronapandemie und ein Bericht über die Unterrichtssituation -, die Tagesordnungspunkte 25, 29, 41 und 42 - Coronaschutzimpfungen -, die Tagesordnungspunkte 30, 31 und 33 - Abwicklung Wirtschaftshilfen und Dispositionszinsen begrenzen -, die Tagesordnungspunkte 36 und 40 - Auswirkungen der Coronapandemie auf die Hochschulen und die Studierenden abmildern, BAföG schnell und grundsätzlich überarbeiten.

Anträge zu einer Fragestunde oder Aktuellen Stunde liegen nicht vor. Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 42. Tagung. Wir werden heute unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr und morgen, ebenfalls mit einer zweistündigen Mittagspause, bis circa - das wird sich ergeben - 16:30 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages. - Seien Sie uns herzlich willkommen, auch in diesen Zeiten!

(Beifall)

Ich rufe nach der Verständigung zwischen den Fraktionen den Tagesordnungspunkt 36 B auf:

Mündlicher Bericht zum Perspektivplan

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2732

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse also zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch hier sehe ich, dass das einmütig der Fall ist.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme diesem Berichtsantrag für die Landesregierung selbstverständlich gern nach. Wir befinden uns im Moment in einer Phase, in der es viele Hiobsbotschaften gibt, Menschen der Mut genommen wird, Hoffnungslosigkeit um sich greift - die Nachrichten über mangelnden Impfstoff, die Mutation, die wir nicht genau einschätzen können, stagnierende Werte, insgesamt düstere Prognosen.

In diesen Zeiten legen wir einen Perspektivplan vor. Kann das funktionieren? Kann das an der Stelle richtig sein, so zu kommunizieren? Ich sage sehr klar: Ich halte es für unsere Pflicht in der Politik, in diesen Zeiten nicht nur Mut zu machen, sondern auch Perspektiven aufzuzeigen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD und SSW)

Jeder versteht, dass wir die Zukunft nicht vorhersagen können, aber niemand versteht, dass wir nicht beantworten können, was passiert, wenn bestimmte Erwartungen sich erfüllen und bestimmte Werte zurückgehen. Es ist die Pflicht der Politik, dass wir hierauf Antworten geben. Deswegen bin ich stolz darauf, dass die Jamaika-Koalition einen Perspektivplan vorgelegt hat.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Ich möchte, dass Menschen wissen: Wofür lohnt sich mein Einsatz im Moment? Was kann ich damit erreichen, dass ich mich an Regeln halte? Was heißt es für mich, wenn bestimmte Inzidenzwerte sinken? Was heißt das für meinen Betrieb? Kann ich Hoffnung haben, dass ich wieder öffnen kann?

Seien wir ehrlich: Im Moment gibt es darauf überhaupt keine Antwort. Deswegen fand ich es richtig, dass wir uns bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz dazu verpflichtet haben, beim nächsten Mal einen solchen Perspektivplan zu verabschieden. Weil wir das von hier aus gefordert haben - aus dem Landtag, mit Unterstützung von ganz vielen -, sind wir in der Pflicht, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen und einen solchen Perspektivplan für die bundesweite Beratung vorzuschlagen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich: Wir setzen einen Landtagsbeschluss um, den Sie gemeinsam gefasst haben. Aber ich sage auch: Eine ganze Menge - auch von Ihnen Abgeordneten - können sich das selbst, als ihr Projekt ans Revers heften, weil auch von hier so viele Anregungen gekommen sind. Sie kamen nicht nur aus dem Kreise der regierungstragenden Fraktionen, sondern es war immer auch eine Forderung der Opposition, einen solchen Perspektivplan vorzulegen. Deswegen können wir gemeinsam darauf stolz sein, dass wir uns in diese bundespolitische Debatte begeben. Ich danke ausdrücklich auch SPD und SSW für viele Anregungen, die hier gekommen sind.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP, SPD und SSW)

Ich weiß natürlich, dass sich ein solcher Plan angreifbar macht. Viele, die keine frühzeitige Perspektive sehen, lesen das im Moment ein wenig schwarz auf weiß. Natürlich gibt es viele Menschen, die die Erwartungshaltung haben, in einem solchen Perspektivplan gern das Datum lesen zu wollen, wann wieder geöffnet wird. Aber das werden wir definitiv nicht erfüllen können; das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Wir werden jetzt keine Daten nennen können, sondern, was wir tun können, ist, zu erklären, dass wir Inzidenzwerte haben, und Kriterien dafür zu benennen, wann Öffnungsschritte möglich sind. Zu welchem Zeitpunkt diese Öffnungsschritte erfolgen werden, kann man heute nicht präzise beantworten. Dafür muss man an dieser Stelle um Verständnis werben. Diese Prä-

zision wird kein Plan schaffen. Es schafft eher Frustration, wenn man Daten nennt, die man nachher nicht einhalten kann. Das ist das Schlimmste, das schafft kein Vertrauen. Deswegen ist unser Perspektivplan seiner Ausrichtung nach richtig - und schafft Vertrauen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Vor denen, die mitgeholfen haben, möchte ich ausdrücklich unseren Rat der Expertinnen und Experten loben, die uns in diesen Zeiten großartig beraten. Wenn es etwas gibt, das Vorbildcharakter hat, ist es der Expertenrat, den wir bei uns haben. Es sind Expertinnen und Experten nicht nur aus dem Bereich der Virologie, sondern aus allen wissenschaftlichen Professionen - mit dem Blick der Psychologie, dem Blick der Wirtschaftswissenschaften, dem Blick der Krisenforschung -, das heißt: umfassende Beratung, nicht nur eingegrenzte. Weil wir diese Unterstützung haben, blicken wir auch auf die anderen Schäden, die entstehen, in unseren Familien zum Beispiel. Das ist eine richtig gute Expertise und hat uns Kraft gegeben, einen solchen Perspektivplan vorzulegen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Wir werden natürlich über einige Details in diesem Plan miteinander sprechen müssen. Wir sind nicht so naiv zu glauben, dass alles sofort eins zu eins auf Bundesebene umgesetzt wird - dazu wird es bestimmt Vorschläge geben -, aber vieles ist hier klug angelegt - im Übrigen auch, dass wir landesweite Werte nehmen.

Natürlich kann man darüber diskutieren, ob man auch bei uns im Land über kreisweite Werte nachdenkt. Denkt man aber einmal darüber nach, wozu es führte, gingen wir nach Kreisen - was das für Verkehre nach sich zöge -, ist es in einigen Bereichen akzeptabel, aber in anderen Bereichen wird es wenig verständlich sein. Dass die Leute, wenn Gaststätten in einem Kreis geöffnet sind und im Nachbarkreis nicht, sagen: „Mensch, die Kreisgrenze wird zwar nicht kontrolliert, aber ich bleibe natürlich da, wo ich wohne“, wird sich am Ende nicht durchsetzen lassen. Deshalb werbe ich eher dafür, dass wir das Instrument nutzen, das wir schon haben. Wir werden natürlich schärfere Regelungen treffen - was wir übrigens bundesweit immer wieder gefordert haben, so wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben -, wenn es Ausreißer nach oben gibt. Wir haben das im Übrigen auch im Schulbereich immer wieder festgelegt: Wenn es

(Ministerpräsident Daniel Günther)

dort Inzidenzwertüberschreitungen gegeben hat, haben wir dort Maskenpflichten angeordnet, die es sonst nicht gegeben hat.

Es ist klug zu sagen „generell landesweit“, und bei besonderen Ausnahmen schärfere Regeln vor Ort zusammen mit den Verantwortungsträgerinnen und -trägern festzulegen, um diese Pandemie zu bekämpfen. Es ist der richtige Weg, den wir hier vorschlagen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir haben bei dem, was wir gemeinsam vorher immer gesagt haben, Wort gehalten.

Welcher Bereich ist der erste, den wir öffnen wollen? - Der erste Bereich, der eine Perspektive braucht, ist der gesamte Betreuungsbereich.

Das sind unsere Kitas und Schulen. Wir alle wissen, was Familien im Moment zu leisten haben und was sich dort abspielt. Hier eine erste Perspektive zu geben und zu sagen: „Wir können uns vorstellen, ab dem 15. Februar 2021, wenn sich die Werte positiv entwickeln, einen ersten Öffnungsschritt zu machen hin zu Wechselunterricht in den Grundschulen, hin zu einer Regelbetreuung eingeschränkt in den Kitas“, ist eine wichtige Nachricht. Wenn die Zahlen weiter nach unten gehen, werden wir diesen Schritt als Erstes machen. Ich halte das für verantwortbar und vertretbar; das ist ein wichtiges Signal.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir haben in unserem Regelwerk auch eine Stufe vorgesehen, damit es nicht immer wieder ein Rauf und Runter gibt. Auch das ist klug, dass nicht sofort, wenn Inzidenzwerte überschritten werden, eine Regel automatisch wieder zurückgenommen werden muss, sondern dass man einen Korridor von 25 % hat und im Übrigen weitere Kriterien zurate zieht. Auch das ist in dem Plan berücksichtigt. Denn nicht nur der Inzidenzwert ist wichtig, sondern natürlich spielt das Thema Kapazitätsauslastung eine Rolle, natürlich spielt der Reproduktionsfaktor eine Rolle. All das werden wir berücksichtigen müssen.

Aber eine Inzidenzunterschreitung ist ein unglaublich wichtiger Anhaltspunkt, weil wir wissen: Wenn die Inzidenz unter 50 geht, ist Nachverfolgung möglich, wenn die Inzidenz unter 50 geht, werden unsere Krankenhäuser nicht überlastet. Deswegen ist das ein kluger Plan, den wir vorgelegt haben: transparent, verlässlich, aber mit allen Möglichkei-

ten nach oben und unten; das will ich immer wieder betonen.

Wir sollten hier nicht rausgehen und sagen, das sei ein Lockerungsplan. Für das Wort „Lockerungen“ ist im Moment nicht der richtige Zeitpunkt. Das ist ein Stufenplan, der Perspektiven aufzeigt, der Verlässlichkeit zeigt. Das ist der Sinn dieses Plans. Ich hoffe, dass sich der Plan bundesweit durchsetzen lässt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Natürlich stellen sich eine Menge Fragen; die kommen auch aus anderen Bundesländern, in denen es eine hohe Nachfrage nach dem Plan gibt. Die Arbeitsgruppe tagt ja, dort ist noch nichts vorgelegt worden.

Natürlich fragt man sich: Bedeutet dieser Plan, dass es zukünftig unterschiedliche Regelungen zwischen den Bundesländern geben wird? Da müssen wir ganz klar sagen: Ja, wird es. Wenn die Inzidenzen unterschiedlich sind, wird in manchen Bundesländern etwas erlaubt sein, was in anderen Bundesländern nicht erlaubt ist. Aber das ist auch bisher schon so gewesen. Bisher ist es nur nicht so gewesen, dass die Unterschiede inzidenzbasiert waren, sondern jedes Land hat das für sich entschieden. Wir hatten zum Teil die Situation, dass Länder mit höheren Inzidenzen mehr Öffnungen gehabt haben als andere. Das führt zu Frustration. Jetzt ist es so: Wenn ein Land gute Werte hat, es hinbekommt und verantworten kann, ist es in der Lage, Öffnungsmaßnahmen durchzuführen. Das ist ein transparenteres System als das, was wir bisher haben, und deswegen ist das ein guter Weg.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Christian Dirschauer [SSW])

Natürlich fragen sich viele Menschen: Wann wird mein Betrieb geöffnet, und was kann ich dazu beitragen? Ich sage: Der Perspektivplan soll all denjenigen helfen, die im Moment ein bisschen coronamüde geworden sind. Ja, wer würde das nicht selbst eingestehen! Ich will niemanden in die Mithaftung nehmen, aber ich sage das auch persönlich; ich glaube, wir sind alle nicht frei davon. Denn die Phase dauert lange, und man erfährt selbst immer wieder Rückschläge. Ich habe das Impfen angesprochen. Man wünscht sich mehr Schnelligkeit. Deswegen habe ich großes Verständnis für all diejenigen, die sagen: Ich brauche irgendwann wirklich einmal Licht am Ende des Tunnels; Familien, Menschen, die Betriebe haben, die im Moment nicht geöffnet werden können.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Ich will an der Stelle aber auch sagen: So groß mein Verständnis für diejenigen ist, die coronamüde sind, so viel kleiner wird mein Verständnis für diejenigen, die selbst nach neun Monaten Pandemie die Regeln nicht ernst nehmen, die immer noch glauben, dass sie gegen Regeln verstoßen können.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das haben Sie von mir hier so noch nicht gehört, weil ich immer appelliert habe. Ich glaube, dass es gelingt, dass viele Menschen mitmachen. Ich sage von diesem Rednerpult als Ministerpräsident aber auch: Wenn wir durch diese Krise kommen wollen, wenn wir Vertrauen in der Bevölkerung haben wollen, dann sollen jetzt auch diejenigen, die die Regeln bewusst missachten, die die Infektionszahlen nach oben bringen, wissen, dass das in Schleswig-Holstein Konsequenzen hat. Deswegen ist es richtig, dass wir auch die Polizei und unsere Ordnungsbehörden einsetzen, dass Bußgelder für all diejenigen verhängt werden, die sich unsolidarisch zeigen. Auch das ist im Moment eine wichtige Ansage. Ich finde es richtig, dass wir das konsequent durchsetzen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Perspektivplan ist ein Schritt, um durch die Pandemie zu kommen, aber dieser Schritt reicht - das wissen wir alle - nicht aus. Er zeigt manches auf, aber es heißt natürlich, dass wir in den nächsten Monaten trotz alledem noch etliches vor uns haben. Wir werden heute keine Entwarnung geben können, weil wir nicht prognostizieren können, wie sich manches auswirkt. Es wird immer wieder Rückschläge geben. Jedes Mal guckt man aufs Neue darauf, wie sich die Zahlen entwickeln. Natürlich wünschen wir uns alle, dass sie noch schneller nach unten gehen. Das wird in den nächsten Monaten leider immer noch die Regel sein.

Deswegen dürfen wir den Menschen bei allem Reden über Perspektivpläne nicht Illusionen machen, die wir nicht einhalten können. Deswegen müssen sich alle Bürgerinnen und Bürger darauf einstellen, dass die nächsten Monate immer noch von Entbehrlichkeiten geprägt sein werden, dass insbesondere Kontaktbeschränkungen in den nächsten Monaten noch nicht aufgehoben werden können. Das wird bittere Realität in unserem Land bleiben. Ich weiß, dass das viele Menschen enttäuscht.

Wenn wir diese Regeln in dieser Zeit einhalten, die der absolute Grundsatz sind, die übrigens auch vor einer Virusmutation schützen, wenn wir diese Re-

geln in ganzer Konsequenz einhalten, dann werden wir schneller und früher Perspektiven bekommen.

Es ist meine herzliche Bitte, dass wir mit diesem Perspektivplan wieder mehr Hoffnung aussenden können, dass wir Menschen zurückholen, die aus Überzeugung bei den Regeln mitmachen, weil sie wissen, warum es im Moment wichtig ist. Meine herzliche Bitte ist, dass Sie diesen Perspektivplan unterstützen, damit es uns gelingt, den auch bundesweit umzusetzen. Das wäre ein wichtiges Zeichen in diesen Wochen. Dafür bitte ich Sie herzlich um Ihre Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit mehr als zehn Monaten gehören die coronabedingten Einschränkungen zu unserem Alltag, an niemandem gehen sie spurlos vorbei, für viele sind sie eine große Belastung, für manche sind sie kaum noch zu ertragen.

Schon länger ist unbestreitbar - das stand auch im Mittelpunkt der letzten Landtagsdebatte -, dass wir mehr Klarheit brauchen, wann und warum welche Einschränkungen notwendig sind, um die nach wie vor hohe Akzeptanz für die Maßnahmen in der Bevölkerung zu erhalten. Darum hat meine Fraktion bereits im vergangenen Herbst den Vorschlag einer Corona-Inzidenzampel gemacht. Ich will in aller Deutlichkeit sagen: Es ist gut, dass die Landesregierung bei ihrer Positionierung für die kommenden Bund-Länder-Gespräche darauf zurückgekommen ist, unabhängig davon, welchen Titel dieses Konstrukt bekommt. Alles, was zu mehr Transparenz führt, ist der richtige Weg und findet unsere Unterstützung.

(Beifall SPD und vereinzelt FDP)

Wie bei der Entlastung der Eltern von den Kita-Beiträgen, wie bei den Hilfen für Betriebe über zehn Mitarbeitern, wie bei den besseren Absprachen mit den Hamburger Nachbarn, wie bei den zusätzlichen Schulbussen und vor allen Dingen wie bei dem bürgerfreundlichen Terminmanagement für die Coronaimpfungen haben Sie nach anfänglichem Zögern und einer gewissen politischen Schamfrist unsere beharrlichen Initiativen aufgegriffen. Dafür will ich

(Dr. Ralf Stegner)

Sie ausdrücklich loben. Das müssen Sie aushalten, und das können Sie auch. Es ist gut, wenn Sie klugen Ratschlägen folgen.

(Beifall SPD)

- Weil Sie schmunzeln, will ich sagen: Wir haben ja ein hervorragendes Protokoll, das dokumentiert, was wir hier im Landtag gesagt haben. Da können Sie nachlesen, dass es der Wahrheit entspricht, was ich gerade vorgetragen habe.

(Christopher Vogt [FDP]: Sensationell!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle haben die berechtigte Hoffnung, dass die Situation dank der Impfungen langsam besser wird. Wer sich aber die Warnungen der Expertinnen und Experten aufmerksam durchliest, erkennt schnell: Wir sind noch lange nicht über den Berg, im Gegenteil. Nicht nur mit Blick auf die Rolle der Mutationen werden die kommenden Wochen uns als Gesellschaft enorm fordern. Niemand wünscht sich Rückschläge, aber ausgeschlossen sind sie eben nicht.

Die Entwicklung der Infektionszahlen in Schleswig-Holstein ist trotz aller Hinweise auf Regionen, die noch schlechter dran sind, weit weniger positiv, als wir es uns wünschen könnten. Der Trend geht übrigens teilweise in die falsche Richtung.

Das politische Umfeld für einen Erfolg dieses Stufenplans ist nicht eben günstig. Die Frau Bundeskanzlerin wird mit dem Satz zitiert:

„Uns ist das Ding entglitten.“

Ihr Kanzleramtschef Braun philosophiert öffentlich über eine Grundgesetzänderung zur Aufweichung der Schuldenbremse und wird wegen unerlaubten Denkens umgehend vom neuen Parteichef Laschet und seinem Fraktionsvorsitzenden Brinkhaus zurückgepfiffen.

(Zurufe)

Schließlich wird Bundesgesundheitsminister Spahn von den Impfstoffherstellern täglich duiert. Seine Versprechungen, im Sommer werde jeder, der dies wünsche, ein Impfangebot erhalten, sind praktisch Makulatur. Insofern sind positive politische Signale aus dem Norden durchaus angebracht.

Ja, wir alle brauchen Lichtblicke. Das will ich ausdrücklich sagen. Es wird nicht besser mit der Depression, wenn man auch noch Weltuntergangsszenarien entwickelt. Wir müssen aber sehr genau aufpassen, dass die berechtigten Warnungen in Anbetracht der Debatten über Öffnungen nicht aus dem Bewusstsein verdrängt werden. Es ist ein denkbar

schlechter Zeitpunkt für falsche Nachlässigkeit. Die Zahlen sinken nur dann, wenn wir gemeinsam daran arbeiten. Eine große schleswig-holsteinische Tageszeitung hat heute zu Recht darauf hingewiesen, wie gefährlich es sein kann, gleichzeitig mit dem Fuß auf Gas- und Bremspedal zu treten. Insofern könnte die Corona-Inzidenzampel für deutlich mehr politische Verkehrssicherheit und auch für Übersichtlichkeit im politischen Straßenverkehr sorgen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Prinzip sind Sie von der Regierungskoalition auf dem richtigen Weg, wenn Sie inzidenzbasierte Regelungen vorschlagen. Das hatten wir ja eingefordert. Allerdings wundert mich gerade mit Blick auf die Freien Demokraten, warum Sie diesen Vorschlag falsch herum begründen. Es hat einen Grund, dass meine Fraktion sich wünscht, dass die Systematik der gestern präsentierten Vorschläge vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Es geht nämlich um Rechtssicherheit, damit das Coronamanagement nicht von den Gerichten kassiert wird. Es ist nämlich eine große Errungenschaft, dass Grundrechte in unserem Land nicht nach Gutdünken verteilt werden.

(Zuruf FDP: Ja, und jetzt?)

Grundrechte sind etwas, auf das alle Bürger einen Anspruch haben. Daher führt eine Debatte, die den Eindruck erweckt, wir bräuchten Begründungen für Lockerungen oder Öffnungen, in die falsche Richtung. Das Ampelsystem - von mir aus auch der Stufenplan - ist das richtige Instrument, aber nicht, um zu begründen, warum der Normalzustand wiederhergestellt wird, sondern als transparenter Maßstab für Bürgerinnen und Bürger, warum Einschränkungen noch andauern müssen. So herum ist es richtig, denn für jede dieser Einschränkungen braucht es eine plausible und faktenbasierte Begründung. Weiterhin gilt: Alle Maßnahmen müssen nachvollziehbar, transparent und effektiv sein. Das ist übrigens mit jeder Woche wichtiger, die uns diese Pandemie fordert.

Gucken Sie sich einmal die Gerichtsurteile an, sie mehren sich ja. Es kann nicht in unserem Interesse sein, dass es so ist. Unabhängig vom Stufenplan müssen wir auch wissen: Der Gesundheitsschutz muss allerobere Priorität haben. Das sage ich immer wieder, damit wir hier nicht auf das falsche Gleis kommen. Man muss aber nicht begründen, warum man Freiheitseinschränkungen aufhebt, sondern man muss begründen, warum man Freiheiten einschränkt. Das muss immer die Systematik bleiben, sonst werden wir vor Gericht unterliegen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Kleinigkeit. Es hört sich klein an, das so darzustellen, und es ist schwer, es in der Öffentlichkeit zu begründen. Ich will das aber sagen, weil unser Verständnis ist: Die Grundrechte sind da, man hat im Prinzip immer Anspruch auf sie. Einschränkungen müssen immer begründet werden und dürfen auch nur zeitlich begrenzt festgelegt werden. - Ich sehe Ihr Kopfschütteln. Der Justizminister weiß aber, dass es so ist. Wir wollen, dass das, was wir beschließen, umgesetzt werden kann und nicht durch Gerichtsurteile aufgehoben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lernen in der Pandemie laufend dazu. Inzwischen wissen wir, dass eine Fokussierung auf die Inzidenzwerte alleine in die falsche Richtung führt. Darum ist es notwendig und gut, dass Ihr Vorschlag vorsieht, Herr Ministerpräsident, die starre Inzidenz mit dem Blick auf den R-Wert, auf Mutationen oder perspektivisch auf die Impfquote zu flankieren. Auch darauf haben wir übrigens in den letzten Monaten immer wieder hingewiesen.

Eine deutlich schnellere Impfung breiter Teile der Bevölkerung bleibt allerdings das A und O, um die Pandemie zu besiegen. Da wird kein noch so kluger Stufenplan helfen. Ich füge hinzu: Der Bund ist und bleibt für die Beschaffung zuständig, das Land für das Impfmanagement. Dass die Vergabe der Impftermine ab heute bürgerfreundlicher ist, begrüßen wir sehr. Es löst allerdings nicht das Problem mangelnder Impfstoffe. Ich wiederhole noch einmal: Es liegt nicht an der gemeinsamen europäischen Beschaffung, sondern an schlechten Verträgen und ihrer offenbar noch schlechteren Durchführung durch die Industrie.

(Beifall SPD)

Auch das ist keine Kleinigkeit. Wenn es nicht klappt, können wir noch so dolle Stufenpläne machen, dann werden wir es aber nicht schaffen. Dann erleben wir den nächsten Herbst und Winter immer noch mit solchen Einschränkungen. Das kann sich niemand wünschen. Deswegen muss da Druck gemacht werden, dass mehr Impfstoff produziert und ausgeliefert wird, sodass die Länder es verteilen können, wie es vereinbart ist.

(Zurufe)

- Es geht nicht um Schelte. Ich höre die Zwischenrufe. Es geht nicht um Schelte, sondern das ist ein Problem, das wir lösen müssen, weil die einzige Antwort in der Impfung liegt.

(Beifall SPD)

Wenn es gelingt, das Prinzip einer klugen Coronaampel bundesweit zu etablieren, wäre es ein großer Fortschritt. Das kann ein wichtiger Teil des Orientierungsrahmens sein, den viele Menschen in den letzten Wochen vermisst haben. Trotz aller offenen Punkte werben wir gern dafür. Herr Ministerpräsident, wir wünschen Ihnen dabei im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Erfolg, wiewohl auch hier eine gewisse Skepsis angebracht ist. Wenn ich mir - um es einmal freundlich auszudrücken - die bunte Vielfalt des öffentlichen Auftretens der Herren Söder, Ramelow oder Kretschmann einmal angucke, dann ist eine gewisse Skepsis angebracht, ob das so ohne Weiteres funktioniert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich nicht Punkt für Punkt an einem Konzept abarbeiten, das seine größte Herausforderung mit den kommenden Beratungen ja noch vor sich hat. Lassen Sie mich aber zumindest einen aus unserer Sicht offenen Punkt ansprechen. Wir sind überzeugt, dass ein Stufenplan die unterschiedlichen Situationen im Land widerspiegeln muss. Viele Menschen im Land bekommen mit dem Plan zum ersten Mal einen realistischen Eindruck, wie weit der Weg zur alten Normalität selbst in den optimistischen Szenarien noch ist. Geburtstagsfeiern, Kinobesuche, Vereinssport, Friseurbesuche, aber auch Öffnungen für den Einzelhandel: All das wird noch dauern. Es wird kein Verständnis geben, insbesondere nicht im Bereich Kitas und Schulen, wenn in Plön automatisch dasselbe gilt wie in Pinneberg.

Herr Ministerpräsident, Sie haben recht, dass es mit der Dynamik im Einzelnen schwierig ist. Was aber bundesweit gilt, gilt natürlich auch im Land. Wenn wir objektive Kriterien haben, wird man dort, wo die Inzidenzwerte deutlich schlechter sind, anders verfahren müssen, als dort, wo sie dauerhaft besser sind. Das ist nicht schön, nicht einfach und politisch unangenehm, aber notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Angemessenheit der Maßnahmen ist aus guten Gründen einer der Punkte, die wir immer wieder betonen. Deswegen werden wir darüber sprechen müssen.

Jede noch so gut gemeinte Regel kann nur dann wirken, wenn sie konsequent umgesetzt wird. Konsequent umgesetzte Beschlüsse sind die viel bessere Alternative zu immer neuen und teilweise schrillen Forderungen. Auch darauf haben wir hier im Parlament in den letzten Wochen oftmals hingewiesen. Darum ist es richtig, wenn die Landespolizei, wie gestern angekündigt, verstärkt Präsenz zeigen wird.

(Dr. Ralf Stegner)

Für deren Einsatz bedanken wir uns übrigens schon jetzt herzlich.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich will auch ein Wort zu den Quarantänebestimmungen sagen. Natürlich ist eine Freiheitseinschränkung die allerletzte Maßnahme. Natürlich kann jeder für sich selbst wählen, die Quarantäne Zuhause zu verbringen. Es bedarf auch gegebenenfalls eines richterlichen Beschlusses. Ich sage aber auch: Es muss natürlich auch durchgesetzt werden durch den Staat, denn wer die Quarantänebestimmungen vorsätzlich missachtet, richtet Schaden an Gesundheit und Leben anderer Menschen an. Das können wir nicht zulassen.

(Beifall SPD, SSW, Tim Brockmann [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen gibt es diese Bestimmungen.

Ein Teil der Menschen in unserer Gesellschaft wird von der Pandemie ganz besonders getroffen. Dazu gehören Familien mit Kindern, Menschen in Heimen, aber auch immer diejenigen, an die wir denken müssen, die besonders hart schuften müssen, nicht zuletzt im medizinischen und pflegerischen Bereich. Ihre Interessen dürfen bei keiner Coronaampel und keinem Stufenplan unter den Tisch fallen. Das ist für uns entscheidend, und dafür wird sich meine Fraktion weiter einsetzen.

(Beifall SPD)

Ausdrücklich richtig finden wir die Priorität für Kitas und Schulen, die ja eigentlich eine Priorität für die in der Coronakrise fast seit einem Jahr gebeutelten Familien bedeutet. Leider findet sich das im konkreten Krisenmanagement der Frau Bildungsministerin kaum wieder. Darauf wird aber der Kollege Habersaat beim nächsten Tagesordnungspunkt ausführlicher eingehen.

(Zurufe CDU)

Nicht nur bei Kitas und Schulen, auch in anderen Fragen werden wir über Details sprechen müssen. Das gilt zum Beispiel für die Regelung in Heimen. Ich bin mir sicher, dass dies nicht zuletzt im Sozialausschuss möglich sein wird und auch möglich sein muss. Dies gilt im Übrigen auch für die Folgerungen, die wir mit Blick auf die Krankenhäuser und die Verhältnisse auf den Intensivstationen, auf ihre Finanzierung und die Arbeitsbedingungen dort ziehen müssen. Da geht es um den Kern öffentlicher Daseinsvorsorge und nicht um betriebswirtschaft-

lich reine Lehre. Das sage ich ausdrücklich an dieser Stelle.

(Beifall SPD, SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch darauf kommen wir in dieser Landtagstagung noch einmal zurück. Ich finde es überhaupt bemerkenswert, wenn man sich die Tagesordnungspunkte betrachtet: Sie haben alle in der einen oder anderen Form mit dem zu tun, worüber wir bei diesem Tagesordnungspunkt reden - Kriterien zu entwickeln und dass wir auch aus dem lernen, was uns in der Krise begegnet.

Es kann niemanden wundern, dass die Ansprüche an politische Entscheidungen nach langen Monaten der Belastung spürbar steigen. Ich bin mir sicher, wir alle bekommen diese Rückmeldung. Darum darf es keinen Zweifel geben, dass wir alles unternehmen, um den Ansprüchen gerecht zu werden. Wir hatten uns schon früher ein Ampelsystem gewünscht, aber dass wir ihm jetzt einen Schritt näherkommen und dass darüber Einigkeit in diesem Parlament besteht, ist eine gute Nachricht. Das wird bei den großen Anstrengungen helfen, die wir noch vor uns haben. Es mag vielleicht auch - ich will mich für die einleitenden Worte zum heutigen Tag bedanken, weil das auch ein wichtiger Punkt ist; deswegen sage ich das bewusst am Schluss - dazu beitragen, die Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Staates in dieser Krise unter Beweis zu stellen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, SSW, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Stephan Howitz [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt so ungefähr ein Jahr her, da hörten wir alle zum ersten Mal etwas von Corona und Covid-19. Das war noch in China, das war noch weit weg. Wir haben uns alle nicht vorstellen können, dass das unser Leben beeinflusst und insbesondere die letzten zwölf Monate massiv beeinflussen würde. Jeder Einzelne hat das hier im Parlament zu spüren bekommen.

Wir sind darangegangen und haben den Menschen Grundrechte genommen. Wir wollten eigentlich den

(Hans-Jörn Arp)

Menschen mehr Freiheit, mehr Luft, mehr Möglichkeiten zur individuellen Entfaltung geben. Das Gegenteil haben wir gemacht. Wir haben es gemacht aus Verantwortung für uns alle, die wir haben. Keiner anderer hätte uns diese Entscheidungen abnehmen können. Wir mussten sie treffen.

Ich glaube, das war für uns alle ein schwieriges Jahr. Viele Abgeordnete oder alle wurden mit Sicherheit so oft angerufen wie sonst nie mit Fragen wie: Was wird aus meinem Betrieb? Was wird aus meinem Arbeitsplatz? Was wird aus meinem Schulplatz? Was wird mit meinen Kindern? - Das alles haben Sie alle persönlich erlebt. Ich glaube, das kann man sagen: Das wird in dieser Legislaturperiode die prägendste Phase sein. Wir haben die Finanz- und Wirtschaftskrise miterlebt und andere Krisen, zum Beispiel die Wertkrise. Das alles ist überhaupt nicht vergleichbar. Das ist mit dem Begriff Krise nur schwer beschreibbar. Es hat uns alle stark beeinflusst und wird uns auch in den nächsten ein oder zwei Jahren mit den Folgen und allein mit den finanziellen Folgen noch viele Jahre weiterhin beeinflussen - allein die Tatsache, dass wir hier in Schleswig-Holstein 5 Milliarden € zusätzliche Schulden aufgenommen haben. Wir hatten geglaubt, dass die HSH-Nordbank-Krise eine Herausforderung gewesen sei; wir haben nun gespürt, dass es eine bei Weitem größere gibt. Trotzdem ist es uns gelungen, hier im Land das Parlament zusammenzuhalten. Auch das war für mich wie für Sie alle eine Herausforderung.

Wir haben den Menschen Freiheiten genommen, wir haben in das Leben der Menschen eingegriffen, in die Firmen, in die Bildung, in die Freizeit, in den Urlaub. Ich habe gar nicht geglaubt, dass wir solche Macht haben, dass wir als Parlament und die Regierung so viele Möglichkeiten haben, solche Dinge umzusetzen. Viele haben nicht ganz verstanden, wie wichtig wir sind, aber die haben in den letzten zwölf Monaten erlebt, wie wichtig ein gutes Landesparlament mit einer guten Regierung ist.

Ich sage auch: Ich habe mir am Anfang der Legislaturperiode nicht vorstellen können, dass Herr Stegner einmal mit am Kabinetttisch sitzen würde, Frau Midyatli sicherlich auch nicht. Die hätten das auch nicht geglaubt. Aber es war jetzt wichtig, dass Sie die Verantwortung mit übernommen haben, Herr Stegner, und Lars Harms auch. Das zeigt, dass wir bei wichtigen Fragen dann zusammenstehen, wenn es wirklich um die Grundwerte dieses Landes und dieser Demokratie geht. Dafür gilt allen und Ihnen insbesondere - nicht nur dem Kabinett, auch der Opposition - ein Dank der CDU-Fraktion.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Aber was hat schon Ludwig Erhard gesagt? - Herr Wirtschaftsminister, ich habe das neulich schon einmal gesagt, aber ich sage das immer gern, ich zitiere ihn, weil er einer der wenigen guten Wirtschaftsminister war, die wir in letzter Zeit hatten.

(Zurufe)

- Ich sage es trotzdem. Ich weiß, Herr Ministerpräsident, das sollte ich nicht sagen, aber ich sage es trotzdem. Er hat gesagt:

„Wirtschaftspolitik ist zu 50 % Psychologie.“

Wir befinden uns in einer Situation, dass die Psychokliniken voll sind, dass viele Menschen Angst haben. Wir hatten noch nie so viel Unsicherheit in der Bevölkerung, wie wir sie jetzt haben. Auch das ist eine Aufgabe. Deshalb ist dieser Stufenplan, dieser Perspektivplan für uns alle, für Schleswig-Holstein, für das Land und - so glaube ich - auch für die Bundesrepublik von so großer Bedeutung. Selten ging so ein großes Signal von diesem Saal in die Bundesrepublik aus. Dieses Signal sagt einfach: Haltet euch an die Regeln, und es wird euch wieder bessergehen! Das ist das Signal, das dieser Stufenplan sendet. Ihr alle - jeder einzelne - könnt jetzt dazu beitragen, dass wir so schnell wie möglich aus dieser Pandemie herauskommen. Das muss unser Ziel sein.

Herr Ministerpräsident, deshalb herzlichen Dank den Mitarbeitern, die da mitgearbeitet haben, und den Mitgliedern des Kabinetts. Nach unzähligen Stunden, die wir in der Jamaika-Runde verbracht haben, sage ich auch da allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön.

Wir senden ein Signal. Wir haben die Vorschläge der Opposition aufgenommen. Wir senden ein Signal, wie es in einem Stufenplan unter welchen Bedingungen wie weitergehen kann - zu welchem Zeitpunkt sagen wir nicht -, dass wir Teile öffnen können. Dass wir nicht alles wieder öffnen können, ist doch klar. Aber er zeigt, was uns besonders wichtig ist: Das ist Bildung, das sind Kinder, und das ist Schule. Das hat die höchste Priorität. Das ist richtig, dass wir das so machen. Dass wir dabei auch kontaktarme Sportarten aufgenommen haben, liegt natürlich

(Beifall Christopher Vogt [FDP] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

nicht daran, dass wir irgendeiner besonderen Gruppe einen Gefallen tun wollen, sondern daran - ganz

(Hans-Jörn Arp)

deutlich sieht man das, wenn man durch die Gegend geht und nicht nur durch die Mönkebergstraße oder in Kiel an der Kiellinie entlang, sondern in der Natur unterwegs ist; man hat noch nie so viele Menschen im Wald laufen und spazieren gehen sehen -: Die Menschen brauchen einfach Bewegung. Bewegung - das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen, das sagt auch meine sportpolitische Sprecherin -, in welcher Form auch immer, und Sport sind wichtig.

(Beifall FDP, Peter Lehnert [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb liegt hier auch eine der Prioritäten, die wir bewusst gesetzt haben. Wir haben gesagt: An der Stelle müssen wir etwas tun. Ich finde, das ist auch ein gutes Signal.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Denken wir an die vielen Restaurants und Hotels. Da sage ich Ihnen auch: Wir denken nicht nur an die Besitzer, sondern wir denken auch an die vielen Mitarbeiter, die seit vielen Monaten in Kurzarbeit sind. Wenn Sie wissen, was ein Kurzarbeiter in der Hotellerie und Gastronomie bekommt, sage ich: Wir hoffen, dass sie alle in der Branche bleiben. Meine Sorge ist die, dass wir, wenn wir wieder öffnen, nicht mehr überall die Positionen besetzen können. Wir hatten vorher schon einen Facharbeitermangel, der sich sicherlich jetzt noch einmal verstärken wird. Da ist die Frage: Wie gehe ich als Unternehmer in dieser Phase mit den Menschen um? - Da ist jeder für seinen Betrieb verantwortlich. Wir können nur die Rahmenbedingungen setzen, aber für den Rest ist der Unternehmer verantwortlich. Hier appelliere ich - ich glaube, ich tue das in Ihrer aller Namen -: Achten Sie darauf, verhalten Sie sich vorbildlich, dann werden Ihnen auch die Mitarbeiter treu bleiben! Das gilt für alle Seiten.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir haben aber auch die Baumärkte, die Blumenmärkte und viele andere, die jetzt kommen und fragen: Mensch, warum wir nicht auch schon? - Das weiß ich alles. Aber die Gefahr ist, man weist immer wieder darauf hin: Wenn wir zu früh zu viel öffnen, haben wir das Problem, dass wir dann eventuell nachher wieder schließen müssen. Wir haben im Oktober 2020 gesagt: Wir schließen im November 2020, damit wir dann im Dezember 2020 Weihnachten feiern können. - Das ist leider nicht so gekommen. Wir haben Weihnachten gefeiert, aber

nicht so, wie wir es uns vorgestellt haben. - Kein Vorwurf!

Wir haben dann gesagt: Na ja, wir machen das weiter im Januar 2021, Februar 2021, aber dann wollen wir zu Ostern 2021 wieder öffnen. - Das können wir heute alles noch gar nicht sagen. Wir können das deshalb nicht sagen, weil wir gar nicht wissen, wann wir zu diesen Inzidenzzahlen kommen. Da ist es wichtig, immer wieder - deshalb auch der Antrag auf die Aktuelle Stunde von uns - hier darüber zu diskutieren, nicht damit wir uns alle darin einig sind, sondern damit wir nach außen das Signal senden: Leute, von uns geht der Appell aus, dass ihr euch daran haltet! - Das ist die Botschaft, die heute für alle von uns ausgehen muss.

Dass wir als Erstes bei den Frisören lockern - da will ich niemand persönlich angucken -, tut vielen von uns gut. Da sind wir schon aus Hygienegründen ganz gut beraten. Jeden Morgen, wenn ich in den Spiegel schaue, frage ich mich: Mensch, muss ich dich schon wieder kämmen? Das wird ja nichts, das ist vergebliche Liebesmühe. - Aber wir versuchen es weiterhin.

Ich will nun ernst werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Gesellschaft zusammenhält. Wenn die Gesellschaft nicht zusammenhält, haben wir das Problem, dass man uns in der Demokratie nicht mehr folgt. Das führt zu Verhältnissen wie in Holland. Holländische Verhältnisse wollen wir nicht. Wir müssen den Menschen eine Perspektive geben, damit wir nicht in die Situation von Holland kommen, sondern sagen: Hier ist die Perspektive, haltet euch daran, und dann werdet ihr wieder die Freiheit genießen, die wir haben wollen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben positive Signale. Bundesweit gehen die Inzidenzen herunter - sie sind besser als noch vor zwei Monaten. Der Impfstoff kommt - leider nicht so, wie wir alle uns das erhofft haben. Da muss man einmal sagen: Es wird leider - „leider“ sage ich - den Europakritikern zugutekommen, die immer schon gefragt haben: Was kann Europa? - Leider! Ich will nicht sagen, dass Europa schuld hat, dass Herr Spahn oder wer auch immer schuld hat. Die Diskussion, die wir führen, ist schwierig. Wir müssen sie aushalten. Wir müssen alle dafür kämpfen, dass so schnell wie möglich ausreichend Impfstoff da ist - nicht nur für Ältere, sondern auch für alle Leistungsträger, für alle Menschen in diesem Land. Alles, was wir tun können, sollten wir dafür auch tun.

(Hans-Jörn Arp)

Ich weiß, dass meine Redezeit hier gleich abgelaufen ist. Ich will aber noch eines sagen. Das, was wir heute beschließen wollen, geht nur dann, wenn alle mitmachen. Wenn 5 % oder 10 % der Gesellschaft glaubt, sie braucht sich daran nicht zu beteiligen - egal, wer es ist -, wird es nicht funktionieren. Wir alle haben im letzten Jahr auf so viel verzichtet wie noch nie. Das kann jeder selbst feststellen. Wenn einige sagen: „Das gilt aber nicht für mich“, dann ist richtig, Frau Innenministerin, dass die Polizei eingreift. Das muss scharf sanktioniert werden. Jeden Tag länger, den wir Lockdown haben, kostet die Gesellschaft Geld, kostet die Wirtschaft Geld und kostet Vertrauen in die Politik. Deshalb haben Sie die volle Unterstützung der CDU-Fraktion, mit allen Möglichkeiten, allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzugreifen, und zwar mit aller Härte. Das können wir nicht tolerieren. Da gibt es keinen Spaßfaktor. Zehn Leute, die einmal ein bisschen Party feiern wollen, geht jetzt nicht.

Wir wollen im Sommer wieder feiern. Wir wollen die Gelegenheit nutzen - das muss die Perspektive sein -, wieder miteinander zu feiern, dass wir hier im Parlament feiern, dass wir wieder fröhliche Sitzungen haben, dass die Menschen wieder ohne Angst und Sorge zur Arbeit gehen können, dass die Menschen wieder mit dem Bus fahren können, soweit sie auf den ÖPNV angewiesen sind, und viele andere Dinge mehr.

Kurzum, lieber Burkhard: Wir wollen unser altes Leben zurückhaben. Dafür tun wir jetzt alles. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit einem Jahr kämpfen auch in Deutschland Pflegekräfte, Ärzte, Ärztinnen, Gesundheitsämter und im Grunde die gesamte Bevölkerung mit der hier wütenden Pandemie. Noch immer ist kein Ende in Sicht. Die Pandemie dauert nun schon so lange, dass man sich in vielen Punkten hier eigentlich immer nur wiederholen kann. Eine Sache, die in diesem Zusammenhang immer wieder gefordert wurde - auch aus dem Landtag, aus verschiedensten Fraktionen -, ist ein umfassender Stufenplan, ist eine

Langzeitstrategie, eine Perspektive. Ich bin froh, dass ein solcher Stufenplan hier nun vorliegt. Ja, ich weiß, dass es vor allem deshalb so lange gedauert hat, weil die Erarbeitung eines solchen Planes eben kompliziert ist.

Von der SPD wurde eine Ampel gefordert. Was wir nun haben - da zitiere ich Herrn Petersdotter -, ist keine Ampel, sondern eine Straßenverkehrsordnung, weil das ganze System ein kompliziertes ist und sehr viele Dinge zu berücksichtigen sind. Eingübt und für viele nachvollziehbar sind die Inzidenzwerte. Wir wissen aber auch, dass die Inzidenzwerte allein nicht viel sagen. Wenn in einem Kreis drei Altenheime betroffen sind und die Ausbrüche sehr stark geclustert werden können, ist es etwas völlig anderes, als wenn wir in einem anderen Kreis ein diffuses Geschehen haben und niemand weiß, wie sich die Infektion weiter verbreitet.

Wir wissen mittlerweile, dass der Ansteckungswert bei der neuen Mutation eine andere Rolle spielt als bei der ursprünglichen Covid-19-Variante. Die Anzahl der Menschen, die in Zukunft geimpft werden, wird auch eine große Rolle bei der Risikobewertung spielen. Je mehr Menschen geimpft sind, desto geringer das Risiko. Deshalb ist es gut, dass die Risikobewertung, die die Regierung vorschlägt, mehr umfasst als nur die Inzidenz, diese aber als Leitwert nimmt. Die Krux an diesem Plan ist, dass er verständlich sein soll, eine Perspektive geben soll, aber gleichzeitig alle möglichen Situationen abdecken soll.

Eine weitere Frage, die sich bei diesem Plan stellt, ist: Welcher Radius soll abgedeckt werden? Kreisweit? Landesweit? Bundesweit? International? Es ist gut, dass dieser Plan einen Beitrag zu einem bundesweit einheitlichen Plan leisten wird. Es wäre wunderbar, wenn dies gelänge. Die einen glauben mehr daran als die anderen. Ich wünsche der MPK sehr viel Glück und Erfolg, dass es - hoffentlich - bald einen bundeseinheitlichen Plan geben wird.

Doch auch, wenn es für bestimmte Risikostufen einen einheitlichen Plan gibt, müssen wir damit leben, dass es in Schleswig-Holstein andere Inzidenzen gibt als in Hamburg oder Mecklenburg-Vorpommern. Dann werden wir gerade beim Handel oder der Gastronomie zu dem Problem kommen: Wie gehen wir mit den Grenzregionen um? - Auch jetzt wird immer wieder überlegt: Brauchen wir ein Grenzregime wegen der neuen Mutation?

Das ist ein riesiges Problem. Unsere Hoffnung aber ist, dass wir durch die Maßnahme zu einem halbwegs ähnlichen Infektionsgeschehen kommen, da-

(Eka von Kalben)

mit die Stufen zum Beispiel im norddeutschen Raum abgesprochen werden können. Aber auch innerhalb Schleswig-Holsteins stellt sich diese Frage - wir haben intensiv darüber diskutiert -: Kann man nicht in einem Kreis, in dem die Inzidenz viel niedriger ist als in einem anderen, zum Beispiel bei Kita und Schule Unterschiede machen? Das könnte man bei der Kita im Grunde genommen, weil es da keine Mobilität zwischen den Kreisen gibt.

Wir sind uns aber vermutlich einig, dass es keinen Sinn macht, beispielsweise bei der Gastronomie kreisweite Inzidenzen zugrunde zu legen. Was würde es nützen, wenn die Gastronomie in Kiel geschlossen wäre, sie aber im Umkreis geöffnet wäre oder umgekehrt? Dann würde Mobilität entstehen. Es gäbe Unruhe und Konkurrenzdenken.

Wenn wir sagen, für diese Sachen legen wir landesweite Inzidenzen zugrunde, könnte die Situation entstehen, dass in einem Kreis Gastronomie, Handel und alles geöffnet ist, aber die Kita nicht, weil die Inzidenzen dort über dem Landesdurchschnitt liegen. Das ist eine Regelung, die ich auch nicht will.

Ich will das erklären. Wenn wir in Pinneberg beispielsweise eine Inzidenz von 150, im Landesdurchschnitt von 75 und in Nordfriesland von 35 haben, könnten nach dem vorgelegten Plan Gastronomie, Handel und so weiter geöffnet werden, aber die Kitas und die Schulen müssten geschlossen werden. Ich glaube deshalb, dass der Vorschlag, das landesweit zu regeln, mit der Möglichkeit, Ausnahmen zu machen, richtig ist. Wir haben bisher Ausnahmen nach oben vorgesehen. Eventuell muss man in einem weiteren Schritt überlegen, ob es auch Ausnahmen nach unten geben kann, wenn ein Kreis dauerhaft sehr stark unterhalb der Landesinzidenz liegt. Wie gesagt, ich würde das - -

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, entschuldigen Sie. Gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Werte Kollegin, ich glaube, Sie haben nicht nur mich eben ein bisschen verloren. Macht man Ausnahmen, hat man Differenzen für die Bürgerinnen und Bürger, was vielleicht geboten wäre. Wenn man in Pinneberg bei 200 liegt, nutzt es nichts, wenn man im Bereich 100 bis 50 ist und die Kitas nach 7 respektive 21 Tagen

schon öffnen kann, wenn ich Ihren Stufenplan zugrunde lege. Es ist dann trotzdem schlecht, in Pinneberg die Kitas öffnen zu wollen. Sie werden an irgendeiner Stelle eine Differenzierung machen müssen. Ich habe den Ministerpräsidenten auch so verstanden, dass das in die Bereiche geht, in denen es keine Mobilität gibt. Man wird ja sein Kind wohl nicht ummelden.

Dass wir das mit der Gastronomie nicht machen können, ist vollkommen klar. Ich habe aber überhaupt nicht verstanden, wo Sie das Problem bei Kita und Schule sehen. Vielleicht erläutern Sie das noch einmal. Ich fand das, was der Ministerpräsident ausgeführt hat, hochgradig logisch. Das kann ich für Ihre Ausführungen noch nicht 100-prozentig sagen. Das liegt aber vielleicht daran, dass ich Sie falsch verstanden habe.

- Ich glaube, das kann tatsächlich dann zu einem Problem werden, wenn wir auf die unterschiedlichen Inzidenzen in den Kreisen in der Weise reagieren, dass in den Kreisen unterschiedlich geöffnet wird. In dem Fall kann es schon dazu kommen, dass die Kitas noch geschlossen sind, obwohl alle anderen Bereiche schon geöffnet sind, und das finde ich schwierig. Das hängt damit zusammen, dass wir für Gastronomie, Einzelhandel und Beherbergung einen landesweiten Öffnungsplan haben werden. Es ist klar, dass wir in bestimmten Bereichen nur aufgrund der Landesinzidenz öffnen können.

Ich glaube, es ist unstrittig, dass man nicht in Plön die Gastronomie schon aufmachen kann, in Kiel hingegen noch nicht; denn da gibt es Mobilität. Wenn wir einen niedrigen Landesdurchschnitt haben und alles bis auf die Schulen und Kitas geöffnet wäre, weil diesbezüglich auf die Inzidenzen in den einzelnen Kreisen abgestellt würde, dann käme es ständig zu einem Wechsel, zu einer Art Pingpong, und ich halte einen solchen Pingpong für falsch. Ich finde es richtig, dass man in Ausnahmefällen, wenn es zu Ausbrüchen mit einer deutlich höheren Inzidenz von zum Beispiel über 200 kommt - das steht ja in dem Plan drin, und das ist auch im Bundesinfektionsschutzgesetz so geregelt -, besonders hinguken muss. Aber ich meine, man sollte nicht bei jeder kleinen Schwankung einen Unterschied machen. Ich glaube, dass das zu Unruhe und Unsicherheit führt und dass es, gerade für Eltern, eine Stabilität braucht.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gerne.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Abgesehen davon, dass Sie übrigens auch R-Werte und so weiter immer aus den Inzidenzen heraus gewinnen - Sie müssen bloß die Dynamik dabei berücksichtigen -, fand ich es ganz charmant, dass Sie zum Beispiel eine 21-Tages-Frist haben, durch die singuläre Ereignisse statistisch relativ schnell wieder rausgeschoben werden. Beispiel Stormarn/Pinneberg: In Pinneberg gibt es die ganze Zeit hohe Inzidenzen; in Stormarn gab es einen Peak, der rausgeschoben wäre. Damit hat man auch die Geschichte mit den Clusterausbrüchen meiner Auffassung nach ganz gut im Griff. Trotzdem werden Sie, wenn es lokal gerade brennt, nicht sagen können, aber wir haben landesweite Öffnungen, deshalb greifen wir hier jetzt nicht ein.

Wenn es im Norden von Rendsburg einen Ausbruch gibt, dann müssen die Kitas und Schulen dort dichtgemacht werden, völlig egal, ob der Landesinzidenzwert 40 ist. Ich erwarte übrigens auch, dass der Landrat dann die Gastronomie dort dichtmacht. Wenn dann ein paar Rendsburger vielleicht nach Pinneberg fahren, weil man es dort vielleicht überraschenderweise gut im Griff hat, dann hält man das, glaube ich, aus. Es geht ja darum, Massenbewegungen zu verhindern. Den letzten Biertouristen werden Sie damit nicht verhindern können. Der dürfte aber nur im Falle großen Pechs für Cluster ursächlich sein.

Bisher habe ich den oberen Text, den ich genau gelesen habe, so verstanden - das sage ich jetzt auch einmal als Kreispolitiker -, dass generelle Landesregelungen die Risikoabwägung vor Ort nicht ersetzen und dass man trotz einer landesweiten Inzidenz von 40 sehr wohl in einem Kreis wie Rendsburg-Eckernförde, wenn die Inzidenz dort bei 400 liegt - das ist statistisch durchaus möglich -, die Schulen dichtmachen kann, übrigens auch die Gastronomie. Davon gehe ich aus, denn sonst versteht das nämlich keiner mehr.

- Genau das habe ich ausgeführt, nämlich dass es dann - Sie haben es genannt: „wenn die Hütte

brennt“, wenn es also starke Abweichungen gibt, natürlich diese Möglichkeiten gibt. Das sieht auch das Bundesinfektionsschutzgesetz schon so vor, und das werden wir nicht ändern. In dem Stufenplan steht es in der dritten Zeile genau so drin, dass diese Ausnahmen möglich sind, und das unterstütze ich vollkommen. Dagegen habe ich auch überhaupt nicht gesprochen; vielmehr geht es darum, dass bei einem normalen Geschehen für das Schließen und Öffnen die landesweiten Inzidenzen gelten, und das unterstütze ich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Meine Damen und Herren, es mehren sich die Stimmen der Menschen, die sagen: Warum machen wir nur einen Lockdown, also einen Schrecken ohne Ende, sondern nicht einen noch schärferen Shutdown? Die einen sagen, wir haben nur dann mal wieder Ruhe im Karton, wenn wir jetzt noch mehr dichtmachen. Die anderen sagen: Das wäre psychische Folter. Wie soll das überhaupt gehen? Wir haben ja auch Lieferketten. Wir müssen dafür sorgen, dass in den Supermärkten die Dinge vorhanden sind, die wir zum Leben brauchen.

Man stelle sich nur vor, das Klopapier würde irgendwann wieder alle werden. Das will auch keiner. Richtig ist das, was von der Gesellschaft mitgetragen wird. Wir müssen leider mit Sorge feststellen, dass diese Akzeptanz abnimmt, und zwar nicht nur in den Niederlanden. Viele Menschen wollen verstehen, warum welche Maßnahmen durchgeführt werden. Warum werden bestimmte Bereiche weiter offengelassen und andere nicht?

Herr Stegner, Sie hatten kritisiert, dass es sich so anhört, als sei die Lockerung eine Gnade. Ich glaube, es ist einfach eine Frage, wie ich darauf gucke, und natürlich ist es auch ganz oft eine Frage der Kommunikation. Es geht darum, dass dieser Stufenplan in dem Moment eine Perspektive bietet, in dem sehr viel eingeschränkt ist. Es sind verfassungsrechtlich garantierte Freiheiten eingeschränkt. Natürlich kann es sein, dass so ein Stufenplan irgendwann auch wieder in die andere Richtung geht. Die Kritik, die Sie auch schon gestern geäußert haben, als werde hier sozusagen von gnädigen Lockerungen gesprochen, kann ich so nicht annehmen. Ich finde, es ist ein Perspektivplan, der noch einmal sagt: Bei bestimmten Inzidenzen gibt es Beschränkungen, und bei niedrigeren Inzidenzen soll es eben diese Beschränkungen nicht mehr geben. - Insofern habe ich diese Kritik wirklich nicht verstanden, Herr Stegner, und ich glaube, ein Teil meiner Kollegen auch nicht.

(Eka von Kalben)

Der vorliegende Stufenplan orientiert sich nicht nur an dem Ansteckungsgeschehen, sondern auch an dem Grad der Zumutung und dem Risiko der Ansteckung. Wir gucken bei einer Entscheidung darüber, was geöffnet werden kann, nicht nur auf die Ansteckungsgefahr, sondern auch darauf, welche Wirkungen und welche negativen Nebenwirkungen die Maßnahmen haben. Ich nehme einmal das Beispiel des Menschen am Angelsee. Ein solcher Mensch kann überhaupt nicht verstehen, warum er nicht angeln gehen kann; denn das Infektionsrisiko dort ist extrem niedrig. Ich habe bewusst den Angelsee genannt, liebe Kollegen.

(Lars Harms [SSW]: Vielleicht sind die Fische ansteckend!)

Genauso gab es am Anfang große Kritik, als der Profi-Fußball erlaubt wurde, aber Kinder, die Bewegung brauchten und sich bewegen wollten, nicht auf den Bolzplatz gehen durften. Das hat sich mittlerweile durch den Sieg von Holstein Kiel gegen Bayern bei allen Beteiligten natürlich maßgeblich geändert. Trotzdem stellt sich die Frage: Was ist gerecht, und was kann man mit Augenmaß öffnen und was nicht?

(Zurufe Tribüne)

Präsident Klaus Schlie:

Ich bitte Sie da oben, nicht zwischenzurufen. - So, es kann jetzt hier im Saal wieder geordnet weitergehen. - Gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin von Kalben, weil Sie mich direkt angesprochen haben: Ich glaube, es ist einfach ein Unterschied, ob man rechtfertigt, dass Dinge aufgehoben werden, oder ob man rechtfertigen muss, dass Dinge eingeschränkt werden. Ich nehme wahr, dass die Frau Bundeskanzlerin jetzt schon wieder sagt, das reicht alles vorne und hinten nicht, und wir wissen, dass es mit den Menschen zu tun hat. Ich glaube, wir müssen uns wirklich daran gewöhnen, dass die Grundrechte gelten. Wir haben zehn Monate Grundrechtseinschränkungen, was wir seit 70 Jahren nicht hatten. Sie sind in Teilen ja auch notwendig, um den Gesundheitsschutz sicherzustellen. Das stelle ich nicht infrage. Ich glaube aber, wir müssen uns an das Prinzip gewöhnen, immer begrün-

den zu müssen, warum wir Dinge einschränken, und nicht, warum wir sie aufheben. Darauf wollte ich hinweisen.

Ich hatte es so verstanden, dass das ein Grundsatz ist, der uns insbesondere mit den Freien Demokraten verbindet, aber der generell eigentlich einer ist, der die Verfasstheit unserer Grundrechte im Grundgesetz konstituiert. Die Grundrechte sind da. Sie dürfen aus bestimmten Gründen zeitlich befristet eingeschränkt werden. Aber ich nehme wahr, dass es ständig Meinungsäußerungen dahin gehend gibt, das reiche alles nicht, und wir müssten noch mehr einschränken. Angesichts dessen wirkt es so, als sei es ein Gnadenakt des Staates, die Dinge wieder aufzuheben, und da müssen wir sehr aufpassen. Deshalb liegt mir daran - bei aller Zustimmung zu Ihrem Stufenplan -, dass wir das sozusagen vom Kopf auf die Füße stellen und immer die Einschränkungen begründen und nicht die Aufhebungen. Mehr wollte ich gar nicht sagen. Wenn mir das gelungen ist, dann wäre das prima.

(Beifall SPD, Barbara Ostmeier [CDU] und Annabell Krämer [FDP])

- Lieber Herr Stegner, das haben Sie ja vorhin auch so dargestellt. Wenn Sie das im Zusammenhang mit dem Lob für Stufenplan sagen, suggeriert das aber, als kommunizierten wir das mit diesem Stufenplan anders. Es suggeriert, wir sagten, man müsse nichts rechtfertigen und nichts erläutern. Der Stufenplan ist aber doch gerade eine Hilfe zur Transparenz und dazu, deutlich zu machen, dass so wenig Einschränkungen wie möglich geschaffen werden. Ich verstehe diesen impliziten Vorwurf nicht.

Sie tun in Ihren Reden so, als wollten Sie nur noch einmal erwähnen, dass Freiheitsrechte gelten. Das sehen wir auch alle so. Aber indem Sie das in den Zusammenhang mit dem Stufenplan stellen, klingt es wie eine Unterstellung, als sei uns allen die Freiheitsrechte der Bevölkerung nicht so wichtig. Das, finde ich, ist gerade in Krisenzeiten nicht sinnvoll, weil Sie an der Stelle die Unterstellung in Richtung Politik mit bedienen, wir alle schränken die Freiheitsrechte mit großer Freude ein und machten mit großer Freude zum Beispiel die Kitas zu. Ehrlich gesagt, das ist aus meiner Sicht ein nicht gerade hilfreicher Umgang, was die Kommunikation in der Krise angeht, Herr Stegner.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nein, ich unterstelle Ihnen gar nichts. Im Gegenteil, ich habe die Gemeinsamkeit betont. Ich glaube nur, wir müssen in der Kommunikation darauf achten.

Der Kollege Arp hat vorhin in seiner durchaus launigen Form der Rede gesagt, er habe gar nicht gewusst, dass ein Parlament so viel Macht habe, das alles einzuschränken. Das weist ja ein bisschen darauf hin, dass wir in der Kommunikation gegenüber all denjenigen, die darauf hoffen, wieder ihr Geschäft öffnen zu können oder ihre Kinder in die Schule schicken zu können, sehr darauf achten müssen, zu sagen: Das sind Dinge, die machen wir im Notfall. Im Kern aber wollen wir die Freiheiten wiederherstellen. - Wir müssen das auch tun, mit allen Mitteln, die wir haben.

Auf etwas anderes wollte ich nicht hinweisen. Es war mehr ein Hinweis auf die Sorgsamkeit der Kommunikation in der Reihenfolge der Argumentation. Wenn das gelungen ist, dann bin ich dankbar dafür. Dann haben wir gar keinen Dissens.

- Wenn wir da keinen Dissens haben, dann ist das ja wunderbar. Aber mir ist es nach wie vor wichtig, darauf hinzuweisen, dass immer noch sehr viele Menschen jeden Tag an dieser Pandemie sterben und dass es deshalb keine leichtfertigen Schließungen sind, sondern dass es nach wie vor ein Gebot der Stunde ist, dafür zu werben, dass die Maßnahmen einzuhalten sind. Wenn wir da auch einig sind, freue ich mich.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Stufenplan richtet sich nicht nur nach dem Ansteckungsgeschehen. Der Zumutung, weniger Menschen, keine anderen Kinder zu sehen, steht das Risiko gegenüber, das gerade bei privaten, geselligen Zusammenkünften gegeben ist. Der Zumutung, keine oder ausschließlich in Distanz Bildung zu bekommen, steht das Risiko gegenüber, dass auch bei Kindern eine Infektion nicht völlig ausgeschlossen werden kann.

Der Zumutung, den eigenen Beruf nicht ausüben zu können und das aufgebaute Geschäft zu erhalten,

steht das Risiko gegenüber, dass sich viele Menschen, die sich im öffentlichen Raum bewegen, anstecken. Der Zumutung, in der Mobilität eingeschränkt zu sein, steht das Risiko gegenüber, das Virus und dessen Mutationen zu verbreiten.

Die Landesregierung hat aus unserer Sicht die richtige Priorität gesetzt. Soziale Kontakte und Bildung sind für Kinder und Jugendliche existenziell. Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die Eltern und um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Eltern machen wirklich einen Wahnsinnsjob. Es geht um die Kinder, um deren Zukunft wir uns wirklich sorgen sollten.

(Beifall SSW)

Deshalb ist es gut und richtig, dass diese beim Perspektivplan ganz vorn auftauchen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Plan ist ein Beginn. Ich bin gespannt auf die Reaktionen der anderen Länder und des Bundes. Eines halte ich aber auch für wichtig: Wir sollten uns hier im Parlament nach der heutigen Beratung zu einer ausführlichen Befassung entschließen. Es kommt jetzt auf Akzeptanz und Transparenz an, damit wir den langen Atem für diese Pandemie haben. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass auch wir als Parlament uns intensiv mit den Maßnahmen beschäftigen und Entscheidungen fällen. Das ist unsere Verantwortung, und es ist unser Beitrag zur Bekämpfung dieser katastrophalen Pandemie.

Wir haben einen Perspektivplan. Wir brauchen eine Perspektive. Zukunft, Hoffnung, Perspektive, all das sind wichtige Worte. Es gibt unendlich viele Zitate, mit denen man jetzt enden könnte. Doch im Grunde ist das alles banal. Wir müssen einen langen Atem haben, einen kühlen Kopf bewahren und aufeinander achten. Dann werden wir auch diese Herausforderung meistern. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich mindestens seit vergangenem Oktober sprechen wir hier im Hohen Hause vor allem darüber, dass wir dem zunehmenden Infektionsgeschehen mit immer drastischeren Maßnahmen begegnen müssen. Das ist mit Blick auf die gestie-

(Christopher Vogt)

gene Anzahl der schweren Krankheitsverläufe und Todesfälle leider notwendig geworden, aber der Ausnahmezustand des Lockdowns und der massive Eingriff in die Grundrechte von uns allen zum Schutze der Allgemeinheit darf natürlich nicht zum Dauerzustand werden.

Herr Dr. Stegner, es steht für meine Fraktion, für mich und für meine Partei außer Frage, dass immer die Eingriffe in die Grundrechte und nicht deren Rücknahme begründet werden müssen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da sagt Herr Habersaat: Na sehen Sie. - Also, ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn meine Fraktion eines nicht braucht, dann sind das an dieser Stelle Ermahnungen, vor allem nicht von einem ehemaligen Innenminister wie Herrn Dr. Stegner. Herr Dr. Stegner, Sie sind ja ein talentierter Rhetoriker, das räume ich gerne ein. Ich muss aber ganz ehrlich und ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen sagen, ich kenne bisher Altersweisheit und Altersmilde. Sie sind ein bisschen altersliberal geworden. Das freut mich ein bisschen.

(Beifall FDP, SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen an der Stelle aber auch keine Konflikte konstruieren.

Der Lockdown hat mit zunehmender Dauer und Härte auch immer stärkere soziale und wirtschaftliche Nebenwirkungen, die wir natürlich nicht ausblenden dürfen. Mit dem bundesweiten Lockdown soll bis Mitte Februar das erklärte Ziel erreicht werden, das Infektionsgeschehen erheblich zu reduzieren, am besten unter die vieldiskutierte Marke der 50er-Inzidenz, was zu dieser Jahreszeit wirklich ambitioniert ist, gerade wenn man von einem hohen Niveau kommt wie zum Beispiel die Bundesländer Sachsen oder Thüringen. Man kann über die Sinnhaftigkeit der Schwellenwerte 35 oder 50 unterschiedlicher Meinung sein. Sie sind aber aktuell im Infektionsschutzgesetz des Bundes festgeschrieben, das ja die rechtliche Grundlage unserer Maßnahmen darstellt. Deshalb haben auch wir dies aufgenommen und zusätzlich die Schwelle der 100er-Inzidenz aufgenommen, weil diese momentan die Situation betrifft, in der wir uns befinden.

Die allermeisten Menschen sind trotz der zum Teil erheblichen Belastungen nach wie vor sehr diszipliniert. Bei einigen gesellschaftlichen Gruppen muss man die Regeln aber wohl noch einmal deutlich in Erinnerung rufen, was meines Erachtens nicht nur

Polizei und Bußgelder erfordert, sondern auch mehr Aufklärung und gezielte Ansprache. Es mag in einigen Ohren komisch klingen, aber es ist einfach so. Das hören wir immer wieder, und da muss jetzt auch nachgearbeitet werden.

Was bisher fehlte, ist das Licht am Ende des Tunnels in Form von klaren Perspektiven für die einzelnen Bereiche des öffentlichen Lebens. Wenn man ambitionierte Zielmarken ausgibt, dann muss man meines Erachtens irgendwann auf dem Weg dorthin auch sagen, was bei deren Erreichung geschehen wird. Dafür ist jetzt die Zeit gekommen. Ansonsten droht unterwegs die Motivation verloren zu gehen. Wir merken doch auch, dass die Gesellschaft an der Stelle auseinandergeht. Es gilt für jeden einzelnen, dass wir diese Motivation brauchen, es gilt aber auch für unsere gesamte Gesellschaft. Wir schlagen deshalb nun eine sinnvolle gemeinsame Strategie für die kommenden Wochen und Monate bis April vor, um für die verschiedenen Bereiche realistische Perspektiven aufzeigen zu können. Ich freue mich sehr, dass es uns als Jamaika-Koalition gelungen ist, hierfür bundesweit den ersten Aufschlag zu machen,

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

und ich danke insbesondere der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen. Ich freue mich aber auch über den fairen Wettbewerb mit den Oppositionsfraktionen, wobei ich sagen muss: Herr Dr. Stegner, wir haben heute wieder gelernt: Der Erfolg hat viele Väter, der Misserfolg ist ein Waisenkind. Aber das gehört natürlich zur Auseinandersetzung dazu.

Nach diesem Lockdown müssen wir jetzt sehr überlegt wieder in einigen Wochen zu Maßnahmen übergehen, die das regionale Infektionsgeschehen angemessen berücksichtigen, das dann hoffentlich deutlich niedriger sein wird als aktuell. Es geht uns nicht darum, jetzt den Eindruck zu vermitteln, dass sich sofort alles ändern wird. Es geht uns darum, aufzeigen zu können, was passiert, wenn die Ziele des Lockdowns erreicht werden - entweder komplett oder teilweise. Wir werden weiterhin sehr aufmerksam und konsequent bleiben müssen.

Priorität haben für uns vor allem die verantwortbare Öffnung von Kitas und Schulen, denn in den jungen Familien ist der Druck mittlerweile enorm. Die Bildung der jungen Generation ist doch von elementarer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

(Christopher Vogt)

Wir brauchen aber auch für die vielen Unternehmen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, den kulturellen Bereich und den Sport angemessene Perspektiven.

Meine Damen und Herren, es wurde schon gesagt: Die Entwicklung in Deutschland ist grundsätzlich positiv. Es reicht noch nicht. In Schleswig-Holstein haben wir im Moment eher eine stagnierende Situation. Allerdings kommen wir natürlich auch von einem anderen Niveau. Die Mutationen machen uns Sorgen. Sie sind da, auch in Schleswig-Holstein. Deswegen brauchen wir weiterhin Disziplin, aber wir wissen noch nicht genau, welche Herausforderungen sie für uns darstellen werden.

Wir haben Probleme, vor allem in den Heimen, die wir noch besser schützen werden, und in den Krankenhäusern. Das erleben wir gerade, was wir in Schleswig-Holstein in der Form noch nicht so oft hatten. Aber wir haben auch weiterhin Hotspots wie den Kreis Pinneberg und andere, um die wir uns intensiv kümmern müssen.

Es kann natürlich nicht immer nur um Verbote gehen. Es geht um sehr viele Maßnahmen. Die wichtigste ist aus meiner Sicht das Impfen. Wenn die Altersgruppe über 80 überwiegend geimpft ist, und wenn besondere Berufsgruppen, insbesondere Pfleger und Mitarbeiter in den Krankenhäusern, geimpft sind, dann hat das natürlich massive Auswirkungen auf die Inzidenzwerte. Wir haben das in einigen Kreisen gesehen. Dann würde das beispielsweise bedeuten, dass man statt 85 beispielsweise nur noch einen Inzidenzwert von 35 hat.

Natürlich verzeichnet man weniger schwere Verläufe und weniger Todesfälle, wenn diese Gruppe geschützt ist. Das Impfen hat also massive, positive Auswirkungen. Deshalb muss es so schnell wie möglich vorangehen.

Wir haben in Schleswig-Holstein Impfzentren aufgebaut; das hat richtig gut funktioniert. Wir haben die Terminvergabe hinbekommen und weiter optimiert. Wir haben Risikopuffer für die Zweitimpfung geschaffen. Das klingt banal; aber wir sehen an einigen Stellen, welche Probleme es angesichts der Lieferschwierigkeiten gibt.

Meine Damen und Herren, die Impfstofflieferung - ich kann es mit Blick auf die Option, die man nicht gezogen hat, und mit Blick auf die Verträge, die aktuell eine große Rolle spielen, nicht anders sagen - ist ein einziges Desaster. Es tut mir leid, dass ich das so sagen muss. Ich will jetzt aber auch nicht nach dem Motto argumentieren: Wer hat schuld? - Das ist mir relativ egal. Für mich ist entscheidend,

wie man die Produktionskapazitäten kurzfristig erhöhen kann.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sanofi stellt jetzt Impfstoff von anderen Herstellern her; es ist also möglich. Man muss sich zusammensetzen. Impfgipfel müssen einberufen werden. Wir brauchen Klarheit über die Lieferungen in den nächsten Wochen und Monaten.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Tim Brockmann [CDU])

Meine Damen und Herren, mittlerweile wird auch über Medikamente gegen Corona gesprochen. Ich kann das noch nicht einschätzen; Herr Spahn hat für 400 Millionen € etwas aus den USA bestellt. - Übrigens: Was das angeht, sind nationale Alleingänge auf einmal möglich. Das finde ich bemerkenswert.

(Heiterkeit Werner Kalinka [CDU])

Viel mehr Hoffnung machen mir aber Schnelltests, die auch zur Selbstanwendung geeignet sind. Das ist für den privaten Bereich wichtig, aber auch für Schulen und Unternehmen. Diese Maßnahme kann uns richtig voranbringen.

Meine Damen und Herren, neben unserem Vorschlag wird es wohl auch einen bundesweiten Vorschlag für die nächste Ministerpräsidentenkonferenz von Bayern und Berlin, die der MPK vorsitzen, sowie dem Bund geben. Wir dürfen also gespannt sein, wie sich die weitere Diskussion über die Perspektiven entwickelt. Wir wünschen uns eine bundesweite, sinnvolle Lösung. Aber ich sage mit Blick auf die Diskussionen in den vergangenen Monaten halt auch: Wenn eine solche nicht möglich ist, dann sollten wir allein beziehungsweise in enger norddeutscher Abstimmung eigene Lösungen umsetzen.

Die Diskussion über eine landesweite oder eine kreisweite Umsetzung ist zwar spannend; aber ich finde es im Grundsatz richtig, dass man es landesweit macht. Abweichungen müssen natürlich möglich sein - das ist doch der entscheidende Punkt -, und zwar sowohl nach oben als auch im Zweifel nach unten. Wenn die Entwicklungen dauerhaft auseinandergehen, wird man darüber sprechen müssen. Aber erst einmal landesweit - das ist der richtige Grundsatz.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Christopher Vogt)

Wir haben schon im vergangenen Frühjahr viele Erfahrungen mit Stufenplänen in den Bereichen Kitas, Veranstaltungen und Tourismus sammeln können. Man kann über viele Details lebhaft diskutieren. Es gab auch viele Enttäuschungen. Viele Kompromisse sind dabei, aber auch Prioritätensetzungen. Öffnen ist schwieriger als schließen; auch das kennen wir aus dem vergangenen Frühjahr. Man darf es nicht übertreiben. Alles muss logisch, fair und nachvollziehbar sein. Die Abstimmung mit dem Expertenrat ist genau richtig. Ich bin Daniel Günther und der gesamten Landesregierung dankbar, dass wir einen Expertenrat haben, der mich deutlich mehr überzeugt als der auf Bundesebene.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, über den besonders wichtigen und sensiblen Bereich Schule werden wir gleich intensiv sprechen. Aber auch die Friseure und andere körpernahe Dienstleistungen, die manchmal belächelt werden, sind für das Wohlbefinden vieler Menschen wichtig.

Hans-Jörn Arp hat schon völlig zu Recht die Gastronomie angesprochen. Um diesen Bereich müssen wir uns besondere Sorgen machen. Deswegen sage ich: Unterstützen Sie alle bitte auch mit Abholungen die Gastronomie vor Ort! Sichern Sie die Arbeitsplätze!

Click and Collect ist auch im Einzelhandel wichtig; auch dort brauchen wir schnell Perspektiven.

Das gilt auch für den Tourismus; denn dieser ist in fast keinem anderen Bundesland ein so großer Arbeitgeber wie bei uns. Deswegen brauchen wir auch dafür dringend Perspektiven.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Aus dem kulturellen Bereich will ich nur die Kinos ansprechen. Die Betreiber gehen davon aus, dass vor April wahrscheinlich keine Zuschauer kommen werden. Vielleicht hat das Sinn, wenn das Wetter gut ist, Autokinos als Überbrückung anzubieten. Wir brauchen für diesen Bereich eine bundesweite Öffnung; denn allein für Schleswig-Holstein wird es keine neuen Filme geben. Auch daran wird deutlich, dass das alles nicht so einfach ist.

Im Sport müssen wir vor allem die kontaktfreien Sportarten wieder ermöglichen. Wir müssen auch darüber reden, wie wir das mit den Kindern hinkriegen können.

(Beifall Jörg Hansen [FDP] und Barbara Ostmeier [CDU])

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich sagen: Gegenwärtig wird viel über Auslandsreisen gesprochen. Ich glaube, wir müssen insoweit auf konsequente Tests und Quarantäne setzen, nicht aber auf Verbote.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Verbote wären schwierig. Im Moment wird viel über Low-Covid oder sogar Zero-Covid diskutiert. Die Frage ist, ob dieses Ziel realistisch ist, ob es gesellschaftlich akzeptiert wird und ob es rechtlich möglich ist. Momentan ist das nicht der Fall.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Deswegen möchte ich sagen: Für uns ist klar, dass wir mit Corona werden leben müssen. Es wird nicht verschwinden; insofern sollte sich niemand etwas vormachen. Deswegen brauchen wir eine Perspektive für die Rückkehr zur Normalität.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In den nächsten Wochen und Monaten stehen wir vor der Herausforderung, die dritte Welle zu vermeiden. Wir müssen an allen Stellen große Fortschritte machen und vor allem den Sommer nutzen. Wir müssen einen dritten harten Lockdown im kommenden Herbst und Winter unbedingt vermeiden. Und wir müssen - das sage ich abschließend - die Gesellschaft zusammenhalten. Dass das notwendig ist, sehen wir nicht nur an den Ereignissen in Holland. - Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass wir endlich den ersten Aufschlag hinbekommen haben, wohl wissend, dass dieser Eröffnungsaufschlag nicht das letzte Wort ist, weil noch andere Bundesländer mitzureden haben und wir natürlich nicht wissen, wie sie sich verhalten werden. Aber ich finde, es kleidet unser Land gut, dass gerade unsere Landesregierung einen konkreten Vorschlag unterbreitet hat. Das haben ja auch wir als Oppositi-

(Lars Harms)

on immer gefordert. Deswegen, finde ich, kann auch die Opposition anerkennen, dass es so geschehen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe heute wieder eine Mail bekommen von jemandem, der fordert, sämtliche Schulen über Monate komplett dichtzumachen, weil dann der Infektionsschutz zu 100 % gewährleistet sei. Dem kann man grundsätzlich nicht widersprechen; denn wenn man sich einer Gefahr nicht aussetzt, wird sie sich nicht realisieren.

Aber es ist mir sehr wichtig, Folgendes schon im Vorwege zu erwähnen: Wir, die Politik, haben verschiedene Rechtsgüter und Interessen abzuwägen. Wir können im Rahmen der Pandemiebekämpfung nicht nur pandemisch reagieren. Wenn wir das täten, dann müssten wir in der Tat alles zumachen. Dann wären übrigens auch wir nicht hier; wir würden keine Parlamentssitzung abhalten. Auch die Regierung würde wahrscheinlich aufhören zu arbeiten; das wäre zumindest der konsequente letzte Schritt, der dann zu gehen wäre.

(Zuruf Dennis Bornhöft [FDP])

Wir alle wissen, dass es illusorisch ist, alles dichtzumachen; denn das Leben der Menschen hängt im wahrsten Sinne des Wortes nicht nur von der Pandemie ab, sondern auch von den Fragen: Habe ich später noch einen Job? Habe ich auch dann noch eine Zukunft? Kann ich das, was man von mir erwartet, wenn die Bude dichtgemacht wird, überhaupt leisten, auch als Familie? Schaffe ich das überhaupt?

Meine Damen und Herren, es geht hier auch um Grundrechte. Wir haben bereits Grundrechte eingeschränkt. Mit der Maßnahme „Lockdown komplett“ würden nahezu alle Grundrechte eingeschränkt werden. Es müsste in der Tat wohlbegründet sein, wenn man das machen wollte. Mir fallen solche Gründe nicht ein.

Deshalb haben wir als Politik die Pflicht, zwischen verschiedenen Interessen und Rechtsgütern abzuwägen. Ich finde, das machen wir so gut es eben geht, immer wohl wissend, dass wir dabei auch Fehler machen können.

Ich habe es etwas salopp schon in der Sitzung in der vergangenen Woche gesagt: Es wäre schön, wenn wir den Leuten auch einmal sagen würden, was es eigentlich bedeutet, wenn man gegen Coronaregeln verstößt. Vielleicht ist es notwendig, darauf hinzuweisen, dass tatsächlich ein Bußgeld oder

eine Strafe verhängt wird. Deshalb kann ich es nur begrüßen, dass die Polizei jetzt tatsächlich offensiver draußen präsent ist, um die Coronaregeln zu überwachen. Das heißt nicht, dass ein großer Überwachungsstaat eingerichtet wird, sondern einfach nur, dass neben den kommunalen Ordnungsdiensten auch Polizisten Streife laufen und damit sichtbar sind. Sie sollen die Leute ermahnen, wenn sie sich gegen die Regeln wenden beziehungsweise gegen diese verstoßen.

Ich glaube, das ist richtig so. Es ist richtig, als Staat sichtbar zu sein und in der harten Konsequenz auch eine Strafe beziehungsweise eine Sanktion auszusprechen. Das kann tatsächlich bis hin dazu gehen, dass man die Leute, die sich wissentlich, ich sage einmal, aus Bockigkeit, den Regeln, insbesondere einer Quarantäne-Anordnung, widersetzen, für die Zeit der Quarantäne aus dem Verkehr zieht.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zu den Schulen und Kitas; wir werden ja im nächsten Tagesordnungspunkt noch intensiv inhaltlich über diesen Punkt reden.

Für uns - das haben wir schon immer gesagt - ist es wichtig, dass eine vorsichtige Öffnung erfolgt. Die Betonung liegt auf „vorsichtig“; so verstehe ich auch den Vorschlag, der gemacht worden ist. Denn auch hier gilt wieder die Abwägung: Es geht darum, auch die Interessen der Familien im Blick zu haben. Es geht nicht nur um die Interessen der Arbeitgeber, sondern auch um die der Familien; auch die Familien wollen ein Leben haben. Seien Sie einmal mit zwei, drei Kindern zu Hause, die noch klein sind und richtig Alarm machen. Das ist recht anstrengend, wenn man dann noch Homeoffice machen muss oder der zweite Ehepartner auch noch im Homeoffice tätig ist. Ich weiß das aus eigener Anschauung. Wenn Sie sich genauer anschauen wollen, wie das läuft, dann fragen Sie einmal den Kollegen Dirschauer; dort ist zurzeit richtig Attacke.

(Nicken Christian Dirschauer [SSW])

Ich finde, auch diese Interessen muss man abwägen. Wir müssen bedenken, dass viele Kinder und Jugendliche in Verhältnissen leben, die nicht dazu angetan sind, den Bildungserfolg, den man an einer Schule erreichen kann, auch bei Distanzunterricht zu gewährleisten. Für die haben wir eine Verantwortung. Deshalb wollen wir vorsichtig öffnen, wenn die Inzidenzzahlen das entsprechend hergeben.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lars Harms)

Meine Damen und Herren, auch das ist mir wichtig, weil immer suggeriert wird, du gehst in die Schule und dann ist die Ansteckung nicht mehr weit: Alle Schulträger haben tolle Hygienekonzepte, haben sich einen Riesenkopf darüber gemacht, wie sie es hinbekommen können - mit all den Unzulänglichkeiten, die manchmal vorhanden sind, weil die Gebäude nicht immer alles hergeben. Aber trotzdem, meine Damen und Herren: Unsere Kinder sind in unseren Schulen sicher! Diese Botschaft sollte man auch nach draußen senden, wohl wissend, dass auch dort eine Ansteckung möglich ist, wie in jedem anderen Lebensbereich auch. Aber es wird dort schon viel getan. Die Schulträger und die Lehrerinnen und Lehrer, die Kolleginnen und Kollegen, die dort tätig sind, haben eine tolle Arbeit geleistet.

(Beifall SSW und Dennis Bornhöft [FDP])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich trotzdem noch einmal auf die gesamten Vorschläge der Landesregierung eingehen. Grundsätzlich sollte man Gleiches gleich behandeln, möchte man Vorschläge unterbreiten, wie man das, was die Landesregierung Ihnen vorschlägt, noch ein wenig verbessern kann.

Das Stichwort Friseure ist schon einmal gefallen. Sie durften relativ früh öffnen, die anderen körpernahen Dienstleistungen nicht, zum Beispiel die Nagelstudios erst später. Das sind die, bei denen beide eine Maske tragen und eine Plexiglasscheibe dazwischen ist, durch die man nur noch die Hände durch ein kleines Loch reicht. Also, mehr Schutz gibt es nicht. Wenn man zum Friseur geht, hat zumindest der Kunde normalerweise im Regelfall die Maske nicht immer auf. Vor dem Hintergrund ist die Gefahr in einem Nagelstudio beispielsweise geringer als für den Friseur oder die Friseurin bei einem Friseurbesuch. Deshalb muss man hier noch einmal genau schauen, ob nicht die anderen körpernahen Dienstleistungen auch zum gleichen Zeitpunkt geöffnet werden können wie die Friseure.

Ein gleiches Problem ist die Frage der Gastronomie. Der Kollege Arp hat es vorhin angesprochen und sehr dafür geworben, dass man dort etwas machen kann. Was sich mir noch nicht erschließt, ist, dass man einen Unterschied zwischen Speisegastronomie und allen anderen gastronomischen Betrieben macht. Ob ich nun mit einer Personengruppe ein Getränk zu mir nehme oder ob ich am gleichen Tisch speise, ist kein Unterschied, jedenfalls nicht von der Pandemie her. Womit man diese Einschränkung begründen will, erschließt sich mir noch nicht.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, auch über die Frage des Sportes sollte nachgedacht werden. Wir machen für kontaktarmen Sport eine Öffnung, was richtig und gut ist, insbesondere für Jugendliche, das haben hier alle auch immer gefordert. Aber auch klug als Nuance wäre, wenn man für Mannschaftssportarten nicht den Mannschaftssport an sich öffnet, aber zumindest das kontaktarme Training, das also Handballer, Fußballer, Basketballer, Volleyballer - und wie sie alle heißen - zumindest Trainingseinheiten kontaktarm absolvieren können.

Wenn man diese Öffnung macht, würde das auch diesen Sportarten helfen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Lars Harms [SSW]:

Ja, sehr gern.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Harms, ich glaube, alles, was Sie vorgeschlagen haben, spiegelt ein wenig die Diskussion wider, die es auch um diesen Plan gab und zum Glück auch weiter geben wird. Das Problem ist - ich würde gerne wissen, wie Sie damit umgehen: Wenn wir mehr Gleichheit schaffen, also mehr ähnliche Fälle gleichzeitig öffnen, würden wir zu einem bestimmten Zeitpunkt sehr viel Bewegung bringen. Dann sind wieder mehr Menschen unterwegs. Dann ist natürlich auch der Buchladen geöffnet, und ich gehe noch ins Nagelstudio und so weiter. Also es gibt mehr Mobilität.

Dann müsste man, so habe ich bisher die Epidemiologen verstanden, im Grunde mit der ganzen Charge in diesem Stufenplan weiter nach rechts gehen und sagen: Wenn wir so viel auf einmal machen, dann müssen wir auf einen Inzidenzwert unter 35 warten, auch mit den anderen Sachen.

Wäre das etwas, was Sie eher sinnvoll finden, also lieber später viel auf einmal, oder so, wie jetzt vorgeschlagen, in Stufen und ein wenig?

(Lars Harms)

Das ist die Abwägung, die man treffen muss. Alles vorzuziehen, davor warnen ja die Virologen ganz stark.

- Dann sind wir jetzt wieder bei der Diskussion, liebe Frau von Kalben, Grundrechte einzuschränken. Wenn ich das Grundrecht der freien Berufsausübung für ein Nagelstudio begrenze oder eine Nagelstudiobesitzerin einschränke und es gleichzeitig für eine gleichartige Verrichtung eines Jobs, zum Beispiel Friseure, aufrechterhalte, dann kann ich das natürlich nicht mehr vernünftig argumentieren. Die klagen einem die Hucke voll, und dann werden sie später doch wieder öffnen können beziehungsweise wir werden verklagt und müssen Schadenersatz zahlen. Deshalb ist es klug zu schauen, was einigermaßen gleich ist und das auch zum gleichen Zeitpunkt gleichartig behandeln. Das ist der Kern meiner Aussage, Gleiches gleich zu behandeln. Damit ist man rechtlich auf der sicheren Seite, aber auch, und das ist mir auch ganz wichtig, erzeugt Verständnis der Bürgerinnen und Bürger. Dem ist nicht so, wenn ich nicht erklären kann, warum der eine Laden dicht ist und der andere nicht. Ich könnte auch sagen, Bekleidungsgeschäfte dürfen öffnen, aber Baumärkte nicht, weil mir gerade mal danach ist. Ich möchte das ja ein wenig entzerren. Dann wird mir der Baumarktbesitzer aber sagen: Das ist aber toll, mein Grundrecht wird eingeschränkt, aber seins nicht, wo kommen wir denn da hin? Entweder alle oder keiner.

Genau das müsste hier auch so sein, dass man schon aus rechtlicher Sicht, aber auch aus menschlich verständlicher Sicht schaut, dass man gleichartige Regeln schafft.

Ich möchte ein weiteres Beispiel nennen - das hat nichts mit Recht zu tun, aber es passt zu dem, was Sie sagen. Ich kann zu einem bestimmten Zeitpunkt einer Sportveranstaltung, einer Kulturveranstaltung oder einem Gottesdienst beiwohnen und mit vielen Menschen zusammensitzen. Gleichzeitig ist aber in dem Papier nicht zu sehen, wann irgendwann für die Familien oder private Veranstaltungen etwas geöffnet wird. Das wird auch zu Konflikten führen, spätestens zu Ostern, wenn man seine Osterbesuche wieder haben möchte - wir kennen das noch von Weihnachten -, und ein paar Wochen später, wenn es um die Konfirmationen oder Ähnliches geht. Da kann ich mit 300 Personen mit Abstand in der Kirche sitzen, aber darf mich nur mit fünf Leuten privat treffen. Das werde ich niemandem erklären können. Deshalb wäre es schlau, vorher zu schauen, ob man in irgendeiner Art und Weise Regelungen schaffen kann, die das für die Leute verständlicher

machen. Das ist der Gedankengang, der von mir dahintersteckt.

Präsident Klaus Schlie:

Erlauben Sie eine weitere Bemerkung der Abgeordneten von Kalben?

Lars Harms [SSW]:

Aber gerne, klar.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diesen Gedankengang kann ich sehr gut verstehen, aber ich möchte trotzdem noch eine Bemerkung dazu loswerden. Ich glaube, wir müssen dann ein System schaffen, das - zum Beispiel für den privaten Bereich, für Konfirmationen oder Sonstiges - ähnlich harte Hygienekonzepte wie zum Beispiel für Sitzveranstaltungen vorsieht, die in dem Plan auftauchen. Aber ich möchte noch einmal sagen: Wenn wir tatsächlich davon ausgehen, dass alles in einer komplett gleichen Logik passiert, was - da gebe ich Ihnen Recht - von der Akzeptanz her sehr wichtig ist, dann wird es dazu führen, dass dann die Schritte, die jetzt im Stufenplan angedacht sind, eher zu einem späteren Zeitpunkt kommen als dass wir sagen, wir ziehen sehr viel vor, und zwar nicht, weil es Spaß macht, die Freiheitsrechte oder die Berufsausübung einzuschränken, sondern weil mein Eindruck ist, dass die Virologen sehr davor warnen, dass wir jetzt auf einmal sehr viel öffnen und dann in eine verschärfte dritte Welle kommen.

- Frau Kollegin, ich glaube noch nicht daran, dass, wenn man ein paar Nagelstudios oder Massagepraxen zum gleichen Zeitpunkt wie Friseure öffnet, das unbedingt ein großes Problem werden wird und dass das dann die große Öffnung ist. Ich wäre mit der Einschätzung vorsichtig. Ich würde sie so nicht teilen.

Mir geht es bei den Anregungen, bei dem Warnen davor, Dinge ungleich zu behandeln, auch darum, dieses rechtzeitig klarzumachen, weil der Ministerpräsident noch in seine Ministerpräsidentenkonferenz gehen und dieses Werk, das ich grundsätzlich unterstütze, verteidigen muss. Genau diese Anmerkungen, die ich eben genannt habe, werden auch aus anderen Bundesländern kommen. Da bin ich mir ziemlich sicher. Man sollte im Vorwege darauf vorbereitet sein. Wie gesagt: Grundrechtseinschränkungen müssen begründet werden. Mir kann keiner begründen, dass einige öffnen dürfen und andere

(Lars Harms)

aus dem gleichen Bereich eben nicht. Da muss man mit der Behandlung des Ganzen sehr vorsichtig sein.

Meine Damen und Herren, ein Letztes: Ich glaube auch, dass wir manches früher öffnen müssen beziehungsweise können. Ich glaube, so einen großen Run auf Museen wird es nicht geben, wenn man sie rechtzeitig öffnen würde. Das wäre aber vielleicht für die eine oder andere Familie ganz angenehm, etwas anderes zu sehen als nur an den Strand oder in den Wald zu gehen. Das tun sie bereits seit zehn Monaten. Und es wäre ganz schön, auch einmal ins Museum zu gehen. Und noch viel wichtiger fände ich es, dass man auch Tierparks und Zoos vielleicht früher öffnen lässt. Das haben wir beim letzten Mal relativ spät gemacht. Ich glaube, gerade Tierparks und Zoos sind Veranstaltungen, die relativ im Freien stattfinden. Diese relativ früh zu öffnen, ist ein richtiger Weg.

Am Ende bleibt, dass Öffnungen nach Inzidenzwerten richtig sind; dass man andere Kriterien aufnimmt, ist auch richtig. Die Risikoabwägung muss vor Ort bleiben, und vielleicht muss man das - obwohl es das Infektionsgesetz ja vorschreibt - noch einmal in einem Papier deutlich sagen, damit Verwaltungsleute vor Ort wissen, dass sie die Möglichkeit haben. Ich habe manchmal die Sorge, dass der eine oder andere das nicht weiß. Es ist eine logische Konsequenz, dass es landesweite Regelungen geben muss, aber dass Abweichungen möglich sein müssen, ist auch völlig klar. Wenn es irgendwo durch die Decke schießt, muss man reagieren können.

100 % logisch und für jeden nachvollziehbar wird es niemals sein. Den Anspruch dürfen wir als Politik nicht haben. Unsere Verantwortung ist, es für die Menschen allgemein einigermaßen erträglich zu machen und einigermaßen eine Perspektive zu geben, wie es mit einer Öffnung vonstattengehen kann. Deswegen bin ich der Landesregierung dankbar dafür, dass sie das Konzept jetzt vorgelegt hat. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Günther, vielen Dank für die Vorstellung Ihres sogenannten Perspektivplans heute im Parlament. Wir haben Ihren Lockerungsfahrplan

- wie er ja auch heißt - gestern schon der Presse entnehmen können.

Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zu der Erkenntnis, dass es einen Fahrplan für einen Ausstieg aus dem ewigen Lockdown geben muss. Das haben wir als AfD bereits im April letzten Jahres und danach immer wieder gefordert, einen klaren Ausstiegsplan.

Es geht durchaus in die richtige Richtung, wenn Sie von einer inzidenzbasierten Vorgehensweise nach dem 14. Februar 2021 sprechen. Aber selbst namhafte Wissenschaftler sagen, dass die Inzidenz nicht die einzige Kenngröße sein kann - eine weitere Erkenntnis, die wir ebenfalls bereits im Herbst 2020 geäußert haben. Sie nennen das jetzt „dynamischen Faktor“.

Herr Günther, leider ist Ihr Fahrplan kein echter Fahrplan; ohne konkrete Ankunfts- und Abfahrtszeiten ist es kein Fahrplan. Ihr Fahrplan klingt eher so: Wenn es mehrere Minuten nach 13 Uhr ist, dann lassen wir einen Bus fahren; ob alle zehn Minuten oder nur jede Stunde, das wissen wir nicht. Wir wissen auch nicht, wann der Bus an Ihrer Haltestelle sein wird. Warten Sie einfach im Häuschen, irgendwann wird der Bus schon vorbeikommen!

Das klingt nicht nach einer guten Perspektive für eine entspannte Busfahrt, Herr Günther. Genauso präzise ist Ihr Lockerungsfahrplan. Die Presse feiert Sie dafür und spricht von einer Blaupause für den Bund. Nüchtern betrachtet ist das heute aber nicht viel mehr als die Erkenntnis, dass Sie endlich damit begonnen haben, nach einem Einstieg in den Ausstieg zu suchen.

Herr Günther, Sie stellen heute Lockerungsschritte in Aussicht, die ganz vernünftig klingen, aber wir kennen es mittlerweile von Ihnen: Im Februar sitzen Sie wieder Frau Merkel und den anderen Ministerpräsidenten am virtuellen Tisch gegenüber, und am Ende machen Sie doch wieder das, was alle anderen wollen, und nicht das, was für Schleswig-Holstein richtig ist.

(Beifall Claus Schaffer [AfD])

Herr Günther, geben Sie den Gastronomen, den Hotelbesitzern, den Ladenbesitzern, den Friseuren, den Unternehmern, den Eltern und Schülern eine klare Perspektive, und stehen Sie diesmal zu Ihrem Wort!

Auch wenn wir nicht mit allen Lockerungsschritten und Kriterien im Einzelnen einverstanden sind, so gehen Ihre Ideen in der Sache doch in die richtige Richtung. Doch es steht bereits heute zu vermuten, dass Sie die richtige Richtung für Schleswig-Hol-

(Jörg Nobis)

stein im Februar 2021 wieder für eine bundeseinheitliche Regelung opfern werden.

Es ist zwingend notwendig, Öffnungsschritte zu regionalisieren. Was für Bayern oder Sachsen richtig ist, muss für uns noch lange nicht richtig sein. Vielmehr ist jeweils auf das regionale Infektionsgeschehen abzustellen, sowohl zwischen den Ländern, aber in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein auch innerhalb des Landes. Was für Kiel oder Lübeck richtig sein mag, muss für Klanxbüll oder Helgoland noch lange nicht richtig sein.

Sehr geehrter Herr Günther, wir hören Ihre Botschaft, wir sehen die Absicht, begrüßen die Richtung, in die die Diskussion nun endlich geht, wir fordern Sie aber in aller Deutlichkeit auf: Lassen Sie diesen Plan nicht wieder zum Rohrkrepierer werden! Sie haben die Bürger Schleswig-Holsteins schon zu oft enttäuscht.

Heute liegt uns die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage meines Kollegen Claus Schaffer vor, Drucksache 19/2689. Der Antwort können Sie entnehmen, dass im gesamten Jahr 2020 nur zehn Fälle von insgesamt 21.631 Infektionsfällen dem Einzelhandel zugerechnet werden - zehn Fälle von über 21.000 Fällen werden dem Einzelhandel zugerechnet! Diese Zahl zeigt klar und deutlich: Der Einzelhandel war zu keiner Zeit ein Treiber der Pandemie. Die Hygieneschutzmaßnahmen waren offensichtlich richtig und erfolgreich. Anhand dieser Zahl lässt sich eine weitere Schließung des Einzelhandels nicht begründen. Öffnen Sie den Einzelhandel, gehen Sie wieder in ein normales Leben über, wie es sich die Schleswig-Holsteiner und wir alle es uns wünschen! Machen Sie es endlich! - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/2732 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe auf:

Niemanden zurücklassen!

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2737

Ich sehe, dass auch hier das Wort zur Begründung nicht gewünscht wird.

Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich ums Handzeichen. - Auch hier sehe ich, dass das einmütig der Fall ist. Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag bei den Tagesordnungspunkten 3 ff. eingeordnet wird.

Wir haben gemeinsam mit den Parlamentarischen Geschäftsführungen vereinbart, dass wir Tagesordnungspunkt 13 noch vor der Beratung über die Schulthemen behandeln.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Wahl der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung des Landes Schleswig-Holstein

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2700

Ich freue mich, dass zu diesem Tagesordnungspunkt auf Anregung des Beauftragten für Menschen mit Behinderung ein Gebärdensprachdolmetscher bei uns ist.

(Beifall)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Meine Damen und Herren, auf der Tagesordnung steht heute die Wahl für die Stelle der oder des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung des Landes Schleswig-Holstein. Die oder der Landesbeauftragte setzt sich für umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung ein. Mit diesem Ziel berät sie oder er den Landtag sowie die Landesregierung und arbeitet mit vielen gesellschaftlichen Gremien zusammen.

Die oder der Landesbeauftragte hilft allen Bürgerinnen und Bürgern bei Fragen und Problemen weiter. Sie erhalten hier eine Beratung über Anlaufstellen für ihre Fragen und Probleme. Die oder der Landesbeauftragte kann auch selbst initiativ tätig werden, wenn aus ihrer oder seiner Sicht grundsätzliche Themen mit Bedeutung für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein bei Gesetzgebungsverfahren oder Verwaltungsakten berührt werden.

Wie dieses wichtige Amt im Einzelnen ausgestaltet wird, hängt natürlich in besonderem Maße von der Person ab, die es ausfüllt. Ich möchte diese wichtige Feststellung zum Anlass nehmen, dem bisherigen und heute anwesenden aus dem Amt scheidenden Landesbeauftragten, verehrter, lieber Herr Pro-

(Präsident Klaus Schlie)

fessor Ulrich Hase, für die langjährige Tätigkeit sehr herzlich zu danken.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Lieber Uli Hase, Sie sind zweimal hintereinander einstimmig in das Amt des Landesbeauftragten gewählt worden. Die Vielzahl der Initiativen, die Sie angestoßen haben, ist beeindruckend. Ich muss mich darauf beschränken, einige wenige stellvertretend für Ihre gesamte Arbeit in Erinnerung zu rufen.

Ihnen, lieber Professor Dr. Hase, ist es vor allem gelungen, Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein durch die Etablierung politischer Partizipationsformen eine dauerhafte und wahrnehmbare Stimme zu geben. Sie haben den Landesbeirat zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung maßgeblich ins Leben gerufen und zu einem wichtigen Mitwirkungs-gremium gemacht. In Ihrer Amtszeit erhöhte sich durch Ihren Einsatz die Zahl der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung von anfangs lediglich zwei auf mittlerweile über 50. Damit steht in unserem Land ein fast flächendeckendes Netz an Beauftragten zur Verfügung.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ganz besonderen Wert haben Sie stets auf den Austausch und die Vermittlungsarbeit gelegt. Sie haben über Runde Tische, über Ihre unermüdliche Vortragstätigkeit und zahlreiche Veranstaltungen weit in unsere Gesellschaft hinein gewirkt und erfolgreich für die Inklusion und Partizipation von Menschen mit Behinderung geworben.

Ganz persönlich erinnere ich mich dabei gern an den Krach-Mach-Tach, der Menschen mit Behinderung immer wieder Mut gemacht hat, ihre Stimme zu erheben und sich selbstbewusst zu Wort zu melden.

Inhaltlich und auch strukturell haben Sie die Stelle des Landesbeauftragten vor allem auf das wichtige Themenfeld der Barrierefreiheit und des barrierefreien Bauens erweitert, immer eingedenk der Prämisse, dass Teilhabe und Inklusion bei allem, was in unserer Gesellschaft geplant und realisiert wird, mitgedacht und mitgemacht werden muss.

Sie haben nur wenige Monate nach der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch Deutschland einen Entwurf zum Landesaktionsplan eingebracht und bundesweit als erster Beauftragter für Menschen mit Behinderung eine Vorlage für ein

Landesbehindertengleichstellungsgesetz eingebracht.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das waren wichtige Schritte, um die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung auch rechtlich in unserer Gesellschaft zu verankern und das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Inklusion in einer Demokratie nur dann mit Leben gefüllt werden kann, wenn sie einen verlässlichen rechtlichen Rahmen hat.

Sehr geehrter, lieber Professor Uli Hase, Sie können mit viel Genugtuung auf das zurückblicken, was Sie für die Menschen in unserem Land erreicht haben, für die Menschen mit und auch ohne Behinderung, denn Ihr Einsatz für Gleichstellung, Inklusion und Barrierefreiheit war und ist stets ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Sie haben in Ihrer Amtszeit die Rechte für Menschen mit Behinderung, vor allem aber das Bewusstsein dafür, dass Staat und Gesellschaft in der Pflicht sind, Inklusion zu verwirklichen, gestärkt und vorangebracht. Sie haben Standards verankert, die die Lebensqualität und die politischen und gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung entscheidend verbessert haben.

Ich möchte Ihnen - auch ganz persönlich - für diese unschätzbare Arbeit im Namen aller Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages sehr herzlich danken. Ich weiß, dass unser Land auch in Zukunft auf Ihren Rat und Ihre Erfahrung wirklich zählen kann. Lieber Professor Hase, ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute und für das, was Sie sich vornehmen, Gesundheit und Erfolg.

(Anhaltender lebhafter Beifall im ganzen Haus - Die Abgeordneten und Regierungsmitglieder erheben sich)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lasse nun über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch sehe ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Ich weise darauf hin, dass für die Wahl nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein die Mehrheit der Mitglieder des Landtages erforderlich ist. Wer also dem Wahlvorschlag, Drucksache 19/2700, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

(Präsident Klaus Schlie)

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus und auf der Regierungsbank)

Frau Pries, ich darf Ihnen im Namen der Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages ganz herzlich gratulieren. Viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und alles Gute. Glückauf für die Zukunft im Interesse der Menschen mit Behinderung!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos] und auf der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3, 17, 22, 28, 35, 43 und 36 c auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes aufgrund der Coronavirus-Pandemie**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2631

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/2706

b) Schulabschlüsse 2021 für Schülerinnen und Schüler gewährleisten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2621

c) Schulchaos beenden!

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2683

d) DigitalPakt Schule endlich umsetzen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2704

e) Umsetzung der Corona-Maßnahmen in Schulen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2716

f) Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2019/20

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2471

g) Niemanden zurücklassen!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2737

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich erteile somit zunächst das Wort zu a) dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, dem Abgeordneten Peer Knöfler.

Peer Knöfler [CDU]:

Frau Präsidentin! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit verweise ich auf die Vorlage.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Besten Dank, Herr Berichterstatter. - Wortmeldungen gibt es nicht.

Mit dem Antrag zu e) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Somit lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Somit erteile ich nun das Wort für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute vor einem Jahr, am 27. Januar 2020, wurde in Bayern der erste deutsche Coronafall bekannt. Seitdem haben wir alle stetig dazugelernt.

Was bedeutet das eigentlich: „Lernen in der Krise“? - Es bedeutet, flexibel zu sein und mit Ungewissheit umzugehen. Es bedeutet zwingend, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Das gilt für Schülerinnen und Schüler, die seit fast einem Jahr unter völlig neuen und erschwerten Bedingungen lernen müssen. Das gilt für deren Eltern, die neben ihrer Erwerbstätigkeit ihre Kinder betreuen, und das gilt für Lehrkräfte, Schulleitungen und alle anderen an Schule Tätigen, die digitalen Unterricht umsetzen und gleichzeitig Präsenzangebote schaffen, wo es nötig ist.

Sich auf das Wesentliche zu konzentrieren - das gilt auch für die Politik. Sie muss Prioritäten setzen und

(Ministerin Karin Prien)

dabei immer flexibel bleiben. Lassen Sie mich das an vier Handlungsfeldern erläutern.

Ich beginne mit der Perspektive für die Schulöffnung. Schleswig-Holstein - darüber haben Sie eben debattiert - hat gestern als erstes Bundesland einen Perspektivplan für alle Lebensbereiche vorgestellt. Dieser Plan bietet die dringend notwendige Perspektive für Schulen, für Schülerinnen, Schüler und Eltern.

Unser inzidenzgestützter Stufenplan als Weiterentwicklung des Corona-Reaktionsplans beschreibt dabei konkret den Weg zurück zum Präsenzunterricht für so viele Schülerinnen und Schüler wie möglich - so verantwortungsvoll wie möglich. Das ist und bleibt unser prioritäres Ziel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Wichtig ist dies vor allem für die Kinder an den Grundschulen. Sie leiden besonders unter der jetzigen Situation und brauchen ihre Lehrkräfte, die sie in der Schule unterstützen und fördern. Bei möglichen Öffnungsschritten berücksichtigen wir sowohl die Siebentageinzidenz als auch die Dynamik des Infektionsgeschehens.

Heute können wir Folgendes sagen: Wenn wir am Stichtag, dem 8. Februar 2021, sieben Tage eine landesweite Inzidenz von unter 100 hatten, die zudem eine klare Tendenz nach unten zeigt, dann gehen die Jahrgänge 1 bis 6 ab dem 15. Februar 2021 in den Wechselunterricht. Sollte die Inzidenz vor dem 8. Februar 2021 bereits für 21 Tage deutlich unter 100 liegen, mit einem klaren Trend nach unten, dann gibt es ab dem 15. Februar 2021 Präsenzunterricht für alle Schülerinnen und Schüler von Klasse 1 bis Klasse 6.

Zur Ehrlichkeit gehört aber eben auch - die schulden wir allen Menschen -: Sollte sich das Pandemiegeschehen deutlich verschärfen und damit die Inzidenz über 100 liegen, würde das die Öffnung der Grundschulen für den Wechsel- oder Präsenzunterricht verzögern.

Auch für die Klassenstufen 7 bis 13 und für die berufsbildenden Schulen gibt der Perspektivplan klare Rückkehrmöglichkeiten in den Präsenzunterricht vor. Für die Abschlussklassen und die Prüfungen gilt weiter, dass es auf jeden Fall Präsenzangebote geben wird, ab Stufe 2 dann auch Präsenzunterricht für alle Abschlussklassen. Auch die Prüfungen können in Präsenz stattfinden. Unsere Zusage gilt: Wir geben unseren Schulen und den Familien frühzeitig

ein hohes Maß an Klarheit, damit sie sich auf das Wesentliche konzentrieren können.

Lassen Sie mich zu einem zweiten Handlungsfeld kommen, den Abschlussprüfungen. Wir haben in der Kultusministerkonferenz - KMK - in der vergangenen Woche bekräftigt, dass die Abiturprüfungen 2021 stattfinden werden und alle anderen Abschlüsse unter Wahrung der regulären Standards erlangt werden können. Dabei ist das wichtigste Ziel: Die in diesem Jahr erworbenen Abschlüsse werden denen früherer und späterer Jahrgänge gleichwertig sein und von den Ländern gegenseitig anerkannt.

Egal, welchen Schulabschluss ein junger Mensch anstrebt - er verdient die Wertschätzung und Anerkennung, den Prüfungserfolg durch eigene Leistungen zu erbringen.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Schülerinnen und Schüler sind durch die bisherige Schulzeit gut auf den Schulabschluss vorbereitet und können zuversichtlich in die Prüfungen gehen.

Herausfordernd sind der fehlende reguläre Präsenzunterricht in Lockdown-Zeiten und die Tatsache, dass die Pandemie bei einigen Schülerinnen und Schülern zu hohen psychischen Belastungen führt. Das ist eine emotionale Ausnahmesituation, die eine sorgfältige pädagogische Begleitung durch die Lehrkräfte erfordert - mehr noch als in gewöhnlichen Prüfungszeiten.

Deshalb müssen wir beides tun: die Abschlussprüfungen für alle sicher ermöglichen und zugleich Erleichterungen unter Wahrung der geltenden Standards und Anpassungen an die derzeitige Situation vornehmen.

Für den Ersten Allgemeinbildenden Schulabschluss - ESA - und den Mittleren Schulabschluss - MSA - bedeutet dies: Schülerinnen und Schüler erhalten ab dem 1. März 2021 eine intensive und gezielte Vorbereitung auf die schriftlichen Prüfungsfächer. Das können wir, und das hat auch im letzten Jahr gut funktioniert.

Wir reduzieren zudem die Anzahl der schriftlichen Prüfungen, verlängern die Bearbeitungszeit und ermöglichen auf Wunsch eine weitere mündliche Prüfung, durch die ausschließlich eine Verbesserung erreicht werden kann.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sollten die Prüfungsergebnisse aller Schülerinnen und Schüler in einem Prüfungsfach vom Durch-

(Ministerin Karin Prien)

schnitt der letzten drei Vor-Pandemie-Jahre deutlich nach unten abweichen, kann die Schulaufsicht eine Anpassung der Noten vornehmen. Auch für die Abiturientinnen und Abiturienten ermöglichen wir eine gezielte Vorbereitungszeit auf die Prüfungen. Außerdem sehen wir eine größere Auswahlmöglichkeit der Aufgaben und eine Zeitverlängerung während der Prüfungen vor. Zusätzlich stimmen wir in der KMK ab, ob wir für das Abitur bei deutlich nach unten abweichenden Durchschnittsergebnissen eine Anpassung der Noten vornehmen.

(Beifall Tobias Koch [CDU], Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die besonderen Herausforderungen für die Schülerinnen und Schüler haben wir auch bei der Frage des freiwilligen Wiederholens im Blick. Es ist unser Ziel und auch unsere Verantwortung, jedem jungen Menschen Mut zu machen, ihm Zuversicht zu schenken, dass er aus der Krise gestärkt hervorgeht und die kommenden Herausforderungen meistert. Ich bin sicher: Die meisten Schülerinnen und Schüler werden ihre Schullaufbahn dank des großen Engagements ihrer Lehrkräfte und auch ihrer Eltern wie geplant fortsetzen.

Aber wir dürfen jene nicht aus dem Blick verlieren, die durch die Pandemie unter hohen psychischen Belastungen leiden. Für diese Schülerinnen und Schüler werden wir ein freiwilliges Wiederholen im Einzelfall und nach Beratung für alle Jahrgänge ermöglichen. Das Corona-Wiederholungsjahr wird nicht mitgezählt. Es hat also keine Auswirkungen etwa auf die Höchstverweildauer insbesondere in der Oberstufe.

Lassen Sie mich ein drittes Feld ansprechen, das Lernen auf Distanz. Das wesentliche Ziel des Lernens auf Distanz ist, dass wir die Auswirkungen der Pandemie auf den Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler so gering wie möglich halten. Lernen auf Distanz kann deshalb keine gleichwertige Alternative zum Präsenzunterricht sein, aber es ist eine Möglichkeit, die Auswirkungen der Krise auf Kinder und Jugendliche so gut wie möglich abzufedern.

Das klappt ganz gut, wie eine Kurzumfrage des IQSH unter Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern zu den Distanzlernübungstagen gezeigt hat. Guter Unterricht - das hat die Umfrage gezeigt - ist weniger abhängig davon oder daran zu messen, wie oft eine Videokonferenz stattgefunden hat, sondern hängt mehr davon ab, ob Ziele geklärt

wurden, Lernfortschritte angeleitet wurden, das Lernen strukturiert wurde und wie Schülerinnen und Schüler dabei von ihren Lehrkräften unterstützt wurden. Wichtig ist vor allem auch die Qualität des Feedbacks der Lehrkräfte. Guter Unterricht ist - gerade in dieser Ausnahmesituation - eben kein Unterricht von der Stange, sondern ein individuelles Eingehen auf jede Schülerin und jeden Schüler.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Damit komme ich zum vierten Feld, der Digitalisierung. Der DigitalPakt war und ist kein Kriseninstrument. Der DigitalPakt hat zum Ziel, die Technik innerhalb der Schulgebäude, also Leitungen, WLAN-Ausstattung und Präsentationstechnik, zu verbessern. Das hilft, wenn Schülerinnen und Schüler tatsächlich im Klassenraum und nicht im Kinderzimmer sitzen. Investitionen in die digitale Infrastruktur erfordern durchdachte Medienentwicklungspläne und ein medienpädagogisches Konzept an den Schulen sowie eine gezielte Fortbildungsplanung für das Kollegium.

Diese langfristige Entwicklung in der Schule ist definitiv nicht Teil einer akuten Krisenbewältigung. In unserer derzeitigen Situation ist der DigitalPakt also nur von begrenzter Relevanz. Dennoch arbeiten wir mit hoher personeller und finanzieller Unterstützung daran, die Antragsquote der Schulträger weiter zu erhöhen und das Antragsverfahren zu verschlanken. Mitten in der Pandemie ging und geht es aber vor allem darum, möglichst schnell das Lernen auf Distanz, also außerhalb der Schule, zu ermöglichen. Dafür braucht es insbesondere mobile Endgeräte für unversorgte Schülerinnen und Schüler und für Lehrkräfte.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Bis dato wurden mithilfe des Sofortausstattungsprogramms 28.400 Endgeräte für Schülerinnen und Schüler an die Schulträger ausgeliefert. Das ist und bleibt ein großer Erfolg.

Um die Kommunen finanziell zu entlasten, hat das Land den Eigenanteil beim Sofortausstattungsprogramm übernommen. Darüber hinaus bringen wir aktuell 14 Millionen € Landesmittel für zusätzliche Leihgeräte für Schülerinnen und Schüler auf den Weg. Bei den Endgeräten für Lehrkräfte hat Schleswig-Holstein die Vereinbarung mit dem Bund bereits unterzeichnet, es fehlen allerdings noch Unterschriften weiterer Länder.

(Ministerin Karin Prien)

Was ist in der aktuellen Situation, aber auch langfristig noch wichtig? - Das ist ein gutes Lernmanagementsystem. Ein solches haben wir den Schulen in Rekordzeit zur Verfügung gestellt. Mit Stand vom 21. Januar 2021 wird das System an 342 Schulen bereitgestellt und hat während der letzten Wochen vielerorts sehr gut funktioniert. Es verzeichnet hohe Nutzerzahlen. Dabei machen wir allen Schulen weiter dieses Angebot: Jede Schule, die das Lernmanagementsystem haben möchte, bekommt es. - Es haben übrigens bislang bis auf eine einzige Schule alle Schulen dieses System zu ihrem Wunschtermin erhalten.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es geht jetzt darum, die richtige Lösung an jeder einzelnen Schule zu finden; während der Krise geht es natürlich nicht darum, ein zusätzliches Umsteuern zu verlangen.

Die besten technischen Voraussetzungen helfen nicht ohne die entsprechende fachliche Umsetzung. Wir werden am 6. Februar 2021 an einem Landesfachtag mit Experten und allen Akteuren aus dem Bereich Schule, natürlich auch mit Eltern und Verbänden, Schlussfolgerungen aus der Evaluation der Distanzlerntage ziehen. Wir werden uns mit der Frage befassen, wie die Qualitätsstandards für das Lernen mit digitalen Medien auch im Distanzunterricht noch besser umgesetzt werden können.

Ich weise darauf hin: Seit dem ersten Lockdown haben rund 7.500 Lehrkräfte aller Schularten an Fortbildungen des IQSH teilgenommen. Fast das gesamte Programm wurde online durchgeführt. Ich weise auch darauf hin, dass wir die Schulen beim digitalen Lernen mit noch einmal 250 Stellen zusätzlich unterstützen werden.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wollen Entwicklungsperspektiven für die schulische Bildung im digitalen Zeitalter entwickeln und umsetzen - und zwar weit über die Pandemie hinaus. Das gilt für die Schulen selbst, aber auch für alle drei Phasen der Lehrkräftebildung. Deshalb werden wir bei diesem Vorhaben eng mit den Hochschulen und unserem Landesinstitut zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, selbst bei deutlicher Überschreitung der Redezeit wird es mir jetzt nicht gelingen, Ihnen alle Maßnahmen, die wir im Bereich der Digitalisierung auf den Weg gebracht haben, vorzutragen. Deshalb haben Sie uns gebeten,

noch in diesem Quartal einen Bericht zum Fortschritt in der Digitalisierung an den Schulen vorzulegen. Das werden wir natürlich tun.

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass wir in der Krise nicht jahrzehntelange Versäumnisse nachholen können. Die Betonung liegt hier ausdrücklich nicht auf den Versäumnissen einer Vorgängerregierung, sondern tatsächlich auf Jahrzehnten, in denen wir alle, als Gesellschaft die Digitalisierung der Bildung nicht ernst genug genommen haben. Auch jetzt läuft nicht alles in der Digitalisierung perfekt, aber das Wesentliche für den Moment haben wir erfolgreich umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Das ist, was in der Krise zählt.

Bitte erlauben Sie mir noch einige wenige Bemerkungen zum Thema Fehlerkultur als weiteres wesentliches Element der Krisenbewältigung. Seien Sie gewiss: Wir tun alles dafür, um Missverständnisse zu verhindern oder bei Bedarf schnellstmöglich aufzuklären. - Ich bin nicht frei von Fehlern, auch meine Mitarbeiter sind nicht frei von Fehlern. Das Pensum, das meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade bewältigen - Abend für Abend, Wochenende für Wochenende -, ist enorm. Es wird ihnen und ihrer Leistung nicht gerecht, wenn wir nur das Haar in der Suppe suchen. Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bildungsministeriums, den Schulleitungen, den Lehrkräften, den Schulämtern und den Schulträgern für ihren unermüdlichen Einsatz danken.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, heißt eben auch, Entscheidungen zu treffen. Das ist nicht immer einfach, sondern oft sehr schwer. Das geschieht nirgendwo fehlerfrei. Alle, die politische Verantwortung tragen, bekommen das gerade zu spüren. Wer keine Verantwortung trägt, tut sich naturgemäß leicht damit, dieses oder jenes zu fordern oder im Nachhinein Dinge besser gewusst zu haben.

Diese Krise ist eine tägliche Herausforderung für Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Schulleitungen, Verwaltungen, Ministerinnen und Minister - aber auch für Oppositionspolitiker. In diesem Sinne danke ich allen, die sich mit sachlichen Hinweisen im parlamentarischen Verfahren an der Bewältigung der Krise beteiligen. Konzentrieren wir uns weiter auf das Wesentliche!

(Ministerin Karin Prien)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SPD, SSW und Beifall Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Ministerin hat die vorgesehene Redezeit um 4 Minuten erweitert. Diese stehen nun allen anderen Fraktionen und den Abgeordneten des SSW auch zur Verfügung. Der Zusammenschluss der AfD-Abgeordneten hat eine erweiterte Redezeit von 2 Minuten, das heißt, 6 Minuten insgesamt. Die anderen Fraktionen haben eine erweiterte Redezeit von 14 Minuten insgesamt.

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Noch stehen hier auf der Uhr 10 Minuten, die bedrohlich runterlaufen.

Frank Goosen lässt in seinem Buch „Radio Heimat“ zwei Menschen in der Betrachtung Bochums auf einer Straßenbrücke stehen. Schließlich kommt einer von beiden zu dem Fazit:

„Woanders is auch scheiße!“

(Heiterkeit Dennys Bornhöft [FDP])

Ich will gleich zu Beginn klarstellen, dass mir dieses Fazit in der aktuellen bildungspolitischen Debatte nicht reicht. Es ist wichtig, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu danken, und es ist wichtig, offen mit Fehlern umzugehen. Das sind gute Grundlagen. Aber wir haben heute schon Besonderes zu besprechen, im Großen wie im Kleinen. Es darf schlicht nicht sein, dass in unserem Landtag vormittags etwas anderes berichtet wird, als den Schulen gegenüber am Nachmittag desselben Tages angeordnet wird.

(Beifall SPD und SSW)

Es ist ein schlechtes Zeichen, dass der Verein „Schulen am Wind“ sich auflöst - und zwar nicht, weil es für diese Schulen nichts mehr zu tun gibt, sondern weil die Lehrkräfte sagen, sie hätten nicht mehr die Kraft für dieses Engagement.

(Tobias von der Heide [CDU]: Das stimmt nicht!)

Es ist peinlich, dass der DigitalPakt für Schulträger und Schulen nirgends so unfreundlich gestaltet ist wie in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD)

Es sind Rückschritte, wenn die Exklusionsquote in unserem Land steigt und ein Landesförderzentrum Autistisches Verhalten gegründet wird, ohne den Landeselternbeirat zu beteiligen.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Es sieht nach innerer Abkehr aus, wenn in Altholz gegen den Willen des Schulträgers und der Schulgemeinschaft, ohne hinreichende Kommunikation ein Schulleiter eingesetzt wird, der dort gar nicht hinwill.

Aber der Reihe nach: Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass sich die SPD-Landtagsfraktion im vergangenen Jahr konstruktiv zu den Corona-Maßnahmen verhalten hat und auch weiter mit in die Verantwortung nehmen lässt. Wir teilen den Grundsatz, so viel Präsenzunterricht wie möglich zu ermöglichen. Damit haben Sie mit uns schon einmal eine viel pflegeleichtere Opposition an Ihrer Seite als andere Regierungen.

Wir teilen auch die Haltung, dass Verabredungen der Ministerpräsidentenkonferenz und der Bundeskanzlerin eingehalten werden sollen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Trotzdem sage ich Ihnen heute, dass es so nicht weitergehen darf, und zwar anhand von fünf Beispielen.

Das erste heißt: kongruente Kommunikation. Ich habe schon gesagt, dass es nicht hinnehmbar ist, dass vormittags im Landtag das eine verkündet und nachmittags den Schulen gegenüber das andere angeordnet wird. Aus kleinen Lern- und Vorbereitungsgruppen für Abschlussjahrgänge wurde binnen Stunden Präsenzunterricht gemäß Stundentafel im Rahmen der vor Ort üblichen Zeitstruktur. Wir brauchen aber eine Ministerin, die ansagt, was in ihrem Ministerium passiert - verlässlich über einen Zeitraum von sogar mehr als über einen halben Tag hinaus.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das Wichtigste, das unsere Schulen brauchen, sind Klarheit und Rechtssicherheit. Die haben sie derzeit nicht. Was sie haben, ist eine Flut von Erlassen. An den ersten vier Schultagen in diesem Jahr waren es nicht weniger als vier. Damit wurden immer wieder Dinge neu geregelt, die wenige Tage, ja Stunden zuvor, noch anders angeordnet waren. Unseren Schulen wäre mehr damit gedient, wenn es weniger, dafür aber belastbarere Dienstanweisungen gäbe. Dafür sind nicht die KMK oder die gern genomme-

(Martin Habersaat)

nen Amtsvorgängerinnen und Amtsvorgänger verantwortlich, Frau Prien, sondern nun einmal Sie.

Zweitens: Rote Laterne beim DigitalPakt. Die Gelder des Bundes sind da, werden aber nirgends so langsam abgerufen wie in Schleswig-Holstein. Wo klemmt es? - Da sind zum einen lasche Fristen. Im Februar 2019 einigten sich Bund und Länder. Im März 2019 erfolgte die Zustimmung durch den Bundesrat. Sachsen legte seine Förderrichtlinie am 21. Mai 2019 vor. Schleswig-Holstein brauchte bis zum 16. September 2019. In Sachsen und Sachsen-Anhalt waren die Mittel bis zum 30. Juni 2020 zu beantragen, Schleswig-Holstein entschied sich für eine Frist bis zum 30. April 2022. Die Entscheidung fiel allerdings vor Corona, und es ist erschreckend, dass es bisher noch nicht die Kraft gab, die Abläufe zu beschleunigen.

Da sind die schlechten Rahmenbedingungen für die Schulträger. Länder und Schulträger sollen gemeinsam einen Eigenanteil von 10 % der Mittel leisten - gemeinsam. Außerdem sollen die Länder sicherstellen, dass finanzschwache Kommunen auch teilnehmen können.

Schleswig-Holstein beteiligt sich an diesem Eigenanteil überhaupt nicht und verlangt von den solventen Kommunen 15 % Eigenanteil, um den anderen ihren Anteil erlassen zu können. Nirgends werden die Kommunen beim DigitalPakt so schlecht unterstützt wie in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD und SSW)

Das ist eine Entscheidung dieser Landesregierung, nicht eine der Vorgängerregierung oder der KMK.

Drittens: Probleme beim Distanzlernen. Für viele überraschend war das Fazit der Bildungsministerin zu den Distanzlerntagen: Alle Systeme des Landes hätten funktioniert, alle Serverkapazitäten seien ausreichend gewesen. Das deckt sich jedenfalls nicht mit den vielen Rückmeldungen. Die Ministerin erklärte das mit den Kapazitäten, die vonseiten der Schulträger zur Verfügung gestellt werden. Es wird aber nicht reichen, meine Damen und Herren, den Schwarzen Peter bei den Schulträgern abzuladen.

Die Peinlichkeit mit dem Länderkürzel ist eigentlich nur eine Randnotiz. Ich gehe hier trotzdem darauf ein, weil damit verbunden eine falsche Antwort auf eine Kleine Anfrage erfolgte. Die umstrittene URL sh.itslearning stellt nach Angaben des Bildungsministeriums eine technische Notwendigkeit dar. Das stimmt schlicht nicht. Es hätte jedes beliebige Präfix genutzt werden können. Es wäre auch

technisch nicht erforderlich, landesweit nur einen Mandanten zu nutzen, um Synergieeffekte zu erzielen. Es wäre im Gegenteil technisch kein Problem, weitere Namen als Aliase einzurichten. Verschiedene Namen könnten den einen Mandanten einrichten. Das ist jetzt nur etwas für Technikfreaks, aber es ist schlicht eine falsch beantwortete Kleine Anfrage, und die hat nicht Britta Ernst falsch beantwortet, sondern Frau Prien.

(Beifall SPD und SSW)

Derzeit werden pro Woche bis zu 100 Schulen mit dem Lernmanagementsystem ausgestattet, bis zu 100 Schulen. Diese Erfolgsmeldung verbreitete das Bildungsministerium am 19. August 2020. Inzwischen könnten also locker alle 792 Schulen abgeschlossen sein. Das sind sie aber nicht, weil die 100 niemals eine echte, sondern immer eine reine PR-Zahl war.

Manche Schule zögert, weil sie im Coronagalopp nicht die Pferde wechseln will. Wer will es ihr verdenken? Vielleicht zögert manche aber auch, weil völlig unklar ist, auf welches System alle Schulen im Land in naher Zukunft verpflichtet werden sollen. Jitsi hat vielleicht alle Voraussetzungen, um eines Tages die beste Open-Source-Lösung für Videokonferenzen in Schleswig-Holstein zu sein. Noch höre ich von der Notwendigkeit, Klassen zu teilen, von Störern in der Konferenz oder der fehlenden Möglichkeit für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich gegenseitig zu sehen, und das bei bisher maximal 9.400 gleichzeitig teilnehmenden Schülerinnen und Schülern. Das sind bummelig 3 % aller, die theoretisch möglich wären.

Wie ich der Öffentlichkeitsarbeit des Bildungsministeriums entnehme, fand das Gespräch der Bildungsministerin mit den Hochschulvertretungen denn auch lieber via Zoom statt. Ach ja, Zoom! Da greift die CDU die Datenschutzbeauftragte massiv an, weil diese Zoom für die Schulen schuldhaft verzögere. Dann klärt sich auf: Die ist gar nicht schuld, die Zuständigkeit liegt beim Bildungsministerium. Eine Entschuldigung? - Fehlanzeige. Dass weder Schulkonferenz noch Schulaufsicht Unterricht per Videokonferenz anordnen können, weil es bis heute keine Rechtsgrundlage dafür gibt, oder dass das Ministerium erst Mitte November 2020 nach einem knappen Jahr Pandemie auf die Idee gekommen ist, die Bereitschaft zu solchen Konferenzen bei den Eltern abzufragen, sei hier der Vollständigkeit halber nur am Rande erwähnt.

(Beifall SPD und SSW)

(Martin Habersaat)

Viertens: Ein Gerüst für den Rest des Schuljahres. Wir brauchen endlich Leitplanken, an denen sich Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler orientieren können. Gestern gab es mit dem Vorschlag einer Inzidenzampel - Frau Prien, von Ihnen noch am 7. Januar 2021 hier in wüsten Worten abgelehnt - hier im Landtag einen ersten Schritt. Bis gestern hatte ich es so verstanden, dass das erst ein Vorschlag ist, den Sie der Ministerpräsidentenkonferenz machen. Eben habe ich der Rede der Ministerin entnommen, nein, das ist auch Grundlage für das konkrete Handeln in Schleswig-Holstein, egal, was die Ministerpräsidenten entscheiden. Das war im ersten Teil heute Vormittag noch nicht so deutlich geworden.

Auch wir haben Vorschläge auf den Tisch gelegt. Schülerinnen und Schüler, die es allein mit Distanzunterricht nicht schaffen - viele werden dieser Tage im Halbjahreszeugnis einen entsprechenden Warnhinweis finden -, brauchen besondere Angebote. Prüfungen müssen, soweit es geht, nach hinten verschoben werden. Ich habe gern gehört, dass es weniger Prüfungen, die Möglichkeit zu mündlichen Bonusprüfungen und gegebenenfalls auch die Möglichkeit von Notenadjustierungen geben soll. Der Stundenplan muss zurückstecken gegenüber der Konzentration auf Hauptfächer, Kernkompetenzen und Prüfungsvorbereitungen.

(Beifall SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, dass wir so ehrlich sein müssen zu sagen, die Schulen werden in diesem Jahr nicht alles das schaffen können, was sie üblicherweise zu schaffen in der Lage sind. Schon die Unterbrechungen durch das Lüften, die wir im Winter vielfach hatten, haben ja netto einfach Zeit gekostet. Jetzt müssen wir auch einmal sagen: Es wird fachlich schlicht weniger gehen, weil es in diesen Zeiten einfach mehr Raum für Pädagogik geben muss.

Klassenarbeiten und Noten finden wir in dieser Situation weniger wichtig, will ich an dieser Stelle einmal betonen. Otto Herz hat einmal gesagt:

„Die Aufgabe der Schule ist es, das Gelingen zu organisieren, nicht das Misslingen zu dokumentieren.“

Das gilt in Krisenzeiten umso mehr, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, SSW und Eka von Kalben
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben kürzlich die Anfrage gestellt, ob die Landesregierung mit den Schulträgern einmal dar-

über gesprochen habe, welcher Bedarf an Luftfiltern und an CO₂-Messgeräten an den Schulen bestehe. Die erschütternde Antwort lautete: Nein. - Die Landesregierung hat lange die Situation in den Schulbussen ignoriert, interessiert sich also nicht für Luftfilter und hält Schnelltests an Schulen für überflüssig. Sie selbst, meine Damen und Herren, nicht andere.

Fünftens: Der Bericht zur Unterrichtssituation. Über den sprechen wir heute auch. Ich bedanke mich beim Ministerium für die Zusammenstellung der Daten. Als Überschrift wäre geeignet: Zu wenig Fachkräfte, mehr Unterrichtsausfall, mehr Selektion. - Sie haben Glück, dass Corona die Lage überdeckt.

Die Unterrichtsversorgung ist - das räume ich gern ein - ein bisschen besser geworden als in den vergangenen Jahren. Das ist allerdings nicht allein Ihr Verdienst, Herr von der Heide; denn zum Beispiel ging die Schülerzahl um 4.200 zurück, und Sie profitieren momentan von der Rückkehr der Gymnasien auf G 9. Dadurch sparen Sie noch eine Zeitlang Stellen ein, bis der 13. Jahrgang an den Gymnasien aufgewachsen ist. Trotzdem ist die durchschnittliche Grundschulklasse in Schleswig-Holstein immer noch größer als im Bundesdurchschnitt, und trotzdem steigt die Zahl der ausgefallenen und nicht planmäßig erteilten Stunden. Es geht hier um das Halbjahr vor Corona. Was danach passierte, ist sowieso nicht mit normaler Messlatte zu messen.

(Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

- Herr von der Heide, Sie als CDU sind mit nicht weniger als einer Unterrichtsgarantie für die Schulen in Schleswig-Holstein angetreten.

(Beifall SPD und SSW)

Jetzt aber steigt die Zahl der ausgefallenen Stunden. Was ist denn da los, meine Damen und Herren?

In diesem Jahr waren auf Antrag der SPD erstmals Erläuterungen zum Begriff der Unterrichtsversorgung im Bericht enthalten. Zur Unterrichtsversorgung werden im schulamtsgebundenen Bereich 11.826 Stellen gezählt. Das führt zu 101 % Unterrichtsversorgung. Besetzt sind davon aber nur 11.717 Stellen. Schon sinkt die Unterrichtsversorgung auf 99 %. Aber es geht noch weiter. 349 dieser Stellen sind nicht besetzt, weil die Stelleninhaberinnen oder -inhaber im Mutterschutz, im Sabbatjahr oder ähnlichem sind. Bleiben 11.368 Stellen, die wirklich mit Menschen besetzt sind, und damit sind wir bei einer Unterrichtsversorgung von 96 %.

(Martin Habersaat)

Die zweite wichtige Leitfrage, die man im Bericht zur Unterrichtsversorgung beachten muss, ist: Sollen Schülerinnen und Schüler sich eigentlich der Schule anpassen, oder soll die Schule bereit sein, alle Schülerinnen und Schüler, die ihr anvertraut sind, bestmöglich zu beschulen?

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir haben das im Rahmen der Inklusion hier schon öfter debattiert. Wir leben leider wieder in Zeiten, in denen sich die Kinder anpassen sollen. Dafür sprechen mehrere Indikatoren. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien sinkt, was mit dem Übergang nach Klasse 4 ebenso zu tun hat wie mit den ausgeweiteten Möglichkeiten der Abschulung. Die Quote an exklusiv an Förderzentren beschulten Schülerinnen und Schülern steigt. Sie schleifen die Inklusion. Das ist wahrscheinlich Ihr Auftrag, Frau Prien. Aber wir finden das trotzdem falsch.

(Beifall SPD und SSW)

Ich könnte noch weitermachen, aber ich wusste nicht, dass ich so viel zusätzliche Redezeit zur Verfügung haben würde. Deswegen will ich schließen mit einem Zitat von Thomas Carlyle:

„Der schlimmste aller Fehler ist, sich keines solchen bewusst zu sein.“

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Tobias von der Heide das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, der Bericht der Ministerin hat noch einmal deutlich gemacht, dass wir mit der Pandemie und mit den Herausforderungen in der Bildungspolitik verantwortungsvoll umgehen. Das, was Sie gerade hier abgeliefert haben, Herr Habersaat, ist am Ende das Herbeireden von Schulchaos. Das ist ja auch die Überschrift Ihres Antrags. Ich halte gerade einige Beiträge aus der SPD, die wir in den vergangenen Tagen gehört haben, für verantwortungslos. Sie sorgen für Verunsicherung an den Schulen. Das haben Sie gerade mit Ihrem Beitrag auch gemacht. Sie schüren Verunsicherung bei unseren Eltern und an unseren Schulen, und Sie zeigen dabei überhaupt keine Alternativen auf, ge-

schweige denn Lösungen. Ich habe diese vermisst. Sie werden damit der aktuellen Lage überhaupt nicht gerecht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Unser Bildungsministerium und unsere Bildungsministerin prüfen permanent das aktuelle Infektionsgeschehen. Sie stimmt sich permanent mit Experten ab. Grundlage sind nicht ihre eigenen Ideen, sondern Expertinnen und Experten unterstützen sie dabei. Sie prüft permanent die neuen Erkenntnisse zum Virus und entscheidet dann über konkrete Maßnahmen. So ist das jetzt auch bei den Vorbereitungen zu den Abschlussprüfungen - das haben wir gehört. Das ist ein Thema, das sie bewegt. So ist es bei der Umsetzung des Distanzlernens, und so ist es auch bei der Erarbeitung des Perspektivplans. Auch dazu hatte sie ja Ideen. Karin Prien handelt mit ihrem Haus in einer schwierigen Lage besonnen und entschlossen, und das verdient in erster Linie Lob und nicht das, was wir gerade gehört haben.

(Beifall CDU)

Ein Schulabschluss stellt die Weichen für die Zukunft von jungen Menschen. Wir wollen, dass trotz der Pandemie alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, unter bestmöglichen Bedingungen ihren Schulabschluss zu erreichen - egal ob es sich dabei um einen ESA, um den mittleren Schulabschluss oder um das Abitur handelt. Deshalb haben wir uns bewusst dazu entschieden, die Abschlussklassen weiter in Präsenz zu unterrichten. Wir haben eine Änderung des Schulgesetzes auf den Weg gebracht, die sicherstellt, dass wir auch bei einer Verschärfung der Pandemie am Ende des Schuljahres Abschlusszeugnisse vergeben können. Die Ministerin hat eben gerade ausgeführt, welche Anpassungen in diesem Jahr auf Grundlage des KMK-Beschlusses, also in Abstimmung mit den anderen Bundesländern, für die Abschlussprüfungen gelten.

Das sind alles richtige Entscheidungen, um deutlich zu machen, dass die Schulabschlüsse für uns ein sehr wichtiges Thema sind. Wir wollen auf der einen Seite in diesem Jahr keinen Schulabschluss light haben, aber wir wollen auf der anderen Seite den besonderen Rahmenbedingungen und Drucksituationen bei den Schülern und Schülerinnen der Abschlussklassen gerecht werden.

Wir können zwar nicht versprechen - das ist heute schon deutlich geworden -, dass in diesem Jahr Abschlussfeiern und Abi-Bälle wie in gewöhnlichen Jahren stattfinden werden, aber wir können verspre-

(Tobias von der Heide)

chen, dass jeder Abschlussjahrgang mit einem regulären Schulabschluss für den weiteren Lebensweg ausgestattet wird. Das ist unser gemeinsames Ziel, und das ist am Ende ein konkreter Aspekt für die Bildungspolitik.

(Beifall CDU und Dennys Bornhöft [FDP])

Ein weiteres gemeinsames Ziel, das scheint uns ja zu einen, muss nach wie vor der Präsenzunterricht sein. Wenn das Infektionsgeschehen es zulässt, dann wollen wir so viel Präsenzunterricht wie verantwortbar ist, möglich machen, weil wir wissen, dass offene Schulen einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft leisten.

Der gestern vorgestellte Perspektivplan zeigt den Weg zu Lockerungen auf, und ja, er gilt auch unabhängig von dem, was die MPK bespricht. Das ist an dieser Stelle ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit in der Schule. Deswegen sind Öffnungsschritte für die Schulen ein erster Schritt. Sie stehen in erster Reihe. Das ist ein klares Bekenntnis dafür, wie wichtig uns die Bildung von Schülerinnen und Schülern ist. Das ist ein wichtiger Punkt; Eka von Kalben hatte das vorhin schon ausgeführt. Wir wollen, dass die Öffnung der Schulen einer der ersten Schritte ist, und wir wollen hier einen Schwerpunkt setzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Gleichzeitig möchte ich mit Missverständnissen aufräumen. Schulen sind nicht zu, auch wenn sie das zerreden. Das Lernen geht weiter. Auch wenn ein großer Teil der Klassen im Moment nicht zur Schule gehen kann, so wird weiter Unterricht erteilt. Über das Prinzip des Distanzlernens können wir für alle Schülerinnen und Schüler Unterrichtsangebote machen, und das übrigens mit größtem Einsatz der Lehrkräfte vor Ort, in den Schulen und zu Hause. Der Einsatz unserer Lehrerinnen und Lehrer verdient unseren Dank und unsere Anerkennung. Das ist nämlich wirklich keine einfache Situation.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und Beate Raudies [SPD])

Die Pandemie ist eine vollkommen neue Situation, mit der wir keine Erfahrung haben. Natürlich kann in einer Pandemie nicht jeder Unterricht optimal sein. Distanzunterricht und Wechselmodelle können und sollen auch einen klassischen Präsenzunterricht nicht ersetzen. Sie können den direkten zwischenmenschlichen Kontakt nicht ersetzen, der beim Thema Bildung so wichtig ist, sondern sie sind ein

Ersatzunterricht in schwierigen Zeiten, damit überhaupt Unterricht stattfindet.

Ein Schlüssel dabei ist die Digitalisierung der Bildung. Ich glaube, die Coronapandemie wird - bei allen negativen Aspekten - gleichzeitig als größter Digitalisierungsschub im Bildungsbereich im Gedächtnis der Menschen bleiben. Deshalb sollten wir uns nicht darüber ärgern, dass das Glas noch halb leer ist, sondern wir sollten uns darüber freuen, dass es in der Kürze der Zeit jetzt schon halb voll ist. Das ist nicht nur meine Meinung. Das hat auch mein Fraktionsvorsitzender schon bei der letzten Plenartagung gesagt. Diese Meinung teilen auch viele Experten, zum Beispiel der Gründer der digitalen Schulplattform IServ, Jörg Ludwig. Er sagt, dass wir aktuell einen Sprung von fünf Jahren bei der Digitalisierung von Bildung und in unseren Schulen machen.

Das ist eine riesige Chance, und dafür will ich gern einige Beispiele nennen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Sie haben gerade das Thema itslearning angesprochen, es ist auch von der Ministerin erklärt worden. In Rekordzeit wurde mit itslearning ein einheitliches Lernsystem für alle Schulen zur Verfügung gestellt, das hervorragende Dienste leistet und die Folgen der Einschränkungen beim Präsenzunterricht signifikant abmildert. Mit Stand vom 21. Januar 2021, also vor kurzer Zeit, wurde itslearning an 342 Schulen bereitgestellt. Das ist das eine.

Sie haben die 100er-Rechnung aufgemacht. Entscheidender aber ist, dass mittlerweile 14.000 Konten für Lehrkräfte und über 130.000 Konten für Schülerinnen und Schüler eingerichtet wurden. Die Lernplattform hat eine stabile Auslastung, und es hat in den letzten Wochen 260.000 bis 280.000 Anmeldungen pro Tag gegeben. Das ist ein riesengroßer Erfolg. Sie können ihn zerreden, aber itslearning wird angenommen von den Schülerinnen und Schülern und von den Lehrern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelter Beifall CDU)

Ja, auch andere Systeme können weiterhin genutzt werden, aber ich sage auch: Es macht in der Perspektive Sinn, einen Standard zu formulieren - Jan-Philipp Albrecht, unser Digitalisierungsminister, hat das dieser Tage auch in der Zeitung deutlich gemacht -, weil wir nur über Schulgrenzen hinaus am Ende Synergien erzeugen können. Es kann zum Beispiel einen gemeinsamen Support geben, einheitliche Fortbildungen und abgestimmte didakti-

(Tobias von der Heide)

sche Konzepte. Dass Einheitlichkeit hier hilft, ist auch die Auffassung von allen Fachleuten, liebe Ines Strehlau. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten, weil uns das auch nach der Coronapandemie hilft.

Wir haben das Sofortausstattungsprogramm des Bundes innerhalb von zwei Monaten nahezu vollständig an die Schulträger ausgezahlt; das will ich auch sagen. Das ist doch die coronabedingte Maßnahme, die der Bund für die Digitalisierung auf den Weg gebracht hat. Daran müssen Sie uns am Ende messen.

In zwei Monaten wurde der Betrag auf den Weg gebracht - 17 Millionen € vom Bund und 1,7 Millionen € vom Land. Damit wurden sage und schreibe 28.000 digitale Endgeräte beschafft, die nun von Schülerinnen und Schülern ausgeliehen werden können. Zusätzlich haben wir ein eigenes Landesprogramm gemacht. Wir als Land übernehmen hier Verantwortung mit 14 Millionen € für weitere Endgeräte. Auch hier haben die Schulträger schon mit der Beschaffung begonnen, und wir werden mit diesem Programm am Ende sicherstellen, dass jede Schülerin und jeder Schüler, die oder der ein digitales Leihgerät benötigt, damit auch ausgestattet wird. Das ist ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit, der in dieser Zeit nachgefragt ist.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Zuruf
Beate Raudies [SPD])

Wir haben noch weitere Verbesserungen bei den digitalen Endgeräten für Lehrkräfte. Das ist ein ganz wichtiger Schritt. Wir werden mit dem Bundesprogramm auch eine Lösung für die digitalen Hausmeister einführen. Das ist ein riesiges Thema bei den kommunalen Landesverbänden. Beides sind Themen, die auf der Zielgerade der Abstimmung sind.

Ich will ein paar Worte zum „Klassik-DigitalPakt“ sagen, weil der SSW dies aufgegriffen hat. Herr Habersaat, Sie haben auch etwas dazu gesagt. Der DigitalPakt hat erst einmal überhaupt nichts mit Corona zu tun; und das ist auch gut so. Wir haben ganz lange mit dem Bund darum gerungen, dieses Geld zur Verfügung zu stellen. Das ist eine riesengroße Summe von 180 Millionen € die wir in die digitale Infrastruktur hier in Schleswig-Holstein investieren können. Dabei geht es nicht darum, dass man im Kinderzimmer eine digitale Ausstattung schafft, sondern in der Schule. Dafür brauchen wir am Ende Netzwerke und Serverstrukturen, WLAN-Möglichkeiten und Präsentationstechnik und vielleicht auch das eine oder andere Endgerät.

Wir sollten nicht den Fehler machen, dieses Geld jetzt für etwas auszugeben, das wir am Ende nach der Pandemie überhaupt nicht brauchen. Deshalb halte ich es auch für klug, und das wollen eigentlich auch die kommunalen Schulträger - die Kultusministerkonferenz hat das auch mit ihrem Strategiepapier besprochen -, dass die Kommunen Zeit bekommen, Multimediastrategien und Konzepte zu entwickeln. Ich glaube, dass Corona uns am Ende helfen wird, diese Programme weiterzuentwickeln. Dafür sollten wir uns Zeit nehmen und uns überlegen, wie wir damit umgehen, statt irgendetwas über das Knie zu brechen und am Ende etwas zu haben, das wir nach Corona überhaupt nicht brauchen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Der DigitalPakt hat insgesamt eine Laufzeit von fünf Jahren. Das müssen wir auch berücksichtigen. Wir müssen nämlich nachhaltig und auch an die Zeit nach der Pandemie denken. Die Ministerin hat es gesagt: Deshalb freue ich mich, dass wir 250 zusätzliche Stellen für die Digitalisierung an unseren Schulen schaffen. Das hilft uns kurz-, mittel- und langfristig vor allem, um Entwicklungsperspektiven für die schulische Bildung im digitalen Zeitalter zu haben.

Das hilft uns auch bei der Lehrkräftebildung. Das ist nämlich die größte Herausforderung. Was nützt mir ein digitales Endgerät, wenn eine Lehrkraft es am Ende nicht bedienen kann? Dazu haben wir ein Personalkonzept entwickelt. Ich wage zu sagen: Nicht bei jeder bildungspolitischen Herausforderung in der Vergangenheit wurde das notwendige Personal bereitgestellt. Wir stellen 250 zusätzliche Stellen zur Verfügung. Auch damit unterstreichen wir, wie wichtig uns dieses Thema ist.

Das führt mich zum letzten Punkt; dieser soll hier nicht unerwähnt bleiben. Wir sprechen heute auch - Martin Habersaat hat es schon gesagt - über den aktuellen Bericht zur Unterrichtssituation. Dieser verdient normalerweise noch mehr Aufmerksamkeit. Ich will betonen, dass wir es endlich geschafft haben, die Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen auf über 100 % auszuweiten. Genau sind es 101 %; so steht es in diesem Bericht. Wie oft haben wir hier darüber diskutiert! Endlich können wir feststellen: Ja, wir haben eine Unterrichtsversorgung, die über 100 % liegt. Das ist ein großer Erfolg.

(Beifall CDU)

Bei den berufsbildenden Schulen haben wir noch einen kleinen Schritt zu gehen. Aber auch dort verzeichnen wir eine sehr gute Entwicklung. Anfangs

(Tobias von der Heide)

waren es 90 %, und wir haben die Zuversicht, dass es dann, wenn der nächste Bericht vorgelegt wird, über 100 % sein werden.

Mir ist es wichtig, Ihnen diese Zahlen zu vermitteln. Herr Habersaat, Sie haben gesagt, die Schülerzahlen seien gesunken. Jawohl; wir haben trotzdem 153 zusätzliche Stellen geschaffen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Ja, das ist auch ein Ergebnis guter Jamaika-Politik. Obwohl weniger Schüler da sind, stehen am Ende mehr Lehrerstellen zur Verfügung. Das ermöglicht am Ende auch eine gute Unterrichtsversorgung; insofern haben wir gemeinsam schon viel erreicht. Ich wollte das besonders erwähnen; denn wahrscheinlich ist diese Entwicklung für die Bildungspolitik in unserem Land und damit für die kommenden Schuljahre bedeutsamer als manch emotionale Zeitungsdebatte, die wir - von der SPD angeführt - in den vergangenen Tagen erleben mussten. Die genannten Zahlen sind es, die über viele, viele Jahre wirken werden.

Zusammenfassend will ich sagen: Wir kümmern uns darum, dass jeder Schüler auch in diesem Schuljahr einen Schulabschluss erhält. Wir kümmern uns darum, dass Distanzunterricht stattfindet und kontinuierlich verbessert wird. Wir kümmern uns darum, dass Schulen möglichst schnell wieder öffnen und Präsenzunterricht gehalten werden kann. Wir kümmern uns darum, dass Digitalisierung jetzt, aber auch nach Corona stattfindet. Wir kümmern uns um gute Bildungspolitik auch in den kommenden Jahren.

Ich rufe Sie auf: Unterstützen Sie unseren Kurs! Beenden Sie Ihre Nörgelei! Das, was Ralf Stegner staatstragend macht, stünde auch dem einen oder anderen Kollegen seiner Fraktion besser zu Gesicht als das, was wir heute von einigen wieder gehört haben. - In diesem Sinne: Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wir sind staatstragend, aber nicht regierungstragend!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Anzahl der verschiedenen Anträge, über die wir unter diesem Tagesordnungspunkt diskutieren, ist ja klar, dass wir alle etwas unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Ich möchte mit

dem Punkt starten, der für uns als SSW gerade besonders wichtig ist: die Umsetzung des DigitalPaketes.

Dabei ist uns natürlich bewusst, dass wir kein neues Problem entdeckt haben. Alle Fraktionen, die hier vertreten sind, und außerdem wahrscheinlich alle Menschen, die in Schleswig-Holstein mit dem Bildungssystem Berührungspunkte haben, sind unzufrieden mit dem Mittelabfluss. Auf die Kritik der Gewerkschaften und der Oppositionsparteien an den hohen bürokratischen Hürden hat das Bildungsministerium ja letztes Jahr reagiert. Ministerin Prien verkündete im Juni 2020, dass die Konzepte, die von Schulen im Vorfeld einer Beantragung eingereicht werden müssen, nun auch im Nachhinein nachgereicht werden können. Sie versprach sich davon einen deutlich schnelleren Mittelabfluss.

Wir können nun sehen, dass das leider nicht ausreicht. Von den 170 Millionen € die für Schleswig-Holstein vorgesehen sind, sind bisher nur 4,9 Millionen € bewilligt worden; tatsächlich geflossen ist wohl erst 1 Million € Je nachdem, wen Sie fragen, sind die Erklärungsansätze dafür verschieden.

Von der Ministerin wird oft - auch zu Recht - angemerkt, dass wir in Schleswig-Holstein längere Fristen für die Antragsstellung haben als andere Bundesländer. Das mag einen Einfluss haben. Viel gravierender scheinen jedoch die Hinweise zu sein, die wir von Lehrkräften, Schulleitungen oder tatsächlich auch von unseren Verwaltungen bekommen: Der Arbeitsaufwand im Antragsverfahren ist einfach immer noch viel zu hoch.

Sicherlich haben Sie alle vor ein paar Tagen im „Schleswig-Holstein-Magazin“ den Weg einer Schulleiterin aus Norderstedt gesehen, die ganz genau geschildert hat, was das Verfahren so langwierig macht: Bevor die Fördermittel kommen, braucht sie ein Entwicklungs-, ein Fortbildungs- und ein Wartungskonzept. Dann folgen noch Bestandsaufnahmen über die Infrastruktur und die Ausschreibungen der Schule für Beschaffungen. Das soll zusätzlich zu allem, was gerade anfällt, geleistet werden. Lehrkräfte schreiben hierfür in ihrer Freizeit Konzepte. Dass das aufgrund mangelnder Zeit oder mangelnden Personals nicht überall so umsetzbar ist, heißt, dass das Land hier eingreifen muss. Wir fordern daher, das bisherige Verfahren zur Antragsstellung jetzt radikal zu vereinfachen. Wir müssen hier vorankommen!

(Beifall SSW und SPD)

Nie war der digitale Unterricht wichtiger als jetzt.

(Jette Waldinger-Thiering)

Das zweite große Problem ist, wenn durch die Bewilligung von Fördermitteln weitere Defizite auffallen, für die dann der Schulträger aufkommen muss.

Ein weiteres gutes Beispiel aus dem NDR-Beitrag, vom dem ich soeben schon sprach: fehlende Steckdosen. Für diese gibt es keine Fördergelder; also muss der Schulträger dafür aufkommen. Aber einigen Schulträgern fehlt schlichtweg das Geld dafür. Wir fordern daher das Land auf, den finanziellen Eigenanteil durch Landesmittel aufzufangen. Die vom Land geforderte Kofinanzierung durch die Kommunen darf uns in der jetzigen Situation nicht bremsen. Gerade wenn wir uns in dieser Frage einmal vergleichend umsehen, wird klar, wie sehr wir in Schleswig-Holstein den anderen Bundesländern hinterherlaufen. Wir teilen uns den traurigen letzten Platz mit dem Saarland. Millionen, bundesweit Milliarden Euro stehen eigentlich zur Verfügung - und werden hier in Schleswig-Holstein nicht genutzt. Eine lähmende Verzögerung, die so nicht weitergehen darf!

So viel zu unserem Antrag. Aber wir haben ja noch ein paar weitere Anträge, über die wir unter diesem Tagesordnungspunkt diskutieren.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten von der Heide?

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr gern.

Tobias von der Heide [CDU]: Sehr geehrte Frau Abgeordnete Waldinger-Thiering, ich habe ja vorhin Ausführungen zum Thema DigitalPakt gemacht. Dabei habe ich dargestellt, dass es ein Sofortausstattungsprogramm gibt, das Bund und Land gemeinsam aufgelegt haben. Zusätzlich gibt es ein Landesprogramm für digitale Endgeräte. Ich habe klargestellt, dass das, worauf der DigitalPakt zielt, etwas ganz anderes ist als das, was wir in der Pandemie brauchen. Ich verstehe Ihren Ansatz nicht. Sie wünschen sich, dass der klassische DigitalPakt zu einem Corona-DigitalPakt umgestaltet wird?

- Nein. Dann haben Sie mich nicht verstanden. Ich habe Sie verstanden.

(Tobias von der Heide [CDU]: Das ist ja schon einmal eine gute Basis!)

Dem Sofortprogramm sowie der Ausreichung von Landes- und Bundesmitteln haben auch wir als

SSW zugestimmt. Aber der DigitalPakt sorgt für die Infrastruktur vor Ort, in der Schule. Da müssen wir doch ran! Dieses Vorhaben müssen wir umsetzen, und zwar jetzt. Wenn wieder Präsenzunterricht stattfindet und die Klassen in Kohorten aufgeteilt werden, muss doch in jedem Klassenraum die entsprechende Infrastruktur vorhanden sein. Ob es die fehlende Steckdose oder die fehlende Leitung ist, diese Dinge müssen wir jetzt umsetzen. Dafür muss es eine Unterstützung geben. Wir müssen auch insoweit einfach weiterkommen.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten von der Heide?

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Ja.

Tobias von der Heide [CDU]: Es ist ja so, dass wir von vielen Kommunen hören, sie bräuchten Zeit, um das zu entwickeln; sie fordern diese Zeit auch ein. Die kommunalen Landesverbände sagen ebenfalls: Wir brauchen mehr Zeit; wir können es jedenfalls nicht sofort machen. - Ich könnte jetzt ein Beispiel aus Kiel bringen; das erspare ich Ihnen. Nichtsdestotrotz ist es in der Tat so, dass die allermeisten Kommunen überhaupt keinen Plan haben, wie etwas konkret umgesetzt werden soll. Sollte nicht erst ein Plan erstellt werden, bevor man Mittel aufwendet? Wäre das nicht ein sinnvolles Vorgehen?

- Ja, man muss einen Plan haben, wenn man Geld ausgeben will. Das ist uns allen ziemlich gut bewusst. Deshalb habe ich schon eine Kleine Anfrage zu dem Thema Antragsverfahren gestellt: Wie kann das Ministerium den antragstellenden Schulträgern helfen, schneller ein besseres Medienkonzept zu entwickeln, damit sie schneller an das Geld herankommen und die digitale Infrastruktur tatsächlich in die Schule kommt? Welche Hilfe bekommen sie denn tatsächlich, um das endlich umzusetzen? - Das ist unser Punkt. Wir müssen den Schulträgern Hilfe gewähren, damit sie das Medienkonzept umsetzen und das Geld endlich beantragen können.

Sehr geehrter Herr Kollege Tobias von der Heide, insofern glaube ich, DigitalPaktmittel gemeinsam mit dem Sofortprogramm, das wäre echt - ich möchte nicht das Wort von Olaf Scholz benutzen -

(Jette Waldinger-Thiering)

ein Wumms für die Digitalisierung Schleswig-Holsteins.

(Beifall SSW und SPD)

Neu sind die Forderungen der SPD für die pandemiebedingte Anpassung der Prüfungsbedingungen. Sie kommen auch zur rechten Zeit. Am 21. Januar 2021 hat die Kultusministerkonferenz Beschlüsse zu den Abschlussprüfungen 2020/2021 gefasst. Ich habe Ministerin Prien schon davor im Ausschuss gefragt, wie sie zu etwaigen Beschlüssen der KMK stehen wird. Sie versicherte mir und uns anderen Anwesenden, sie würde die Beschlüsse eins zu eins in Schleswig-Holstein umsetzen lassen.

Vor allem anderen steht erst einmal die Feststellung, dass die Abschlussprüfungen überhaupt stattfinden werden. Beruhigend für viele wird sein, dass Schülerinnen und Schülern zugesichert wird, dass ihre erworbenen Abschlüsse absolut gleichwertig mit den Abschlüssen früherer oder auch späterer Jahrgänge sind und gegenseitig anerkannt werden. Für den einen oder die andere mag außerdem eine Erleichterung darin liegen, dass die Länder den Schülerinnen und Schülern ermöglichen können, das Schuljahr zu wiederholen, ohne dass das auf die Verweildauer in der gymnasialen Oberstufe angerechnet wird. Dass die Höchstverweildauer, die ansonsten vier Jahre beträgt, ausgesetzt werden kann, begrüßen wir vonseiten des SSW wirklich sehr.

Es muss unseren Schülerinnen und Schülern jetzt ermöglicht werden, wenn man es ernst meint, dass ihnen keine Nachteile aus der Pandemie heraus entstehen sollen. Ich möchte von dieser Stelle aus gerne noch an unsere Schulleitungen appellieren, dass sie ein besonderes Auge auf Prüflinge mit chronischen Krankheiten haben und ihnen mündliche Prüfungen auch digital anbieten, damit sie sie von zu Hause aus ablegen können.

(Beifall SPD, Birte Pauls [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für die Schülerinnen und Schüler und auch die Lehrkräfte ist es wichtig, dass sie sich in Prüfungssituationen gut aufgehoben fühlen können. Die SPD liefert dafür gute Vorschläge. Luftreinigungsgeräte, kostenlose Schnelltests, digitale Endgeräte leihweise für zu Hause - wir stimmen all diesen Punkten und auch diesem Antrag generell zu.

Wenn ich gerade bei Apellen bin, ich sage auch oft im Gespräch mit Ausbildungsbetrieben, dass sie sich gegebenenfalls darauf einstellen müssen, dass bei gewissen Inhalten einfach noch zielgerichtet nachgesteuert werden muss. So sehr unsere Lehr-

kräfte versuchen, dagegen anzuarbeiten, es ist realistisch, dass es zu Lernrückständen bei den kommenden Auszubildenden kommt. Dafür werden ausbildende Betriebe Verständnis aufbringen und im Gespräch mit den Berufsschulen Lösungen finden müssen. Gute und vertrauensvolle Kommunikation wird hier von allen Seiten nötig sein. Das gilt nicht nur für unsere Schulen oder unsere Betriebe, sondern selbstverständlich auch für die zuständige Ministerin.

Frau Prien, bei allem Respekt, den ich für Sie und Ihre Zuständigkeiten habe, die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf Ihre Ankündigungen verlassen können. Es kann nicht sein, dass in Pressekonferenzen oder auch hier in der Plenardebatte etwas angekündigt wird und es nachmittags anders angewiesen wird. Das Schulchaos muss aufhören.

Das ist mein letzter Satz. Ich habe noch ein wenig Redezeit. Frau Prien, von meiner Seite aus ganz großen Dank an Ihr ganzes Haus für die Arbeit in dieser Pandemiezeit. Ich glaube, es gibt keinen in der Opposition, der jemals infrage gestellt hat, dass das Ministerium und all die Menschen, die dort arbeiten, nicht ordentlich arbeiten.

Diese Pandemie, und das haben wir letztes Jahr gesagt, ist ein lernendes System. Das respektiere ich auch, denn es ist für uns alle das erste Mal, dass wir so eine Pandemie und eine solche Situation haben. Deshalb sollten wir dieses Problem gemeinsam lösen und daran arbeiten. Wir haben Ihnen häufig genug die Hand ausgestreckt, um Probleme gemeinsam anzugehen.

Ich hoffe, dass wir jetzt Strukturen für den Rest des Schuljahres finden, damit die Anschlussfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein für das nächste Schuljahr gewährleistet ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort der Abgeordneten Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beginnen wir einmal mit etwas wirklich Positivem. Seit dem Beginn der regelmäßigen Berichte zur Unterrichtssituation im Jahr 2012 sehen wir in jedem Jahr ein Ansteigen der Unterrichtsversorgung.

(Ines Strehlau)

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Küstenkoalition hat es begonnen, Jamaika führt es fort. Was wollen wir mehr?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Im Schuljahr 2019/2020 lag die Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen erstmalig über 100 %, und an den berufsbildenden Schulen gab es eine deutliche Verbesserung auf 97 %. 153 zusätzliche Planstellen wurden geschaffen. Damit sind wir auf einem guten Weg. Mit weiteren Stellen in den Haushalten 2020 und 2021 kommen wir noch weiter voran.

Für Schulen in einem belasteten Umfeld stellt das Land bis 2024 in drei Schritten rund 50,3 Million € als Bildungsbonus für insgesamt 60 Perspektiv-Schulen zur Verfügung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Da haben wir als Koalition wirklich ein gutes Programm auf den Weg gebracht.

Es gibt aber auch Themen, an denen wir weiter arbeiten müssen. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist insgesamt um 1,3 % angestiegen.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Ja!)

Dabei ist der Anteil inklusiv beschulter Schülerinnen und Schüler annähernd gleich geblieben, während der Anteil der im Förderzentrum beschulten Kinder leicht gestiegen ist. Das ist keine Erfolgsmeldung für die Inklusion. Wir müssen die Bedingungen für Inklusion und individuelle Förderung an den Schulen weiter verbessern.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die Erhöhung um jährlich 70 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen ist ein wichtiger Beitrag, aber wir müssen die multiprofessionellen Teams insgesamt weiter ausbauen. Schulassistenz, Schulbegleitung und Schulsozialarbeit müssen in ein Gesamtkonzept eingebettet werden. Die Poolmodelle in einzelnen Kommunen zeigen, wie es gehen kann.

Auch der Ganztags ist eine Baustelle. Qualität und Verzahnung mit dem Vormittag sind einige Stichworte. Der Rechtsanspruch auf Ganztags und die Bundesmittel werden uns da hoffentlich weiter voranbringen. Wichtig ist, dass sich der Bund auch an den Betriebskosten beteiligt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Investitionsprogramme allein reichen nicht aus. In den neu gebauten Räumen braucht es Personal, um Ganztagschule mit Leben zu füllen. Das können die Länder nicht alleine stemmen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schule unter Coronabedingungen ist natürlich immer noch ein zentrales Thema. Wir sehen es an den vielen Anträgen, über die wir heute zu diesem Thema beraten. Die Schulen stehen vor großen Herausforderungen, weil Gewohntes wegbricht. Die Pandemie hat die Schulen quasi mehrere Jahre in die Zukunft gebeamt. Das System Schule muss sich ein Stück weit neu erfinden. Man merkt, die Zwischenschritte fehlen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Deshalb läuft vieles nicht optimal. Lehrkräfte müssen Distanzunterricht, Präsenzunterricht und Notbetreuung unter einen Hut bringen. Schülerinnen und Schülern fehlen der direkte Kontakt zu den Lehrkräften und die sozialen Kontakte zu den Mitschülerinnen und Mitschülern. Der Schultag ist nicht so fest strukturiert, es ist viel Selbstorganisation gefordert. Eltern fühlen sich als Ersatz-Lehrkraft, sind oft noch mit gleichzeitigem Homeoffice überfordert. Es muss klar sein, dass Eltern nicht für den Erfolg des Distanzlernens verantwortlich sind - unterstützen ja, Lehrkraft ersetzen nein.

(Beifall Martin Habersaat [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Deshalb ist es so wichtig, dass die Schulen im zweiten Halbjahr Unterstützungskräfte in die Schulen holen können. Das können auch externe Kräfte sein, die in einzelnen Fächern mit kleinen Gruppen arbeiten. Das Land übernimmt die Kosten und unterstützt Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte. Bildungsgerechtigkeit darf durch Corona nicht unter die Räder kommen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass wir so ein Programm machen, dass auch externe Kräfte an die Schule kommen können, hat es vorher nicht gegeben. Das heißt, dass das Bildungsministerium und wir als Koalition auf die Bedarfe reagieren. Das finde ich großartig.

(Ines Strehlau)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Anette Röttger [CDU])

In Coronazeiten muss der Leistungsdruck genommen werden, um Schülerinnen und Schüler nicht zusätzlich zu belasten. Die vom Bildungsministerium ermöglichte Reduzierung der Zahl der Klassenarbeiten genauso wie die Erleichterungen bei den Abschlussarbeiten schaffen Entlastung, und das ist gut so.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir Grüne sind keine Fans von Klassenwiederholungen. Deshalb haben wir in Schleswig-Holstein in vielen Klassenstufen ein automatisches Aufsteigen. Aber wir befinden uns in einer Ausnahmesituation, in der Schülerinnen und Schüler über einen langen Zeitraum vielleicht durch schlechte Lernbedingungen zu Hause, Ängste oder Erkrankungen in der Familie nicht optimal lernen können. Für diese Schülerinnen und Schüler sollte es im Einzelfall die Möglichkeit geben, eine Klasse zu wiederholen. Ich bekomme - wie Sie sicherlich auch - Mails von Schülerinnen, Schülern und Eltern, die sich dies wünschen.

Präsenzunterricht ist der Goldstandard in der Bildung, aber Distanzunterricht und Präsenzunterricht sind nicht schwarz und weiß, es gibt viele Zwischentöne. Es gibt Schülerinnen und Schüler, die bessere Leistungen im Distanzunterricht zeigen, andere sind schwer zu erreichen und versuchen, sich auszuklinken. Das darf nicht sein, passiert aber - ehrlicherweise - leider auch im Präsenzunterricht. Es braucht Standards und eine neue Didaktik für den Distanzunterricht; die wissenschaftliche Begleitung wird da hilfreich sein.

Schleswig-Holstein steht bei der digitalen Ausstattung im Ländervergleich gut da. Auch nach Umfrage des Landeselternbeirats der Gemeinschaftsschulen zum Distanzlernen liegt das landeseigene Lernmanagementsystem itslearning bei der Zuverlässigkeit an zweiter Stelle, hinter SchulCommSy und vor IServ. Die Serverkapazitäten der Videoplattform Jitsi, anfangs ein Engpass, sind von Dataport deutlich ausgebaut worden. Eine Umfrage des Deutschen Schulportals zeigt auch bundesweit Fortschritte. 73 % der Lehrkräfte kommunizieren aktuell über eine Lernplattform; im Frühjahr 2020 waren es noch 45 % - noch nicht super, aber ein deutlicher Fortschritt. Aber es hakt noch bei der technischen Ausstattung der Schulen; wir haben es gehört.

Zu viele Schulen haben kein WLAN für alle, oder der Glasfaseranschluss ist nicht da oder noch nicht angeschlossen; aber auch da ist das Land dran. Von unseren 945 Schulstandorten wurden bis jetzt 679 ans Glasfasernetz angeschlossen, und in diesem Jahr werden etwa 170 folgen, vielleicht sogar noch mehr. Die Landesregierung arbeitet mit Hochdruck daran.

Während die Mittel für Endgeräte aus dem Sofortprogramm fast komplett abgerufen sind, ist der Mittelabfluss aus dem DigitalPakt I noch nicht so gut. Die Vorgaben zur Antragstellung werden mit vom Bund gemacht; das macht die Komplexität aus.

(Martin Habersaat [SPD]: Die gelten für alle Länder!)

- Ja. Die Landesvereinbarung und die Frist wurden mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmt. Es war der Wunsch von ihnen, die Frist zu verlängern, und es wurde nachgesteuert. Die digitalen Konzepte können jetzt auch nach Antragstellung erarbeitet werden. Da hat der Bund ein Einsehen gehabt. Trotzdem hakt es, auch bei der Bearbeitung durch die Verwaltung; da müssen wir gemeinsam schneller werden. Wir haben gehört, dass die Landesregierung mit Personal nachsteuert. Sie unterstützt auch die Beratung bei den Schulträgern. Die müssen nicht alles allein machen und das Rad neu erfinden. Im Übrigen steht die Landesregierung in engem Austausch mit den kommunalen Landesverbänden, zu allen Themen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Digitale Endgeräte sind inzwischen bei den meisten Schulen angekommen, sodass die Vorbereitungen für die Prüfungen laufen können. Die Schulträger konnten weitere Bedarfe an Endgeräten an das Land melden, damit niemand auf der Strecke bleibt. Es können zusätzliche Laptops und Tablets angeschafft werden. Das Land sieht den Bedarf und steuert nach. Wir tun das, was die Menschen von uns erwarten.

Auch für die pädagogische Begleitung der Digitalisierung an Schulen und am IQSH legen wir mit 250 zusätzlichen Stellen nach. Das sind Zuwächse, von denen ich vor Corona nicht zu träumen gewagt hätte. Aber es ist so wichtig, in Bildung zu investieren. Corona hat uns dabei geholfen, dies mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Wir tun viel für das Vorankommen bei der Digitalisierung und unterstützen die Kommunen, lieber SSW.

(Ines Strehlau)

Ich möchte abschließend noch ein paar Worte zu den Anträgen der SPD sagen. Die SPD fordert in ihrem Antrag keine Alleingänge. Das ist echt populistisch und lächerlich. Schleswig-Holstein ist eines der nicht allzu vielen Länder, die sich weitgehend an die Vorgaben der MPK halten,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

nämlich Distanzlernen für alle, bis auf die Abschlussklassen. Darüber hinaus gibt es eine Notbetreuung, die von rund 8 % der Schülerinnen und Schüler in Anspruch genommen wird. Unsere Nachbarländer machen es anders: Hamburg hat nur die Präsenzpflicht an Schulen aufgehoben, Mecklenburg-Vorpommern auch, zumindest bis Klasse sechs, in Niedersachsen sind die Grundschulen im Wechselunterricht. Wer macht also Alleingänge gegenüber den bundesweiten Vereinbarungen? Der Vorwurf der SPD läuft ins Leere.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in meiner idealen Welt ist es der bessere Weg, sich bundesweit abzusprechen und eine gemeinsame Linie zu finden, bevor man an die Presse geht. Man twittert auch nicht aus vertraulichen Sitzungen. Aber es ist auch wichtig, gute Impulse in die Abstimmungsrunden zwischen Ländern und Bund zu geben. Öffentliche, positive Resonanz gibt diesen Forderungen Rückenwind.

Die SPD fordert eine Corona-Ampel oder - wie wir es nennen - einen Stufenplan. Für die Zeit nach dem Lockdown brauchen wir in der Tat einen Stufenplan, der eindeutig sagt, bei welchen Inzidenzen wer in welcher Gruppengröße, wer in der Schule und wer von zu Hause aus lernt. Der Perspektivplan liegt jetzt vor. Er ist ausgewogen und bietet eine klare Orientierung. Wir Grüne fänden es wichtig, einen bundesweit einheitlichen Stufenplan zu haben. Da laufen die Verhandlungen. Wenn ich mir die Konferenzen der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin ansehe, habe ich allerdings wenig Hoffnung, dass das klappt. Ich würde mich freuen, wenn ich mich irre.

Außerdem fordert die SPD den Rücktritt der Ministerin. Alle Bildungsministerinnen und Bildungsminister stehen im Moment unter Beschuss. Wenn man die Begriffe „Schulchaos Corona“ googelt, bekommt man 42.000 Treffer angezeigt. Das zeigt die Stimmungslage im Land. Entsprechend gibt es viele Rücktrittsforderungen: In Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen fordert die SPD als Oppositionspartei den Rücktritt der jeweiligen Bil-

dungsministerin oder des jeweiligen Bildungsministers, wie bei uns.

Alle Bildungsministerinnen und Bildungsminister stehen aktuell vor der Herausforderung, oft völlig gegensätzliche Interessen unter einen Hut zu bringen. Lehrerverbände und Eltern zum Beispiel sind in der Frage von Öffnen oder Schließen der Schulen oft nicht einer Meinung. Natürlich muss gut kommuniziert werden. Wir halten es für wichtig, Landesschülerinnen-, Landesschüler- und Landeselternvertretung und Lehrerverbände intensiv einzubeziehen. Sie wissen, wie es vor Ort an den Schulen aussieht. Da ist die Kommunikation auch unserer Ansicht nach nicht immer optimal gelaufen. Kommunikationsfehler passieren; sie sind ärgerlich. Wichtig ist, daraus zu lernen. Ich habe den Eindruck, und ich habe gehört, das tut das Ministerium.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass oft schnelle Entscheidungen getroffen werden müssen, wenn die Zahlen in die Höhe schnellen. Es ist klar, dass da nicht immer Zeit für viele Abstimmungsgespräche bleibt. Die Rücktrittsforderung ist also völlig überzogen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die Bildungsministerin hat mit dem Perspektivplan und mit den Erleichterungen bei den Abschlussprüfungen Maßnahmen zugunsten der Schülerinnen und Schüler entwickelt. Auch mit den Schulgesetzänderungen bauen wir für alle möglichen Szenarien bei den Abschlüssen vor. Von Prüfungen im Normalmodus über Prüfungen in Videokonferenzen bis zum Abschluss ohne Prüfung ist alles möglich. Das ist vorausschauend, da sind wir weiter als andere Länder, da hat die Ministerin einen guten Job gemacht.

Im Moment sieht es so aus, dass die Abschlussprüfungen stattfinden können. Die Schülerinnen und Schüler werden gut vorbereitet, die von der KMK vereinbarten und in Schleswig-Holstein umgesetzten Erleichterungen bei den Abschlussprüfungen lassen die Schülerinnen und Schüler gelassener in die Prüfungen gehen - so hoffen wir. Wir haben im vergangenen Jahr gesehen, dass die Prüfungen trotz Lockdown gut gelaufen sind. Wenn uns das Virus mit seinen Mutationen nicht sehr dazwischenfunkt, stehen die Chancen gut, dass das auch dieses Jahr gelingt.

(Ines Strehlau)

Bei der Teststrategie müssen wir weiter diskutieren. Wir sind uns einig, dass anlasslose Testungen in großen Abständen keine Sicherheit bringen, weil sie nur für den Moment anzeigen, dass jemand coronafrei ist. Die Tests sind nicht unbegrenzt vorhanden und das Selbsttesten noch nicht erlaubt und nicht fehlerfrei. Die Diskussionen werden weiterlaufen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass mit regelmäßigen Tests - regelmäßigen Tests! - Infektionen schneller entdeckt und Quarantänemaßnahmen eingeleitet werden können. Ich würde mir da eine bundeseinheitliche Linie wünschen und eine Beteiligung des Bundes an den Kosten.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christopher Vogt [FDP])

Ziel bleibt also insgesamt eine möglichst zügige Öffnung der Schulen. Hoffen wir, dass die Infektionszahlen schnell weiter sinken. Wir haben es selbst in der Hand. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion beim Ministerium und bei der Ministerin sowie bei allen Lehrkräften und Eltern, Schülerinnen und Schülern für das Durchhalten und all ihr Engagement in dieser Pandemie.

(Beifall FDP und CDU)

Auch uns fällt die weitere Diskussion im Zusammenhang mit dem Pandemiegeschehen und den damit verbundenen Auswirkungen für die Schülerinnen und Schüler nicht wirklich leicht. Es geht weiterhin um Schulschließungen, Aussetzen der Präsenzpflicht, Lernen auf Distanz oder Wechselunterricht. Es führt, wie man ehrlicherweise feststellen muss, langsam, aber sicher zu einer Erschöpfung der Beteiligten. Wir können die Ängste der Schülerinnen und Schüler nur erahnen, wenn es um ihren Schulabschluss oder das Erreichen des Klassenzieles geht. Wir hören die Sorgen der Eltern, die ihren Alltag und ihre Berufstätigkeit ohne Schulen, ohne Kita und Ganztagsbetreuung organisieren sollen und Homeoffice mit Schulunterricht verbinden sollen. Sie haben in dieser Pandemiezeit nicht nur ge-

sundheitliche Angst um ihre Angehörigen, sondern auch wirtschaftliche und existenzielle Sorgen.

(Beifall FDP)

Ich hoffe daher inständig, dass wir mit dem Impfen bald wieder vorankommen und wir uns in absehbarer Zeit über Lockerungen unterhalten können. Ich wiederhole daher gern meine Bitte: Beschränken Sie Ihre sozialen Kontakte auf ein Minimum, denn nur sinkende Infektionszahlen sorgen dafür, dass unser Gesundheitssystem dieser Herausforderung gewachsen bleibt.

(Beifall FDP)

Unser wichtigstes Ziel nach dem Gesundheitsschutz ist in der Tat, dass Kitas und Schulen so schnell wie möglich zu ihrem Regelbetrieb zurückkehren können. Am dringendsten müssen wir den Abschlussjahrgängen einen guten Abschluss ermöglichen. Wir müssen die Schülerinnen und Schüler gut vorbereiten, denn 2020/2021 darf kein verlorenes Schuljahr sein. Es darf kein Notabitur oder einen ESA/MSA light geben. Wenn wir die Abschlüsse verkleinern, Fächer reduzieren, Ansprüche über Gebühr senken und Fachanforderungen unter den Tisch fallen lassen, tun wir unseren Kindern keinen Gefallen. Dieser Generation würde der Makel anhaften, dass es nur ein halber Abschluss ist.

Aus diesem Grund bleibt uns Liberalen eines besonders wichtig: Ob Fernunterricht, häusliches Lernen, Distanz-, Hybrid- oder Wechselunterricht, wir wollen sicherstellen, dass Lehrkräfte qualitativ guten Unterricht anbieten können. Absenkungen von Standards, Lernzielen oder gar Fächerreduzierungen wollen wir nicht als Ziel haben.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Digitales Lernen muss geübt werden. Das müssen die Schulen mit ihren Schülern, Lehrkräften und Eltern üben. Das bedarf einfach Zeit, die wir ihnen geben müssen.

An dieser Stelle möchte ich den niedersächsischen Leitfaden für Schule in Coronazeiten erwähnen. Dort wird für die einzelnen Stufen des Pandemiegeschehens genau aufgezeigt, wie der Schulbetrieb, die Unterstützungspflicht der Lehrkräfte, aber auch die Erwartung an die Schülerinnen und Schüler aussehen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes reagieren wir präventiv und angemessen, aber auch flexibel auf die Herausforderungen der Pandemie. Ja, er enthält auch die Möglichkeit, dass es einen Abschluss ohne schriftliche Klausuren geben kann. Dieser Passus ist nicht dafür

(Anita Klahn)

gedacht, dass nun massenweise Prüfungen wegfallen sollen.

(Beifall FDP)

Wir werden uns an die KMK-Vereinbarung halten, dass es vollständige Prüfungen und vollwertige Abschlüsse geben soll, die bundesweit gegenseitig anerkannt werden.

Ich möchte zum Bericht der Unterrichtssituation 2019/2020 nur ergänzen, dass wir den Bereich Digitalisierung viel früher als einen festen Bestandteil benötigt hätten. Das wird zukünftig korrigiert und ein wichtiger Baustein für die zukünftige Schulentwicklung sein.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP])

Wenn wir uns das aktuelle Berichtsziel anschauen, erscheint das letzte Schuljahr fast wie aus einer anderen Zeit. Wir waren auf einem guten Weg, sukzessive Verbesserungen für die Schulen zu erreichen. Uns ist aber auch klar, dass Corona den Schulbetrieb und das Lernverhalten verändert haben wird. Aus diesem Grund finde ich es ausgesprochen wichtig, dass wir genau evaluieren, was die Pandemie in den Schulen gemacht und wie sie sich auf die Betroffenen - Lehrkräfte, Schüler und Eltern - ausgewirkt hat. Was hat funktioniert? Was hat nicht so gut funktioniert? Woran ließe sich anknüpfen, und was müssen wir dringend überarbeiten? - Wenn ich mir schon jetzt eines für die kommenden Schuljahre wünschen dürfte, dann wäre das eine konsequente Weiterverfolgung der Digitalisierung.

(Beifall FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Eines muss ich anmerken: Dass wir diesen Bericht zur Unterrichtssituation so haben, wie er in der heutigen Form vorliegt, ist zurückzuführen auf einen Kollegen von mir, nämlich Neithart Neitzel, der in den 70er-Jahren angefangen hat, einen Bericht über die Schulsituation anzufordern, der Gott sei Dank weiterentwickelt wurde.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, dass es zu viel verlangt ist, jahrzehntelang verschlafene Entwicklungen und Investitionen unter Pandemiebedingungen aufholen zu wollen. Es ist aber keinesfalls zu viel verlangt, sich jetzt als Konsequenz aus dieser Krise die Fortführung der Digitalisierung unserer Schulen auf die Fahne zu schreiben. Damit komme ich zum Antrag „DigitalPakt in Schulen endlich umsetzen“.

Die Forderung ist auf den ersten Blick unterstützenswert, aber der Begriff DigitalPakt darf nicht

mit dem Soforthilfeprogramm vermengt werden, wie es vielfach passiert. Ich erkläre es gern noch einmal: Seit Mai 2019 können Mittel aus dem DigitalPakt beantragt werden. Verwendet werden können diese Mittel allein für die technische Infrastruktur in den Schulgebäuden, also ganz konkret für Verkabelung, WLAN, Anzeige- und Präsentationstechnik, Steckdosen in Klassenräumen und so weiter.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Wir kämpfen aber an dieser Stelle, so muss man ehrlicherweise feststellen, mit Denkmalschutzaufgaben und anderen Dingen. Die Voraussetzung ist auch, dass die Schulleitung mit ihren Lehrkräften und dem zuständigen Schulträger Klarheit und Einigkeit herstellt, wie zukünftig Unterricht digital gestaltet werden soll. Der Schulträger wiederum muss mit seinen kommunalpolitischen Vertretungen Einigkeit über eine Medienkonzeption herstellen. Dazu gehören auch die strukturellen Finanzierungsfragen, Stichwort: Administratoren. Es geht wirklich um mehr als den Eigenanteil der Kofinanzierung.

Die geforderten Medienkonzepte der Schulen sind ein wichtiger Bestandteil, um vor Ort kritische Kommunalpolitiker und Bürgermeister von der Notwendigkeit der Maßnahmen zu überzeugen und gleichzeitig schwierige Insellösungen und vor allem teure Fehlinvestitionen zu vermeiden. Nur werden solche Konzepte leider nicht neben dem regulären Unterrichtsgeschehen entwickelt.

Daher ist es richtig, dass die Landesregierung in diesem Bereich aktuell den Fokus auf Unterstützung und Beratung legt. Die Fachtagung wird hilfreich sein. Ganz wichtig ist aber, dass den Lehrkräften Zeit gegeben wird, diese Konzepte zu entwickeln. Dass die Mittelbeantragung durch den Schulträger bis Ende 2022 möglich ist und die Konzeption nachgereicht werden kann, dass die äußere Infrastruktur, der Netzausbau durch das Land und die Kommunen erfolgt, war - ehrlich gesagt - auch ein Wunsch der kommunalen Landesverbände, die sich explizit dieses lange Zeitfenster gewünscht haben. An dieser Stelle würde ich sagen: Der Wumms ist da.

Bei genauerer Betrachtung müssen wir uns - auch die Opposition - die faire Frage stellen, warum die Infrastruktur für digitalen Unterricht nicht schon viel früher und vor allem mit mehr politischem Nachdruck vorangebracht wurde.

(Beifall FDP)

(Anita Klahn)

An dieser Stelle müssen wir uns auch der Föderalismusdiskussion stellen: Wie weit kann, darf und soll der Bund sich beteiligen?

(Beifall FDP und Martin Habersaat [SPD])

Die Jamaika-Koalition hat die Basis geschaffen, dass Schulen in Schleswig-Holstein endlich an ein leistungsfähiges Glasfasernetz angeschlossen werden können und moderne Technik im Unterricht nutzen können.

(Martin Habersaat [SPD]: Quatsch! Das ist schlicht falsch, Frau Klahn!)

- Hören Sie mir zu! Insgesamt haben wir 945 Schulstandorte. In dieser Legislaturperiode wurden 697 an das schnelle Glasfasernetz angeschlossen.

(Martin Habersaat [SPD]: Sie setzen das Programm fort!)

Bis zum Jahresende sollen 170 bis 210 Schulen dazukommen. Die verbleibenden Standorte werden in den Jahren 2022 und 2023 folgen.

(Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Herr Habersaat, ich lasse keine Frage zu. Sie behaupten, das Schulchaos beenden zu wollen. Mit Ihrer Nachfrage würden Sie aber zu diesem Chaos nur weiter beitragen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich erinnere sehr gern an die Art und Weise der Kommunikation von Frau Wende, die lieber mit niemandem gesprochen hat, der anderer Meinung war als sie selbst.

(Beifall FDP und Tobias von der Heide [CDU] - Martin Habersaat [SPD]: Quatsch!)

Ich erinnere auch gern an Alleingänge Schleswig-Holsteins in der Lehramtsausbildung. Abgestimmte Verfahren der KMK einzuhalten, scheint der SPD immer dann besonders ernst zu sein, wenn es um die Nivellierung der Standards geht.

Die unzureichende technische Infrastruktur war und ist das Problem, aber wie gesagt nicht erst seit Beginn der Coronapandemie.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wenn insbesondere die SPD ihre Verantwortung in der Krise übernehmen würde, würde sie nicht so polemisch agieren.

(Beifall FDP)

Damit komme ich zu dem Serverproblem. Die Serverprobleme am 7. und 8. Januar dieses Jahres der Ministerin oder der Landesregierung anzulasten, ist

ein politisch schwacher, aber legitimer Versuch, aber er ist einfach falsch. Betroffen waren Schulen, die einen bundesweit agierenden Dienstleister nutzen. Dieser erklärte, dass er eigentlich genügend Kapazität habe und ein technisches Problem leider erst mittags behoben worden sei, aber er gab auch den entlarvenden Hinweis, dass der zeitgleiche Zugriff aller angeschlossenen Schulen bundesweit doch sinnvollerweise entzerrt werden sollte. - Wir haben bundesweit Schulbeginn um 8 Uhr. Wie sinnvoll ist so ein Vorschlag?

(Vereinzelter Beifall FDP)

An anderen Stellen waren schulträgerbedingte Kapazitäten ein Problem. Ganz ehrlich: Manchmal liegt es auch nur daran, wie viele Zugriffsrechte sich Schulen gekauft haben. Es gibt nämlich mengenmäßige Begrenzungen. Dafür kann der Server gar nichts - und ehrlicherweise auch die Ministerin nicht.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Peer Knöfler [CDU])

Fazit. Gleich wer für welchen Server oder welches Lernmanagementsystem verantwortlich ist: Technische Probleme wird es immer geben. Das wird leider eine der Schwierigkeiten beim digital unterstützten Unterrichten sein, für die man im Regelbetrieb Lösungen finden wird. Wir hatten und haben aber leider aktuell keinen Regelbetrieb. Wenn its-learning Ihr einziges großes, drängendes Problem ist, dann sollten Sie doch noch einmal ins Kämmerlein gehen und über einige Dinge nachdenken.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Festzuhalten bleibt, dass wir Koalitionspartner und die Landesregierung mit großem Engagement und viel Geld unter zeitlichem Druck den Ausbau der digitalen Infrastruktur voranbringen.

Zu dem Thema Schulabschlüsse sicherstellen habe ich die grundsätzliche Position der Liberalen dargestellt. Die vom Kollegen Vogel dargestellten Maßnahmen im Antrag sind in der Tat nicht das Hauptproblem und werden bereits geprüft und umgesetzt. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist in kurzer Zeit umsetzbar oder wird von allen gewünscht und ist überhaupt sinnvoll. Wir werden das daher ablehnen.

Sinnvoll ist der vorgestellte Perspektivplan, auch wenn er nicht allen gefällt, einigen nicht weit genug geht oder anderen viel zu weit geht. Aber er zeigt verschiedene Fallsituationen und angepasste Maßnahmen auf. Jeder kann damit für sich frühzeitig er-

(Anita Klahn)

kennen, wohin die Reise geht, und kann mit eigenem Verhalten dazu beitragen. Deutlich wird, dass nicht allein der Inzidenzwert berücksichtigt wird, sondern auch regionales Geschehen, besondere Bedarfe der einzelnen Jahrgänge und der Schularten. Und er zeigt die Wechselwirkungen mit anderen Bereichen des täglichen Lebens auf. Das hatten wir bislang nicht, und ich kenne kein Bundesland, das etwas Vergleichbares hat.

Am Ende bleibt, dass wir alles stetig auf Verhältnismäßigkeit und Sinnhaftigkeit überprüfen und gegebenenfalls anpassen müssen. Nur wenn wir am Ende sagen können, dass wir aus der Coronakrise gelernt und die richtigen Schlüsse für die Zukunft gezogen haben, werden wir aus dieser Pandemie etwas Positives für die Zukunft mitgenommen haben.

Der Dringlichkeitsantrag, den wir heute von der SPD vorgelegt bekommen haben, „Niemanden zurücklassen“, enthält viele Punkte, denen man zustimmen kann, gar keine Frage. Aber es sind Kleinigkeiten und Details, die es dann doch in sich haben. Daher bitte ich darum, den Antrag im Bildungsausschuss weiter zu beraten.

Ich möchte einen Satz zum Thema Ganztage sagen: Ganz ehrlich, das ist ein altes, lange bestehendes Problem, es wurde verschärft durch den offenen Ganztage, der nicht durchfinanziert war. Wer dafür verantwortlich ist, das wissen hier im Haus alle. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD erteile ich dem Abgeordneten Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für den Bericht und auch Ihnen und Ihren Mitarbeitern im Ministerium vielen Dank für Ihren Einsatz in den letzten Wochen und Monaten.

Ich muss auch sagen: Vielen Dank für Ihre offenen Worte zum Thema Fehlerkultur. Das hat mich sehr beeindruckt. Das hört man in der Politik sehr selten. Ich finde, auch dafür gebührt Ihnen Anerkennung und nicht Nachtreterei aus anderen Fraktionen. In der Wissenschaft und in der Wirtschaft ist es schon lange gang und gäbe, Fehler einzugestehen, weil wir daraus lernen können, wie wir alle wissen. Das

kann in der Politik aus meiner Sicht viel öfter passieren.

Apropos Lernen: Neben dem Gesundheitssektor und der Wirtschaft wurde kein Bereich härter getroffen als der Bildungsbereich. Schüler und Lehrer - ich lasse es jetzt einmal bei der grammatikalisch korrekten Form, auch wenn sie nicht politisch korrekt sein mag - hangeln sich von einer neuen Verordnung zur nächsten: Präsenz, Distanz, Schließung, Notbetreuung, Wechselunterricht, Stufenmodell, Hybridmodell, Ferienverlängerung, Unterrichtsreduzierung, Unterrichtsausfall.

Auf dieser Achterbahn der Verordnungen und der wechselnden Anordnungen wird jedem schlecht. So kann es nicht weitergehen. Darüber gibt es keinen Zweifel. Mit jeder neuen Volte nimmt die Zustimmung zu diesem Zickzackkurs und damit der gesamten Lockdownpolitik ab. Der Ministerpräsident hat heute Morgen schon über die mangelnde Zustimmung in der Bevölkerung zu dem Kurs gesprochen.

Schüler, Lehrer und Eltern sind erschöpft, sie sind genervt, und sie sind gleichzeitig unter- und überfordert, denn zu einem geregelten Präsenzunterricht gibt es keinen Ersatz, auch wenn hier immer wieder das Hohelied der Digitalisierung und der Beschulung zu Hause gesungen wird. Was Schüler, Eltern und Lehrer dringend brauchen, ist Sicherheit - Sicherheit für die Planung, und zwar nicht nur für die nächste Woche, sondern bis zum Ende des Schuljahrs. Nichts wäre schlimmer, als wenn die Schüler, die zu Unrecht unter den Folgen einer verfehlten und chaotischen Lockdownpolitik leiden, nun auch noch ein ganzes Schuljahr verlören oder ihre Abschlüsse nicht machen könnten.

Der vorliegende Antrag zur Änderung des Schulgesetzes trägt diesem wichtigen Punkt Rechnung. Es ist wichtig, dass die Abschlüsse auch nach diesem fast verlorenen Jahr sicher sind. Daher stimmen wir der Änderung des Schulgesetzes auch zu. Wir begrüßen ausdrücklich Ihre Aussagen, Frau Ministerin, zu den Möglichkeiten und den vielen Wegen, um zu einem vollwertigen Abschluss zu kommen, der überall in der Bundesrepublik anerkannt wird. Sie haben die intensive Vorbereitung und eine Reduzierung der Zahl der Klausuren genannt, und auch eine Wiederholung soll möglich sein.

Damit verbinden wir aber die Aufforderung an die Landesregierung, alles dafür zu tun, die Schulen baldmöglichst wieder zu öffnen und Präsenzunterricht zu ermöglichen. Das soll aus unserer Sicht spätestens ab Mitte Februar erfolgen. Wir haben im

(Volker Schnurrbusch)

letzten Jahr bereits gelernt, dass es nicht die Schulen sind, die die Infektionszahlen nach oben treiben. Daher ist das Hin und Her, das derzeit mit den Ländern und auch in Schleswig-Holstein herrscht, endlich zu beenden. Wenn wir wissen, dass es die Alten- und Pflegeheime sind, die auch hier im Land für hohe Inzidenzwerte verantwortlich sind, dann muss die Landesregierung nicht zwangsläufig ganze Kreise lahmlegen. Sie muss vielmehr differenziert vorgehen, denn sonst empfinden die Bürger den Lockdown als unlogisch und sinnlos.

Wenn Schüler in den letzten Monaten etwas gelernt haben, sind das die Abstands- und Hygieneregeln. Mit Besonnenheit und Disziplin wäre also auch eine weitgehende Rückkehr zum Präsenzunterricht möglich.

Wenn dieses chaotische Schuljahr bei manchen Schülern, besonders bei denen, die durch das Distanzlernen benachteiligt werden, zum Misserfolg führt, muss auch die Möglichkeit bestehen, das Schuljahr zu wiederholen. Lieber das, als schwächeren Schülern etwas vorzumachen und ihnen ein weiteres Jahr zuzumuten, in dem sie nicht mit dem Rest der Klasse mithalten können. Dann würde das Problem nur in die Zukunft verschoben. Auch hier ist Flexibilität gefragt, aber auch klare Aussagen, ehrliche Aussagen gegenüber den Schülern und ihren Eltern. Flexibilität, individuelle Ansprache, individuelles Eingehen auf die Schüler unterschiedlicher Leistungsstärke, aber vor allem Verlässlichkeit sind das Gebot der Stunde. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie nicht nur auf die Inzidenzwerte schaut wie das Kaninchen auf die Schlange und darüber vergisst, dass es nicht nur die Alten und Kranken sind, die besonders schützenswert sind, sondern auch unsere Kinder. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie unterschiedlich wissenschaftliche Aussagen politisch ausgelegt werden können, hat sich zuletzt ganz deutlich im Vorfeld der letzten KMK gezeigt. Von der Position des Thüringer Bildungsministers, Helmut Holter, „ich gehe davon aus, dass die Schulen bis Ostern geschlossen bleiben müssen“, bis zur Forderung seiner Kollegin aus Baden-Württemberg, Susanne Eisenmann, die Kin-

dergärten und Grundschulen auf jeden Fall schon zum 11. Januar 2021 wieder öffnen wollte, ist es schon ein großer Spagat.

Obwohl der KMK-Beschluss durchaus breiten Spielraum lässt, halten wir uns in Schleswig-Holstein zurück: Schulöffnungen erst ab Mitte Februar 2021, und zwar natürlich erst dann, wenn der Inzidenzwert 14 Tage lang stabil unter 50 liegt. Im Winter ist es eher unwahrscheinlich, dass es dazu kommt. Das letzte Mal war das Mitte Oktober 2020 der Fall. Der Zeitpunkt der Schulöffnung darf eben nicht primär von Inzidenzzahlen abhängig gemacht werden. Eine solche Perspektive, die keine wirkliche ist, muss zurückgenommen werden.

Die bisherigen Schließungen haben wahrlich genug Schaden angerichtet und gezeigt: Digitales Lernen ist in keiner Hinsicht ein gleichwertiger Ersatz für Präsenzunterricht. Kinder und Jugendliche brauchen die Schule als Begegnungsort. Die häusliche Situation ist in viel zu vielen Familien bereits deutlich überstrapaziert. Und nicht zuletzt treffen sowohl die soziale Benachteiligung als auch der geringere Lernzuwachs gerade diejenigen, die ohnehin schon besonders benachteiligt sind.

Hören wir also endlich auch auf die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nicht müde werden, immer und immer wieder zu erklären: Wir werden mit Corona leben müssen. Das Ziel kann also nur sein, die Gefahren für Risikogruppen möglichst gering zu halten, und zwar unter der Prämisse, dass sich langfristig noch sehr viele Menschen infizieren werden. Daran führt einfach kein Weg vorbei.

Der Virologe Professor Dr. Klaus Stöhr, ehemals Leiter der SARS-Forschung bei der WHO, sagt in diesem Zusammenhang - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -:

„Wie man mit weiteren Kindergarten- und Schulschließungen das Infektionsgeschehen in Altenheimen eindämmen kann, verstehe ich gar nicht.“

Genauso geht es angesichts der von mir skizzierten gravierenden Auswirkungen des Schul-Lockdowns immer mehr Eltern und Schülern. Der Präsenzunterricht ist und bleibt der Garant für Lernerfolg und für positive soziale Entwicklung. Das muss sich auch in den Beschlüssen des Landes Schleswig-Holstein widerspiegeln. Wir hätten durch die KMK gedeckt weitere Spielräume als die, die wir bisher nutzen.

Vertrösten Sie also die Eltern, die Schüler und die Lehrer nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag! Öffnen

(Dr. Frank Brodehl)

Sie die Schulen und Kindergärten am kommenden Montag, denn unsere Schulen und Kindergärten sind sichere Orte - nicht zuletzt auch deswegen, weil sich die Schulen in den letzten Monaten über kreative und sichere Hygienekonzepte Gedanken gemacht haben, die funktionieren. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss zugeben, ich war eben schon etwas überrascht, dass die Debatte schon dem Ende entgegenkommt. Ich hatte mit einer längeren Debatte gerechnet, zumindest jedoch von der SPD mehr erwartet - nach den großartigen Ankündigungen im Vorfeld.

(Zuruf FDP: Wo waren die Highlights?)

Denn immerhin hatte die SPD-Landesvorsitzende vor zwei Wochen den Rücktritt der Bildungsministerin gefordert, wenn ich mich recht erinnere.

(Zuruf FDP: Die Entlassung!)

- Die Entlassung, den Rücktritt, das passiert jedenfalls nicht jeden Tag. Das haben wir in dieser Wahlperiode überhaupt noch nicht gehabt.

(Jörg Nobis [AfD]: Noch nicht einmal von uns!)

Dann erleben wir einen SPD-Oppositionsführer, der sich diese Forderung in der letzten Woche schon nicht zu eigen gemacht hat. Man kann jetzt mit dem Kollegen Dolgner darüber diskutieren, ob das staatstragend oder regierungstragend von Ralf Stegner war. Wie auch immer, er hat sich jedenfalls sehr wohlthuend vom Verhalten der SPD-Landesvorsitzenden abgehoben und hat sich diese Forderung nicht zu eigen gemacht.

Also richten wir die Blicke auf die heutige Debatte. Wir stellen fest: Es spricht nicht die SPD-Landesvorsitzende, es spricht der bildungspolitische Sprecher. Auch dieser macht sich die Rücktrittsforderung heute gar nicht zu eigen, verliert sich hier eher im Klein-klein. Es mag ja sein, dass die Kleine Anfrage in einem technischen Detail möglicherweise falsch beantwortet worden ist. Das kann ich jetzt nicht beurteilen, aber selbst wenn ist das wahrlich kein Rücktrittsgrund. Das war einer der Gründe, die heute Morgen hier vorgetragen wurden.

Was macht in dieser Situation die SPD-Landesvorsitzende? - Sie nimmt an dieser Debatte gar nicht teil, weder mit einem Wortbeitrag noch persönlich durch ihre Anwesenheit, wie wir jetzt sehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich finde, das kann man so wirklich nicht machen.

(Beifall CDU, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Bei aller Liebe, ich weiß, bei der Opposition sitzt der Revolver etwas lockerer, da haut man vielleicht einfach einmal so eine Rücktrittsforderung raus. Aber wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man das ernst meint, wenn man seriöse Oppositionsarbeit machen möchte, geht das so nicht. Das ist in normalen Zeiten schon nicht angemessen. Die Rücktrittsforderung war von Anfang an vollkommen unverhältnismäßig. Aber hier eine solche Forderung mitten in der Coronakrise, mitten in Krisenzeiten zu erheben - Eka von Kalben hat gesagt: das ist Blödsinn -, das war vollkommen verantwortungslos, so zu agieren. Man kann mit solchen Rücktrittsforderungen nicht einfach nur Ängste und Verunsicherung schüren, das geht einfach nicht. Da hätte ich heute eine Fehlerkultur erwartet zu sagen - da ist ja die SPD-Landesvorsitzende -,

(Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD] betritt den Plenarsaal)

dass sie das heute hier auch eingesteht: Das war ein Fehler, das war nicht richtig, das war über das Ziel hinausgeschossen. Ansonsten hätte die Debatte heute anders laufen müssen, ansonsten hätte man in dieser Debatte heute selber reden und das hier am Rednerpult genau so vortragen müssen. Wenn man das nicht tut, dann muss man sich selbst korrigieren und das zurücknehmen, was man vor zwei Wochen falsch gemacht hat.

(Beifall CDU, FDP und AfD)

Ich stelle deshalb gern fest: Die Rücktrittsforderung ist mit der heutigen Debatte vom Tisch. Das ist auch gut so. Karin Prien kann sich mit voller Arbeitskraft um die Schülerinnen und Schüler, unsere Schulen und die Bildung kümmern.

(Zurufe Beate Raudies [SPD] und Thomas Hölck [SPD])

Das ist doch viel wichtiger, als sich mit halbgaren Rücktrittsforderungen der SPD-Opposition auseinanderzusetzen, die offensichtlich gar nicht ernst gemeint sind. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

(Zuruf FDP: Man muss Opposition schon können!)

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was seriöse Oppositionsarbeit angeht: Wer könnte da besser Ratschläge geben als die CDU? Wir erinnern uns an die letzte Legislaturperiode. Da wurde unserer Bildungsministerin rechtswidriges Verhalten vorgeworfen, Kriminalität unterstellt. Das Einzige, was hängen blieb, war der Hintern von Daniel Günther auf dem Posten des Oppositionsführers.

(Beifall SPD - Tobias Koch [CDU]: Wer hat sie entlassen?)

Wenn Sie einmal ins Archiv gehen, Herr Koch - ich glaube, das bekommen Sie hin -, dann werden Sie feststellen, dass der Erste, der in dieser Legislaturperiode eine Rücktrittsforderung gegen ein Mitglied der Landesregierung gestellt hat, niemand geringerer als Ralf Stegner war - gerichtet an die Bildungsministerin.

(Tobias Koch [CDU]: Nein, Sie meinen jetzt diese verklausulierten Formulierungen: man könnte ja, man sollte oder was auch immer! Das war keine Rücktrittsforderung!)

- Kollege Kubicki hat hier gern um eine Kiste Wein gewettet, Herr Koch. Ich biete Ihnen an dieser Stelle die gleiche Wette an.

(Beifall und Heiterkeit SPD und SSW)

Der Erste, der in dieser Legislaturperiode den Rücktritt eines Regierungsmitglieds gefordert hat, war Ralf Stegner - bezogen auf die Bildungsministerin.

(Christopher Vogt [FDP]: Der Kollege kann sich jetzt nicht wehren, der ist gar nicht da! - Zurufe SPD)

Herr Koch traut sich nicht: Frech behauptet ist besser als seriös bewiesen. Was soll's!

(Tobias Koch [CDU]: Dann war das nicht die Meldung von vor zwei Wochen!)

Was ich heute gemacht habe, ist, fünf Gründe zu liefern,

(Tobias Koch [CDU]: Das stimmt!)

warum diese Bildungsministerin in ihrem Amt offenkundig überfordert ist. Das mögen Sie für dünn halten, ich halte das für erschütternd. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag zu e), Drucksache 19/2716, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Abstimmung zu a): Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2631. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf, Drucksache 19/2631, anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Abstimmung zu b): Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2621. Auch hier ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte noch einmal - -

(Lars Harms [SSW]: Das war die Mehrheit! - Weitere Zurufe)

Ich wiederhole: Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 19/2621 in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Abstimmung zu c): Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2683. Es ist beantragt worden, auch über diesen Antrag, Drucksache 19/2683, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Abgeordneten des SSW und der Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD abgelehnt.

Abstimmung zu d): Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2704. Auch hierzu ist Abstimmung in der Sache beantragt. Wer dem Antrag des SSW zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? -

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Abstimmung zu f): Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/2471. Es ist beantragt worden, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abstimmung zu g): Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2737. Es ist beantragt worden, diesen Antrag dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig dem Bildungsausschuss überwiesen worden. Bevor ich Sie alle in die Mittagspause entlasse, bitte ich - -

(Zuruf: Bericht zur Unterrichtsversorgung! - Weiterer Zuruf: Drucksache 19/2716, Frau Präsidentin, darüber haben wir noch nicht abgestimmt!)

- Seid ihr euch sicher?

(Zuruf: Ja! Ich würde wetten!)

- Um eine Kiste Wein, oder wie? - Drucksache 19/2716, Umsetzung der Coronamaßnahmen in Schulen war das. Also noch einmal: Ich habe hier Punkt e): Umsetzung der Coronamaßnahmen in Schulen, Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2716. Wie ich meiner Vorlage entnehme, haben wir darüber noch nicht abgestimmt. - Ich erteile der Abgeordneten Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Der Antrag ist erledigt, denn wir haben den Bericht der Ministerin gerade gehört.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das war der mündliche Bericht, meine ich doch. Besten Dank für die Unterstützung.

Bevor ich jetzt alle in die etwas kürzere Mittagspause entlasse, möchte ich noch kurz darauf hinweisen, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer mir mitgeteilt haben, dass Tagesordnungspunkt 14 - Mündlicher Bericht über die Ländervereinbarung über die Grundstruktur des Schulwesens - in den Februar verschoben wird. Zudem werden die Reden zu Tagesordnungspunkt 18 - Sportvereine in der

Krise nicht alleinlassen, Fortführung der Corona-Soforthilfen - zu Protokoll gegeben.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung von 13:53 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 25, 29, 41 und 42 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Corona-Schutzimpfungen - Ungleichbehandlungen geimpfter und nicht geimpfter Personen durch die Privatwirtschaft verhindern**

Antrag des Abgeordneten Dr. Frank Brodehl (fraktionslos)
Drucksache 19/2695

b) Bericht über den Stand der Corona-Schutzimpfungen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2707

c) Akzeptanz für die Impfstrategie und die Corona-Maßnahmen stärken

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2670

Sicherstellung zeitnaher Corona-Impfungen für Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2675

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 19/2708

d) Ein zusätzliches Impfangebot für unsere älteren Generationen

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 19/2709

Das Wort zur Begründung wird - wie ich sehe - nicht gewünscht.

Mit dem Antrag zu b) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse somit zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem so zustimmen will, den bitte

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich zunächst mit einer Vorbemerkung starten. Es hätte eine Erfolgsgeschichte werden sollen, und es hätte auch eine Erfolgsgeschichte sein können. Zum ersten Mal in der Medizingeschichte, in der jüngeren Geschichte der Pharmakologie ist es gelungen, einen hochwirksamen Impfstoff in unglaublich schneller Zeit zu entwickeln. Was wir allerdings seit Wochen erleben, ist eine öffentliche Debatte über Bestellvorgänge, über nicht eingelöste Optionen, über zu spät eingelöste Optionen.

Die Auswirkungen erleben wir, und zwar 16 Landesministerinnen und Landesminister, täglich, und ich sage sehr deutlich: Ich bin an dieser Stelle nicht länger bereit, irgendetwas freundlicher zu reden, als es ist. Es ist eine Schande für die Europäische Union, dass an dieser Stelle Vorgänge ganz offensichtlich nach wie vor nicht transparent gemacht werden, wie ich es jedenfalls erwarte, wie ich es insbesondere im Hinblick auf die deutsche Bevölkerung erwarte.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt SPD, AfD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Impfstoff ist der Schlüssel aus der Pandemie heraus. Deswegen erwarte ich eine lückenlose Aufklärung dessen, was sich seit dem Sommer tatsächlich abgespielt hat.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Das ist keine Schuldzuweisung in irgendeine Richtung, aber ich sage Ihnen auch sehr deutlich: Ich muss jeden Tag den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern - 345.000 Frauen und Männern in der ersten Priorisierungsgruppe - erklären, dass bis Ende Februar gerade einmal 190.000 Dosen des BioNTech/Pfizer-Impfstoffes zur Verfügung stehen, wenn sie denn - so wie angekündigt - geliefert werden. Wir wissen ja seit 14 Tagen, dass man sich nicht hundertprozentig darauf verlassen kann,

dass die Dosen in der angekündigten Menge auch tatsächlich so geliefert werden.

Gehen wir einmal davon aus. Mit 190.000 Impfdosen können 95.000 Frauen und Männer von diesen 345.000 geimpft werden. Und hier sage ich es wirklich wenig freundlich, das weiß ich, aber mir platzt an dieser Stelle langsam wirklich der Kragen. Ich muss jeden Tag erklären, warum in diesem ambulanten Pflegedienst noch nicht geimpft werden kann, warum im betreuten Wohnen dort noch nicht geimpft werden kann, warum man hier noch nicht hingehen kann, warum Ärztinnen, Ärzte und Pflegepersonal nicht schneller geimpft werden können.

Ich sage gern: Das, was wir möglicherweise noch besser machen können, das wollen wir gern leisten. Aber ich will auch sagen, dass das Land Schleswig-Holstein - übrigens wie die anderen Bundesländer auch - Impfstrukturen vorbereitet hat. Wir haben Impfzentren an den Start gebracht. Wir könnten jeden Monat 300.000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner impfen - 300.000! Zusätzlich könnten die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern geimpft werden. Wir haben über 19 mobile Impfteams, die könnten impfen, und ich weiß, was die am Tag impfen können, wenn der Impfstoff da ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund habe ich der Impfstrategie des Landes Schleswig-Holstein im Moment relativ wenig hinzuzufügen. Die beruht nach wie vor auf den beiden Säulen, so schnell wie möglich den verfügbaren Impfstoff tatsächlich den Menschen zuteilwerden zu lassen, die nach der Priorisierung derzeit einen Anspruch darauf haben. Die zweite Säule, die genauso wichtig ist, ist die Sicherung der Zweitimpfung. Ich bin froh und dankbar, dass es immerhin gelungen ist, dass inzwischen in rund 90 % der Pflegeheime die Erstimpfung verabreicht werden konnte. Die Menschen, die dort leben, konnten geimpft werden. Inzwischen laufen dort die Zweitimpfungen. Es sind inzwischen auch über 32 Heime, in denen die Impfungen komplett abgeschlossen worden sind. Impflücken werden geschlossen. Das ist auch richtig so, aber wir könnten deutlich mehr.

Ich will sagen: Ich erwarte von der Bundesregierung, dass die Zusage, bis zum Sommer jedem, der es möchte, ein Impfangebot zu machen, umgesetzt wird, dass alles unternommen wird, damit diese Zusage auch eingehalten wird.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Jörg Nobis [AfD])

(Minister Dr. Heiner Garg)

Lassen Sie mich in Anknüpfung an heute Morgen noch eine letzte Bemerkung machen: Etwas macht mich wirklich ärgerlich im Zusammenhang mit der notwendigen Diskussion, die wir als gesamte Gesellschaft, als Landesparlamente, als Deutscher Bundestag führen müssen. Wir müssen die Fragen stellen: Wie gehen wir eigentlich in Zukunft mit den Geimpften um? Müssen die weiterhin in Quarantäne, wenn sie geimpft werden? Müssen sie weiter getestet werden?

All das sind Fragen, mit denen wir uns als Gesellschaft unter Einbeziehung beispielsweise des Ethikrates auseinandersetzen müssen. Zwei Dinge machen mich extrem ärgerlich an der Stelle: Erstens, wenn wir darüber im Zusammenhang mit Grundrechten sprechen. Grundrechte sind Individualrechte eines jeden Einzelnen. Es macht mich ärgerlich, wenn dann von Privilegien gesprochen wird. Das sind keine Privilegien, das sind Freiheitsrechte der Menschen, die verfassungsrechtlich garantiert sind. Darüber müssen wir reden.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Werner Kalinka [CDU] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Demjenigen, der eine solche Debatte derzeit aus politischem Kalkül anzettelt, dem möchte ich sagen: Solange wir noch nicht einmal einen Beleg dafür haben, dass die Impfung auch vor Ansteckung schützt, solange wir noch nicht ausreichend Impfstoff für die jeweils zu priorisierenden Gruppen haben, so lange könnte man sich an der einen oder anderen Stelle vielleicht etwas demütiger mit dem einen oder anderen Vorschlag zurückhalten. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Falls dies im Vorwege Begehrlichkeiten geweckt haben sollte: Der Minister hat die Redezeit eingehalten.

(Heiterkeit)

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Lieber Minister Heiner Garg, vielen Dank für die-

sen engagierten Vortrag, der uns aus der Seele gesprochen hat. Manchmal ist es gut, wenn man sich Luft macht.

Auf uns alle prasselt eine Flut von Anfragen ein, sodass wir sehr viel Mühe haben, alle zu beantworten. Sie haben es richtig gesagt: hier ein Pflegedienst, dort eine Pflegestation und Eltern, die ihre Kinder betreuen lassen wollen - Corona verlangt uns eine Menge ab.

Wir müssen die Lage jeden Tag neu bewerten und unsere Maßnahmen gegebenenfalls anpassen. Die Kanzlerin sagt zu Recht, dass Corona eine einzige Zumutung für uns alle ist. Diese gilt es zu managen und zu überwinden. Ich bin froh, dass wir einen so engagierten Minister haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist eine gute Gelegenheit, mich bei den Leuten zu bedanken, die dazu beitragen, dass die Bewältigung der Herausforderungen gelingt. Ich bedanke mich bei den Leuten, die sich an die Coronaregeln halten. Auch das ist wichtig; das haben wir schon gehört.

Es ist ein Segen für die Gesellschaft, dass binnen kürzester Zeit ein Impfstoff entwickelt worden ist. Das finde ich ganz toll; das hätte ich nie gedacht. Die Ernüchterung folgte aber auf dem Fuße. Es ist unser großes Problem, dass nicht genug Impfstoff da ist. Deshalb fragen sich die Leute: Wann werde ich geimpft? Wo werde ich geimpft? Werde ich überhaupt geimpft?

Leute, die älter als 80 Jahre sind, haben eine Ungeduld, die ich gut nachvollziehen kann. Sie liegen bei oder über der durchschnittlichen Lebenserwartung, je nachdem, ob es ein Mann oder eine Frau ist. Auch diese Menschen haben das große Bedürfnis, sich die maximal mögliche Sicherheit zu geben; diese erhalten sie nur durch eine Impfung. Für diese Menschen ist Corona lebensbedrohlich. Deshalb kann ich die vielen Fragen verstehen.

Als weitere Zumutung kommen die Virusvarianten hinzu. Es gibt eine brasilianische, eine südafrikanische und eine englische Variante. Daher sind wir jetzt auch noch verpflichtet, Sequenzierungen vorzunehmen, das heißt, wir müssen prüfen, um was für ein Gen beziehungsweise um was für einen Erreger es sich handelt und wie er sich auswirkt. Auch das ist, wie gesagt, eine Zumutung.

Im Mittelpunkt aller Maßnahmen stehen die Impfungen. Wir haben binnen kürzester Zeit - das ging wirklich rasant - 29 Impfböden bekommen. Dafür

(Katja Rathje-Hoffmann)

haben die Leute vor Ort sehr viel gearbeitet. Sie haben das hingekriegt, auch in Zusammenarbeit mit Messebauern.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD)

- Nicht so viel klatschen; ich habe nicht so viel Zeit. Der Minister hat nicht überzogen. Ich hatte damit fest gerechnet.

(Heiterkeit)

Es ist wirklich beachtlich, dass der Aufbau der Impfzentren so gut funktioniert hat. Anderes funktioniert leider nicht richtig. Die 15 Impfzentren sind nicht ausgelastet; einige laufen gar nicht. Das ist der geringen Menge an Impfstoff geschuldet.

Zur Terminvergabe muss ich nicht viel sagen. Auch darüber gab es am Anfang Unmut. Das neue Anmeldewesen finde ich ganz prima. Dieser Einschätzung hat sich der Sozialausschuss einstimmig angeschlossen. Es gibt einen Brief, eine Telefonnummer und eine PIN. Dann hat man eine Woche Zeit, sich anzumelden, und man bekommt beide Termine. Das ist hervorragend. Für diese einfache Regelung muss ich der Landesregierung einen Dank aussprechen.

Sobald mehr Impfstoff zur Verfügung steht, wird sich die Situation entspannen; das wissen wir alle.

An dieser Stelle möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums danken. Sie arbeiten von morgens bis abends, wahrscheinlich auch nachts. Ich habe auch schon E-Mails am Wochenende bekommen; das ist mittlerweile ganz normal. Die Bewältigung der gegenwärtigen Situation ist ein Kraftakt. Wir wissen, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort anstrengen und auch über ihre Belastungsgrenze hinaus arbeiten. Ohne sie wäre das alles nicht möglich. Herzlichen Dank!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Birte Pauls [SPD], Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Während wir alle emsig und fleißig sind, Impfzentren aufbauen und neue Verfahren implementieren, hören wir, dass die ohnehin geringe Menge, die uns angekündigt worden ist, noch geringer ausfällt, weil es Lieferschwierigkeiten gibt. Das ist kaum zu ertragen, aber gut. Meine Oma hat immer gesagt: Es muss erst einmal ganz schlecht werden, bevor es ganz gut wird. - Ich hoffe, dass wir nach dem Umbau des betreffenden Werks viel Impfstoff haben werden und dass die Ankündigung des Gesund-

heitsministers des Bundes, bis zum Sommer würden alle durchgeimpft sein, eingehalten werden kann. Der Sommer geht bis September. Also bin ich immer noch frohen Mutes; meinen Optimismus lasse ich mir nicht nehmen.

Ich freue mich, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber noch mehr Homeoffice ermöglichen. Das ist ganz toll. Es hilft dabei, die Kontakte zu reduzieren; denn das ist das zweite Standbein: dass wir uns so verhalten, wie wir uns verhalten müssen. Dazu gehört es, dass wir Sicherheitsabstände einhalten und FFP2- oder OP-Masken tragen. Es ist sehr wichtig, dass dies nunmehr verpflichtend ist.

Ich sehe, dass meine Redezeit zu Ende ist. Wir haben ja nachher noch eine Debatte zu den FFP2- beziehungsweise OP-Masken. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und beende meine Rede. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

- Ach so - ha, ha -, ich habe noch etwas vergessen.

(Heiterkeit)

- Der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses stimmen wir zu. Den Antrag des Kollegen Brodehl lehnen wir ab; es gibt gar keine Substanz, darüber zu diskutieren. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Für viele Mitbürger ist die nun laufende Impfkampagne ein ganz wichtiges Hoffungszeichen. Andere hingegen möchten mit der Entscheidung, sich impfen zu lassen oder nicht, erst einmal abwarten. Deshalb ist es gut und richtig, dass der Gesetzgeber wiederholt klargestellt hat, dass es in keinem Fall eine Impfpflicht geben wird.

Dennoch stellen sich viele Menschen die Frage, ob ein Impfwang quasi durch die Hintertür Realität werden könnte. Dafür sind vor allen Dingen drei Gründe zu nennen.

Zum einen wird zunehmend ein moralischer Druck aufgebaut. Herrn Stegners Aussage von letzter Woche: „Sich impfen zu lassen ist gelebte Solidarität“,

(Dr. Frank Brodehl)

ist dafür ein Beispiel unter viel zu vielen. Als ob Menschen, die sich nicht impfen lassen möchten, unsolidarischer seien als andere!

Zum Zweiten ist immer öfter zu hören, dass Geimpften Privilegien oder Sonderrechte eingeräumt werden könnten, beispielsweise die Erlaubnis, ins Restaurant zu gehen, zu öffentlichen Veranstaltungen zu gehen oder sich von Kontaktbeschränkungen befreien zu lassen. Es wird hierbei in der Tat meist beschwichtigt, dass das natürlich nur dann der Fall sein könne, wenn wirklich allen Bürgern ein Impfangebot gemacht werden könne und die Impfung nicht nur die eigene Erkrankung, sondern auch die Weitergabe des Virus verhindere. Aber: Zu keiner dieser Fragen kann heute eine abschließende Antwort gegeben werden. Genau deswegen sollte man in der Tat die Sonderrehtediskussion gar nicht erst führen.

Kommen wir zum dritten und schwierigsten Punkt, nämlich dem, dass in der Privatwirtschaft indes durchweg Fakten geschaffen werden könnten. Großveranstalter könnten ihr Hausrecht anwenden und Besucher nach einem Impfausweis fragen. Reisegesellschaften könnten nur noch Geimpfte befördern wollen. Vieles andere ist vorstellbar. Rein rechtlich ist das alles nicht zu beanstanden. Der Gesetzgeber sollte sich natürlich auch nicht vorschnell in die Privatwirtschaft einmischen. Dennoch darf der Staat nicht tatenlos zusehen, wenn sich eine Ungleichbehandlung auch nur abzeichnet. Sie alle kennen die alarmierenden Beispiele, etwa die Fluggesellschaft Qantas oder den Pflegedienst, der seinen impfskeptischen Mitarbeitern die Kündigung angedroht hat.

Als Landtag sollten wir hier rechtzeitig ein klares Zeichen setzen. Eine Ungleichbehandlung zwischen Geimpften und Nicht-Geimpften ist einfach unmenschlich. Auch wenn es hinsichtlich gesetzlicher Grundlagen sicherlich schwierig ist, fordere ich die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass jeglicher Ungleichbehandlung von vornherein ein Riegel vorgeschoben wird.

Ich bin sicher, dass es ein wichtiges und leider auch ein notwendiges Signal ist, wenn heute von diesem Landtag die Botschaft ausgeht, dass es dabei bleibt, dass es keine Impfpflicht gibt, weder direkt noch indirekt. Ich bitte um Abstimmung in der Sache. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Werte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich hatte mich auf die verlängerte Redezeit des Ministers eingestellt. Deshalb spare ich mir jetzt die erste Seite. Aber Sie kennen ja auch alle die Geschichte von der Telefonrallye und unserem Antrag zum Thema Einladungsverfahren und was daraus geworden ist. Darüber stimmen wir heute ja noch ab. Deshalb erspare ich mir die erste Seite.

(Heiterkeit SSW - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Ich freue mich, dass die Seniorinnen und Senioren nicht länger dem Stress dieser Telefonrallye ausgesetzt sind.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Dafür gibt es aber einen anderen Stress, dem wir alle ausgesetzt sind. Nach elf Monaten macht das Coronavirus etwas mit uns allen. Die täglichen Zahlen von Infektionen und Todesfällen belasten nachhaltig. Dass in so kurzer Zeit bereits mehrere Vakzine vorliegen, ist ein wahrer Triumph der Wissenschaft. Während die Impfstoffentwicklung normalerweise mehrere Jahre benötigt, gibt es Erfolge durch die konzertierte Anstrengung von Forschung, Unternehmen, aber auch von Politik, die letztendlich das Geld zur Verfügung gestellt hat, in weniger als einem Jahr.

Und trotzdem bleibt die Freude gebremst, wenn Produktion und Lieferung schleppend verlaufen. Der Vertragsbruch der Firma AstraZeneca gegenüber der EU ist ein Skandal. Jetzt muss es gemeinsam darum gehen, den Impfstoff so schnell wie möglich herzustellen und zu liefern. Dabei darf ausschließlich der Gesundheitsschutz im Vordergrund stehen und nicht die egoistische Gewinnmaximierung. Die Pharmaindustrie muss sich zu ihrer humanitären Verantwortung bekennen. Es ist an dieser Stelle keine Zeit zum Pokern!

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die 29 Impfzentren im Land stehen samt Personal parat. Das ist eine tolle Gemeinschaftsleistung, die wir an vielen Stellen schon gelobt haben, eine Gemeinschaftsleistung des Ministeriums mit den Kreisen zusammen, dem Roten Kreuz, den Johannitern, der KVSH und der Bundeswehr. Ganz herzlichen Dank an alle, die sich freiwillig gemeldet haben und all das möglich gemacht haben. Ich würde mir innerlich wünschen, dass alle auch arbeiten könnten. Sie wollen ja auch, aber sie können nicht.

(Birte Pauls)

(Beifall SPD und Katja Rathje-Hoffmann
[CDU])

Allerdings, und das ist dann auch meine Aufgabe als Opposition, kritisiere ich die doch sehr unterschiedliche Vergütung. Während die Ärzte ein Honorar bekommen, das oberhalb des normalen Stundensatzes der KVSH liegt, sind es bei allen anderen Freiwilligen, die zum großen Teil aus Pflege und Rettungsdienst kommen, 20 € Die Gewichtung hätte man - finde ich - wesentlich gerechter vornehmen können. Auch darf es nicht dadurch zu einer Einschränkung der ambulanten Versorgung kommen, dass das Ärztehonorar so attraktiv ist.

In allen bisherigen Sozialausschusssitzungen hieß es seitens des Sozialministers immer wieder: „Es werden nur so viele Impftermine vereinbart, wie Impfdosen für Erst- und Zweitimpfung verplant werden können“ und „Der Abstand zwischen Erst- und Zweitimpfung beträgt 35 Tage.“ Das fanden wir auch gut. Das war auch durchsichtig und transparent und für alle verständlich, auch wenn die Dosen nicht vorhanden waren. Nachdem in der letzten Landtagstagung die Vorwürfe, die im „Hamburger Abendblatt“ bezüglich der Terminvergabe zu lesen waren, mit Vehemenz zurückgewiesen worden sind, bekommen wir jetzt Hinweise aus Kliniken und Einrichtungen, dass die bereits vereinbarten Zweitimpftermine bei Pflegekräften, die immer im Block vergeben werden sollten, sogar bis zu sechs Wochen und zum Teil ohne weiteren Zeitpunkt abgesagt worden sind. Also irgendetwas passt hier tatsächlich nicht zusammen. Ich würde mich über eine Aufklärung des Ministers freuen.

Ich kann verstehen, dass keine Impftermine vergeben werden, wenn keine Dosen verplant werden können. Aber entgegen sämtlicher Ankündigungen dann die Zweitimpftermine zu verschieben, schafft nicht das Vertrauen und die Akzeptanz, die wir für die Umsetzung der Impfstrategie benötigen. Dass man ausgerechnet bei den Pflegepersonen die Termine verschiebt, entspricht der oberflächlichen und wenig überzeugenden Haltung der schwarz-gelbgrünen Koalition gegenüber der beruflichen Pflege.

(Lachen Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Impfbereitschaft der beruflich Pflegenden wurde öffentlich infrage gestellt. Ich muss gestehen, ich fand diese Darstellung extrem befremdlich. Als ob die Pflegenden gerade keine anderen Sorgen hätten, als sich jetzt auch noch öffentlich erklären zu müssen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Pflegeberufekammer bin ich dankbar, dass sie für ihre Mitglieder Expertengespräche zum Thema Impfung angeboten hat. Das Problem ist nicht die mangelnde Bereitschaft, sondern es sind die fehlenden Impftermine, die fehlenden Impfdosen. Um die Impftermine müssen sich die Pflegenden in ihrer Freizeit tatsächlich noch selbst kümmern, da sich anscheinend nicht alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gleichermaßen um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemühen und leider auch keine Blockanmeldungen zur Verfügung stehen. Auch das hatten wir schon einmal im Ausschuss geplant.

Mitarbeitende von ambulanten Pflegediensten, Auszubildende, viele beruflich Pflegenden - zu viele müssen sich allein kümmern und fühlen sich tatsächlich auch alleingelassen. Es wird noch dauern, bis alle Impfwilligen wirklich geimpft werden können. Während Bundesgesundheitsminister Spahn vom Sommer redet, hat Frau Merkel - was ich echt befremdlich finde - aktuell den 21. September 2021 in Aussicht gestellt, fünf Tage vor der Bundestagswahl.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Birte Pauls [SPD]:

Ja. - Ein Schelm, der Wahltaktik dahinter vermutet. Tut mir leid, aber ich finde, es ist nicht an der Zeit, mit den Ängsten der Menschen Wahlkampf zu machen. Deshalb lassen Sie uns weiter in Respekt und Solidarität mit Abstand zusammenstehen, dass wir dieses Virus gemeinsam bekämpfen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es ganz offen: Gemeinsam kommen wir durch diese Krise! Davon lasse ich mich nicht abbringen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Es ist sicherlich manchmal so wie ein Marathonlauf, wo es nicht schön wäre, wenn jemand zum Beispiel bei Kilometer 20 sagt: Die letzten drei

(Dr. Marret Bohn)

gelten nicht, ihr müsst auf Kilometer 19 zurück und dann mit Anlauf weiter nach vorne. - Aber es nützt alles nichts. Wir müssen nach vorne, und wir werden mit den ganzen Ideen - wie wir es auch von Minister Garg gehört haben - durch diese Krise kommen.

Es gibt aber nicht nur das Impfen. Ich glaube, wir sollten nicht den Fehler machen zu sagen, wir impfen und impfen und impfen, und dann haben wir alles im Griff. Das ist leider nicht der Fall. Abstand, Hygiene, Masken, Lüften, Testen, Impfen, Schutz der Risikogruppen und die Antikörpermedikamente - acht Säulen zur Pandemiebekämpfung, nicht nur eine, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist mir total wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Wir müssen auch schauen, dass sich im Moment viele Menschen mit dem Thema Impfen auseinandersetzen. Das kann ich auch verstehen. Und dann kommt so eine Hiobsbotschaft wie in den letzten Tagen, dass der Impfstoff von AstraZeneca nur bei 8 % wirkt. Dann sieht man so eine Meldung und denkt: Das kann doch gar nicht wahr sein. Was ist passiert? - Das ist verwechselt worden. Es ist nicht die Wirksamkeit, sondern es ist der Anteil der Altersgruppe. Also es lohnt sich, in den Originalfachartikel der Zeitschrift „The Lancet“ zu schauen; darin steht es ganz genau. Es ist auch unsere Aufgabe, immer wieder nachzufragen und zu schauen: Stimmen die Nachrichten so, wie sie sind? Sind sie noch einmal von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bestätigt worden? Denen allen kann ich nur danken.

Ich kann Ihnen noch einmal vorlesen, wie viele Firmen im Moment an einem Impfstoff arbeiten oder schon erfolgreich gewesen sind: BioNTech/Pfizer, Moderna, AstraZeneca, CanSino, Gamaleya, Vector, Sinopharm, Sinovac, Bharat, Anhui Zhifei, CureVac, Inovio, Janssen, Medicago, Novavax.

Alle diese Firmen sind auf dem richtigen Weg. Manche haben schon eine Zulassung. Das bedeutet: Wir werden in nächster Zeit mehr Impfstoff haben. Das Problem ist nur: Er kommt uns allen - das geht auch mir so, auch ich bin beim Thema Impfen ungeduldig - nicht schnell genug. Aber sobald er da ist, werden alle diejenigen, die sich freiwillig impfen lassen möchten, ein Impfangebot bekommen.

(Jörg Nobis [AfD]: Aber viele Länder sind da schneller!)

Ich möchte etwas zu dem sagen, was wir als Silberstreif am Horizont bezeichnen. Wir brauchen diesen Silberstreif, wir brauchen eine Perspektive; darüber haben wir heute Morgen gesprochen. Wir brauchen die Zuversicht, dass es weitergeht. Wenn ich mir angucke, dass so viele Menschen händeringend darauf warten, dass sie endlich geimpft werden, ist es auch unsere Aufgabe, das positiv zu begleiten und immer wieder darauf hinzuweisen, dass alles getan wird, was getan werden kann. Da habe ich einen Vorschlag, was wir noch machen können: Wir brauchen nicht nur eine nationale Impfstrategie, wir brauchen nicht nur eine europäische Impfstrategie, sondern wir brauchen eine globale Impfstrategie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Birte Pauls [SPD] und Christian Dirschauer [SSW])

Es geht um ein globales Virus. Anders kann es nicht funktionieren. In einer Zeit der Globalisierung würden wir sonst immer neue Stämme einschleppen, und niemals aus der Pandemie herauskommen. Deswegen werbe ich dafür, dass wir zusammenstehen, nicht nur in Europa, sondern auch global gucken, wie wir durch diese Krise durchkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gerade gesagt worden: Wir haben die Impfzentren, wir haben Freiwillige, in den nächsten Monaten kann geimpft werden. Sie werden es sehen, die Tage werden länger, das Frühjahr kommt. Ich möchte mich nicht festlegen, ob es Ostern wird oder drei Tage oder drei Wochen nach Ostern, aber wir haben eine Perspektive. Auf diese Perspektive steuern wir hin.

Wenn es nicht gleich rundläuft, wird nachgesteuert. Ich kann allen Kolleginnen und Kollegen noch einmal zusagen, dass wir mit Hochdruck daran arbeiten. Insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialministerium, bei den Hilfswerken, dem Staatssekretär Matthias Badenhop und unserem Minister Heiner Garg vielen, vielen Dank und Ihnen vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diplomatisch gesagt ist der Impfstart in Deutschland und Europa etwas holprig verlaufen.

(Dennys Bornhöft)

Das größte Manko seit Anbeginn ist die geringe Menge Impfstoff, die nach Deutschland und in die Bundesländer geliefert wird. Dabei waren die Bundesländer, das Ministerium, die Kreise, die freien Wohlfahrtsverbände, Feuerwehr, Bundeswehr und weitere Akteure sehr gut vorbereitet, schließlich wurden generalstabsmäßig binnen kürzester Zeit Impfzentren aus dem Boden gestampft. Es steht prinzipiell alles bereit, personell wie organisatorisch. In unseren Impfzentren in Schleswig-Holstein könnten wir bei Volllast bis zu 90.000 Personen pro Woche impfen, wenn der Impfstoff da wäre.

Heute hat Corona in Deutschland ein Jahr Geburtstag.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Keine Feier!)

- Nein, definitiv keine Feier. - Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass wir jetzt darüber sprechen, dass wir das Impfen organisatorisch und von der Bestellung her verbessern müssen? Das ist eine große Leistung vor allem von den forschenden Unternehmen, denen man nicht genug Dank aussprechen kann für die Schnelligkeit und Sorgfalt, die von ihnen geleistet wurde.

(Beifall FDP)

Kommen wir zurück zu den Kritikpunkten. Die Kritik an der Beschaffung sowohl vonseiten der Bundesregierung als auch vonseiten der Europäischen Kommission wird von Tag zu Tag lauter. Über „Die Welt“ oder „NDR Info“ bekommt man zu hören, dass die EU-Kommission erst deutlich später zu Vertragsabschlüssen gekommen ist, weil ein primäres Ziel gewesen ist, pro Impfdosis weniger zu bezahlen als die USA, UK oder Israel. Das hat dazu geführt, dass andere Länder bessere Verträge haben.

Dieser Ansatz ist wahrscheinlich ein bisschen nach hinten losgegangen. Der Ansatz war: Man bestellt für 400 Millionen Menschen, man hat einen Skaleneffekt, nimmt eine große Menge ab, das führt zu einem kleineren Einzelpreis. Bei einem knappen Gut wie Impfstoff ist ein solches Vorgehen eher hinderlich. Vielmehr geht es darum, nicht einen günstigen Preis pro Impfdosis zu erzielen, sondern darum, dass der Impfstoff schnellstmöglich verfügbar ist. Das hätte eher der Ansatz sein sollen.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Werner Kalinka [CDU])

Denn was nützt es uns als Gesellschaft und Staat, wenn eine Impfdosis statt 20 € nur 12 € kostet, die Konsequenz aber ist, dass wir den Lockdown immer weiter verlängern müssen, den wir als Staat mit

mehreren Milliarden gegenfinanzieren müssen, beispielsweise für Wirtschaftshilfen, weil die Unternehmen staatlich geschlossen wurden? Diese Kosten muss man gegenrechnen. Da hätte ich als Staat und Gesellschaft lieber eine teurere Impfdosis gehabt, das hätte uns mehr gebracht als das, was momentan der Fall ist.

(Vereinzelter Beifall)

Dass die Milliarden an die meisten Unternehmen noch nicht geflossen sind, weil von der Bundesregierung vollmundig mehr versprochen wurde, als es derzeit der Fall ist, haben wir schon an anderer Stelle ausgeführt; das ist schade.

Eine Grundimmunität der Bevölkerung ist einzig der dauerhafte Ausweg aus der Pandemie und damit auch der Ausweg aus den ständigen, aufeinanderfolgenden Lockdowns. Das muss man sich als Staat leisten können, einerseits erhebliche Ausgaben zu tätigen und andererseits dadurch, dass Leute und Unternehmen nicht arbeiten können, Einnahmeausfälle zu verkraften. Insofern sollte Priorität eins für das politische Engagement und Staatsgelder in Maßnahmen gesteckt werden, die die Infektion verhindern und dazu führen, dass man einen Lockdown gar nicht erst ausrufen beziehungsweise verlängern muss.

Impfen kann Schulschließungen, Berufsverbote und Kontaktverbote verhindern. Das ist der Ansatz. Das haben wir in Schleswig-Holstein sehr früh erkannt. Gesundheitsminister Heiner Garg hat bereits im Sommer 2020 im Sozialausschuss angekündigt, dass Schleswig-Holstein - da haben wir noch gar nicht darüber geredet, welche Impfstoffe theoretisch zu welchem Zeitpunkt zur Verfügung stehen - im Vorwege Impfbestell bestellt, damit es, wenn es losgeht, zur Verfügung steht. Man wollte nicht, dass man einen Impfstoff hat und ihn nicht verabreichen kann. Hier hat das Gesundheitsministerium mit extremer Voraussicht agiert. Alles steht bereit, was fehlt, ist nur der Impfstoff in entsprechender Menge.

In Schleswig-Holstein sind wir seit Ende Dezember 2020 unter den top drei bei den Impfdosen im Bundesländervergleich. 85.000 Personen haben in Schleswig-Holstein die erste Impfung bekommen. Wir haben das größte Interesse, dass diejenigen, die es wollen, schnellstmöglich geimpft werden können, nur ist die Nachfrage - das wurde schon dargestellt - deutlich größer als das Angebot.

Ich teile den Frust, dass man Wochen und Monate warten muss, bis man dran ist; ich kann das nachvollziehen. Auch ich persönlich hätte mich gern

(Dennys Bornhöft)

gestern oder vorgestern impfen lassen und nicht erst morgen, übermorgen oder in ein paar Monaten. Ich teile die Kritik ausdrücklich und kann das nachvollziehen.

Natürlich müssen wir darüber sprechen, was man noch besser machen kann, gerade im Hinblick auf die Daten, wer das größte Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs und gar Versterbens hat; das sind ältere Menschen in stationären Einrichtungen. Insofern ist der Fokus auf mobile Impfteams, die möglichst flächendeckend arbeiten, der richtige Ansatz.

Ich bin froh, dass wir in Schleswig-Holstein ein Terminverfahren haben, das schnell und leistungsstark ist und im Hinblick auf ältere Menschen in Schleswig-Holstein deutlich erleichtert wurde.

Sie sehen, es steht prinzipiell alles bereit, eine Impfstruktur mit Impfbüros, eine Ausweitung der Impfteams, erweiterte Terminvergabe, nur wir brauchen mehr Impfstoff. Jeder, der dazu etwas beitragen kann, soll sich bitte auf der entsprechenden Ebene einbringen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Flensburg gibt es eine Gruppe sehr engagierter E-Sports-Aktivistinnen und -Aktivisten, die in den ersten Tagen des Jahres auf einmal ein ganz neues Feld ihrer ehrenamtlichen Arbeit entdeckten: Sie haben für Ältere die Online-Buchung für die Impftermine übernommen. Vielerorts sind Nachbarn, Familienangehörige und Freunde eingesprungen, um Menschen ohne Smartphone oder Internetzugang einen Impftermin zu buchen. Diesen Menschen gilt mein Dank. Sie machen das, was wir im Norden kennen: ohne viele Worte helfen, wo Not am Mann ist.

(Vereinzelter Beifall)

Dass solche Dienste überhaupt nötig waren, wirft ein eher ungünstiges Licht auf das ursprüngliche Gesamtverfahren. Die Menschen in Schleswig-Holstein wollen die Pandemie aktiv bekämpfen. Sie schränken sich seit Monaten ein und fiebern der Impfung regelrecht entgegen. Und dann kommt der

Dämpfer: Einfach anrufen und einen Termin machen, ging nämlich nicht.

Was im kommerziellen Bereich durchaus gewollt ist, nämlich der Verkauf von Tickets im Handumdrehen, ist in gesundheitlichen Fragen fast das Schlimmste, was passieren kann. So werden nämlich Gesundheitsstrategien gestoppt und Impfwillige frustriert. Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Staat hier als nur bedingt handlungsfähig wahrgenommen - und das leider nicht zum ersten Mal in dieser Pandemie. So zwingt der Lockdown uns alle ins Homeoffice, dort fehlen aber Geräte und Internetkapazitäten. Die Schulen werden geschlossen, aber die Portale holpern vor sich hin. Und jetzt das!

Das Tragen von bestimmten Masken wird vorgeschrieben, ohne dass die entsprechenden Masken allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden. Das frustriert; übrigens auch diejenigen, die an vorderster Front stehen. Die bekommen nämlich den ganzen Stress ab. Ich möchte mir nicht ausmalen, was sich die Kolleginnen und Kollegen in den Hotlines so alles anhören mussten.

Darüber hinaus haben die Pharmaunternehmen auch noch Lieferengpässe angekündigt. Diese Nachricht kam völlig unerwartet, nachdem die Unternehmen zunächst vollmundig große Lieferungen angekündigt hatten. Auf diese Grundlage hatten sich auch die Impfbüros verlassen. Ich konnte mich in Flensburg selbst davon überzeugen, dass mehrere Impflinien problemlos organisiert werden können. Das ist auch in den vorangegangenen Reden schon mehrfach angeklungen. Derzeit läuft aber nur eine Linie durch das Haus, weil der Mangel an gelieferten Impfdosen einen erheblichen Flaschenhals darstellt. Also, wie wird es weitergehen?

Erstens. Zunächst einmal muss weiter deutlich kommuniziert werden, dass die zweite Impfung für die Impflinge der ersten Stunde garantiert ist. Ich würde mir wünschen, wenn das auch in den Medien noch einmal aufgegriffen wird.

Zweitens. Wir werden auch weiter über Prioritäten reden und diskutieren müssen: Welche Gruppen werden wir nach dem medizinisch-pflegerischen Personal und den Älteren impfen können? Wie werden Angehörige der ambulanten Pflege versorgt, auch in der Palliativpflege? Es stellt sich auch die Frage, wie Personen erfasst werden, die nur schwer erreichbar sind, wie zum Beispiel die Pflegekräfte aus Polen und Tschechien, die in ihrem Heimatland gemeldet sind, aber hier arbeiten.

Jede dieser Fragen wirft wieder neue Fragen auf. Es ist also von großer Bedeutung, dass Entscheidungs-

(Christian Dirschauer)

prozesse transparent bleiben. Nur so können wir die anhaltend hohe Impfbereitschaft aufrechterhalten. Alle Anordnungen müssen nachvollziehbar und weiter offen für die Expertise von Verwaltung und Wissenschaft bleiben. Die Geduld der Menschen ist keine unendliche Ressource. Aus diesem Grund begrüße ich ausdrücklich, dass sich der Landtag Zeit nimmt, diese Verfahren zu besprechen, auch und gerade in den Sondersitzungen, wie wir sie hier im Januar hatten.

Vielen Dank auch für die kollegiale Arbeit im Ausschuss, das will ich auch noch einmal ganz ausdrücklich sagen, und den breiten Konsens, den wir dann - bei allen Diskussionen im Detail - doch haben.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Drittens. Dass Menschen ihre Arbeit gut machen, ist für mich fast selbstverständlich. Dass sie gut bezahlt werden, allerdings auch. Das Ehrenamt - zum Beispiel die Freiwillige Feuerwehr oder das THW beim Aufbau der Impfzentren - ist inzwischen eine stabile Säule der Pandemiebekämpfung geworden, gerade in der aktuellen Impfkampagne. Diese Leistungen sollten wir auch nach dem Ende der Pandemie angemessen würdigen.

Viertens. Disziplin in der Debatte: Die Gespensterdiskussion darum, ob und wie die Geimpften von Kontaktbeschränkungen befreit werden, muss aufhören. Die Öffentlichkeit wird extrem verunsichert vom Chor derjenigen, die den dritten oder vierten Schritt vor dem ersten diskutieren wollen.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

So vermittelt man den Eindruck, dass man nicht weiß, was eigentlich vor sich geht. Zunächst muss es darum gehen, dass die Inzidenzwerte sinken. Die Ansteckungsrate muss runter. Die Prozentzahl der Geimpften muss schleunigst zweistellig werden und weiter wachsen. Dann, aber auch erst dann, haben wir eine Grundlage für weitere Überlegungen. Alles andere ist billige PR. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und Birte Pauls [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst auch von meiner Seite aus

vielen Dank für den Bericht, ein Bericht, der über weite Strecken Positionen der AfD und auch die Kritik, die wir seit Monaten äußern, widerspiegelt.

Ein kritisches Betrachten des Regierungshandelns ist erste Aufgabe der Opposition, und insofern sehe auch ich mich in der Pflicht, das Thema Impfen gegen Corona kritisch zu betrachten. Ich habe hier zuvor erklärt, dass ich einen nachhaltig wirksamen und weitgehend ungefährlichen Impfstoff gegen Corona begrüßen würde, denn er kann ein Baustein in der Pandemiebekämpfung sein. Aber es wäre eben nur ein Baustein. Zudem haben wir einen solchen Impfstoff tatsächlich nicht.

Diese Feststellung kann auch hier im Hause niemand wirklich treffen. Auch die Impfstoffentwickler selbst behaupten dies gerade nicht. Die aus den Zulassungsstudien bekannten Endpunkte beziehen sich auch nicht auf die Infektion mit SARS-CoV-2 oder die Infektiosität, sondern einzig auf das Auftreten einer symptomatischen Erkrankung bei infizierten Personen. Vereinfacht ausgedrückt: Geimpfte werden vermutlich seltener erkranken, sie bleiben aber weiterhin ansteckend für andere. Auch wenn es jetzt bereits erste vorsichtige Hinweise auf eine leichte Absenkung der Infektiosität als Folge einer Impfung gibt, so muss man doch feststellen, dass eine Impfung damit praktisch keinen wesentlichen Beitrag in der Infektionseindämmung leistet.

An dieser Stelle müssen wir auch über Grund- und Freiheitsrechte reden. Sie, Herr Minister Dr. Garg, haben kürzlich erst davon gesprochen, dass es absurd sei, über eine allgemeine Impfpflicht öffentlich zu diskutieren, während noch nicht einmal ausreichend Impfstoff für die Gruppe der Priorität 1 vorhanden sei. Was sich für uns zunächst so anhörte, als würden Sie für die Landesregierung eine allgemeine Impfpflicht ablehnen, wurde aber umgehend durch die Frage der Verfügbarkeit eines Impfstoffes wieder eingefangen.

Wir von der AfD haben dazu eine klare Position: Mit uns wird es keine allgemeine Impfpflicht geben. Die Menschen sollen frei und umfassend informiert werden und eigenständig darüber entscheiden, ob sie sich gegen SARS-CoV-2 impfen lassen wollen oder nicht.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ihre Aufgabe und die Ihrer Länderkollegen, Herr Minister, ist es, dafür zu sorgen, dass allen Menschen, die sich impfen lassen wollen, ein geeigneter Impfstoff in ausreichender Menge zur Verfügung steht.

(Claus Schaffer)

(Dennys Bornhöft [FDP]: Ja, guten Morgen!)

Niemand darf dafür benachteiligt werden, wenn er sich aus freien Stücken gegen eine Impfung entscheidet, und niemand darf bevorzugt werden, wenn er sich impfen lässt. Grund- und Freiheitsrechte werden nicht gewährt, sie bestehen. Grund- und Freiheitsrechte dürfen nur in engem und sehr begrenztem Rahmen eingeschränkt werden. Herr Minister Garg, ich fordere Sie hier auf: Lehnen Sie hier und heute eine allgemeine Impfpflicht gegen SARS-CoV-2 für alle klar und unmissverständlich - und ohne Einschränkungen - ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal sagen: Was mein Kollege Christian Dirschauer gesagt hat, ist schon einmal ein guter Ansatz für die einzelnen Punkte, die wir zu absolvieren haben. Ernst Ferstl hat einmal gesagt:

„Selbst aus schlechten Aussichten lassen sich noch gute Einsichten gewinnen.“

Das sollten wir tun. Täglich neue Erwartungen an uns, dauernd Mails, dauernd Anrufe - ein mühseliger Weg trotz unseres umtriebigen Gesundheitsministers, bei dem und dessen Team und den schon mehrfach genannten engagierten Leuten, die in der Gesundheitswirtschaft im Moment dafür sorgen, dass wir durch diese Pandemie durchkommen, ich mich herzlich bedanken möchte.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Immer neue Aussagen für immer das gleiche Problem: zu wenig Impfstoff. Die CSU fordert einen Impfmарathon, die Älteren zuerst, weil virulent - ja. Die Pflege- und Ärztekollegen zuerst, weil virulent, ja. Die Lehrerinnen und Lehrer, die Erzieher in den Kindergärten zuerst, weil sie virulent sind - ja! Ja, ja, ja!

Wir haben aber das Problem der Lieferprobleme, und wir haben das Problem der Übereifrigen, die für alles scheinbar gute Lösungen haben. Helmut Schmidt hat einmal gesagt:

„In der Krise zeigt sich der wahre Charakter.“

Genauso ist das, wenn wir jetzt hören, was beispielsweise unsere Kollegen von rechts zum Ausdruck gebracht haben. Hier zeigt sich der wahre Charakter. Was wir hören, sind in der Regel Verunsicherungen. Was wir nicht hören, sind Lösungen. Und wir brauchen Lösungen. Um den Terminwettbewerb bei den Senioren hat sich unser Gesundheitsminister gekümmert. Es war sehr schlau, eine Eventagentur damit zu beauftragen, die Logistik für diese ganze Geschichte auf den Weg zu bringen, also Profis zu finden. Wir brauchen auch Logistiker für die Pharmaindustrie, die in der Lage sind, die Impfprodukte auf den Markt zu bringen.

Ich sage noch einmal, was John F. Kennedy einmal gesagt hat:

„Das Wort Krise setzt sich im Chinesischen aus zwei Schriftzeichen zusammen. Das eine bedeutet Gefahr und das andere Gelegenheit.“

Nutzen wir also die Gelegenheit, zeigen wir Charakter, überwinden wir den eigenen Vorteil, seien wir ehrlich, seien wir solidarisch, und seien wir transparent mit den Möglichkeiten, die wir haben. Das offene Gespräch muss auch Niederlagen zulassen, meine Damen und Herren. Das ist der Weg, mit dem wir erfolversprechend und mit vielen Menschen gemeinsam eine Lösung finden werden, und wir werden sie bald finden, weil wir diesen Weg offen und klar gehen. Hier gibt es auch einmal Applaus für die andere Seite. - Danke schön.

(Beifall SPD, FDP und Werner Kalinka [CDU])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte Sie nicht ganz enttäuschen, deshalb habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet. Es geht mir nicht darum, länger zu reden als die ursprüngliche Redezeit, sondern darum, noch einmal auf drei Punkte der Debatte einzugehen.

Punkt 1, zum Abgeordneten des SSW: Ich habe Ihre Kritik an der Terminvergabe beziehungsweise an der ausgewählten Firma für die Terminvergabe überhaupt nicht verstanden. Ich will Ihnen auch sa-

(Minister Dr. Heiner Garg)

gen, warum wir uns für diesen Anbieter, einen professionellen Anbieter, entschieden haben. Wir haben das getan, weil nur ein professioneller Anbieter - das erleben gerade die Kolleginnen und Kollegen, die auf das System kv.digital gesetzt haben, in den anderen Bundesländer ganz, ganz bitter - sicherstellen konnte, dass Sie mit einem Anruf oder auch mit einer Online-Registrierung Erst- und Zweitermin auf einmal vereinbaren können, und das dann auch noch im selben Impfzentrum, wenn Sie das möchten.

Dass sich jetzt andere Bundesländer für unser System interessieren, weil sie verzweifeln, kann ich verstehen. Die haben nämlich dasselbe Problem, denselben Flaschenhals, den wir seit dem 4. Januar 2021 erlebt haben, aber das Ganze gleich zweimal, weil Sie da für den ersten und den zweiten Termin zweimal anrufen müssen. Ich bin froh, dass wir uns für diesen Anbieter entschieden haben, denn nur durch die hohe Flexibilität eines absolut professionellen Anbieters war es beispielsweise möglich, den Bypass für die über 80 Jahre alten Menschen jetzt zu beheben. Das könnten Sie bei einem anderen System so nicht leisten. An der Stelle sage ich: Vorsicht mit Vorurteilen, das ist ein hochprofessioneller Anbieter.

Wir werden noch unglaublich dankbar dafür sein, wenn tatsächlich - wir sind ja alle Optimisten - der Zustand eintritt, dass wir uns vor lauter Impfstoffdosenlieferungen gar nicht mehr retten können. Dann ist es doch in unserem höchsten Interesse, dass sehr schnell sehr viele Termine - und zwar Erst- und Zweitermine - vergeben werden können und die Impfzentren voll sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Unser Ziel muss doch sein, dass die Linien alle am Start sind. Mir tut jedes Impfzentrum, das nicht offen hat, jede Impflinie, die nicht besetzt werden kann, weil Impfdosen fehlen, in der Seele weh. Das können wir nur mit einer professionellen Terminvergabe ändern.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann möchte ich auf zwei weitere Punkte eingehen, weil sie immer wieder zu Nachfragen führen. Die Abgeordnete Pauls hat darauf hingewiesen, und ich glaube, es ist richtig und notwendig, die Gelegenheit noch einmal zur Klarstellung zu nutzen.

Punkt 1 sind die Honorare beziehungsweise Vergütungen, die pro Stunde gezahlt werden. Da ist Schleswig-Holstein bei den Ärztinnen und Ärzten, die in den Impfzentren arbeiten, Schlusslicht. Wir vergüten hier die niedrigsten Sätze.

Dagegen gibt es beispielsweise bei den MTA, Frau Abgeordnete Pauls, Tarifverträge sowohl des DRK als auch der Johanniter. Die Landesregierung hat in den Verhandlungen mit den entsprechenden Verbänden darauf bestanden, dass bei den jeweiligen Mitarbeitenden mindestens 20 € pro Stunde landen müssen. Das ist deutlich mehr, als diese Mitarbeitenden beispielsweise bei einer Praxistätigkeit bekommen. Übrigens ist es auch nicht so, dass das, was dort am Ende landet, die Vergütungssätze insgesamt sind; das wissen Sie auch. Insofern bitte ich Sie, das einfach noch einmal in Relation zu setzen.

Bei den Ärztinnen und Ärzten sind das übrigens auch Bruttovergütungen. Das heißt, das ist die Vergütung, die Sie als freiberuflich Tätige mit all den verbundenen Notwendigkeiten in Zusammenhang setzen müssen.

Ich glaube, dass auch die Kritik an der Stelle für Schleswig-Holstein nicht zutrifft. Ich weiß, Sie müssen versuchen, etwas zu finden, was hier nicht so doll läuft.

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt, zum Impfstoff von BioNTech/Pfizer. Dafür gibt es für die zweite Impfung eine Mindestwartezeit von 21 Tagen. Für den Moderna-Impfstoff beträgt die Mindestwartezeit 28 Tage. PEI, RKI und die STIKO haben gesagt, die zweite Impfung muss spätestens nach 42 Tagen erfolgen. Wir haben uns - auch um den zukünftigen Betrieb, wenn beide Impfstoffe, beide mRNA-Impfstoffe, in den Impfzentren eingesetzt werden, nicht unnötig zu erschweren - auf eine einheitliche Wartezeit zwischen Erst- und Zweitimpfung von 35 Tagen geeinigt. Die werden ganz penibel eingehalten. Ich weiß, dass es vereinzelt Ärger darüber gibt, dass es jetzt nicht mehr die 21 Tage, sondern 35 Tage sind.

Ich biete Ihnen an: Wenn Sie irgendwo einen Beleg haben, dass es an irgendeiner Stelle nicht bei den 35 Tagen bleibt, wissen Sie, dass Sie sich schriftlich, mündlich, fernmündlich oder per E-Mail an mich wenden können. Dann bitte ich aber um Benennung von Ross und Reiter. Denn es ist ganz klar und ohne jedes Missverständnis kommuniziert und als Anweisung herausgegeben worden, dass nach 35 Tagen die Zweitimpfung gesetzt wird - überall. Wenn Sie also dafür Belege haben, bitte Ross und Reiter benennen, dann gehen wir dem nach. Das würde nicht gehen.

Ich vermute aber - das muss man zum Abschluss auch sagen -, dass es leider auch hier nicht überall so besonders solidarisch zugeht. Wenn ich zum Beispiel höre, dass die Zweitimpfung nach 35 Tagen

(Minister Dr. Heiner Garg)

deshalb nicht passe, weil man einen Urlaub auf einer kanarischen Insel vorgehabt hätte, dann kann ich nur sagen: Das kann man machen, das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen, das ist mir völlig egal, aber danach können wir unsere Impfstrategie nicht ausrichten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die herzliche Bitte, das Angebot gilt: Wenn Sie klare Belege dafür haben, dass nach 35 Tagen nicht geimpft wird, dann schicken Sie uns das gern rüber. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Minister hat erneut 7 Minuten gesprochen. Diese Zeit steht nun auch den Fraktionen beziehungsweise dem Zusammenschluss der AfD stehen 4 Minuten zusätzlich zur Verfügung. - Zu Wort gemeldet hat sich zunächst Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil mir scheint, dass jetzt in der Schlussfolgerung der erste Teil in der Debatte und das, was der Minister zu den Problemen mit den Impfstoffen vorgetragen hat, ein bisschen in den Hintergrund gerät, wenn wir uns sozusagen allzu doll in den Verfahrensfragen verlieren.

Ich meine damit, wenn hier teilweise in den Beiträgen das Wort vom Staatsversagen auftaucht: Wir sollten uns hüten, das so zu formulieren. Das möchte ich hier ganz deutlich sagen. Teilweise ist das hier so gesagt worden. Am Ende ist die Frage der Impfungen - das geregelt zu bekommen - eine, die über Gesundheit und Leben von ganz vielen Menschen entscheidet. Das muss uns klar sein.

Deswegen würde ich mir eigentlich wünschen, dass das, was Sie gesagt haben, Herr Minister, dazu führt, dass sich die 16 Gesundheitsminister der Länder hinstellen und sagen, wir regeln das alles mit dem Verfahren, bei allen Unterschieden, die wir haben, aber wir verlangen vom Bund, und zwar hörbar, weil es eben um Gesundheit und Leben von Menschen geht, dass die Impfstoffe zur Verfügung gestellt werden. Es ist nicht ein Versprechen wie jedes andere, dass der Bundesgesundheitsminister gesagt hat, bis zum Sommer kann das jeder bekommen, der es will. Wenn das nicht eingehalten wird, dann ahne ich, dass die mit dem Staatsversagen

richtig Auftrieb kriegen werden. Deswegen ist das ganz wichtig, finde ich, und eben nicht eine Forderung wie jede andere.

Es geht am Ende auch um die Kraft von sozialer Marktwirtschaft. Wenn die Leute den Eindruck haben, es geht am Ende darum, hier noch ein paar Renditen rauszuhandeln, oder das Gefühl haben, wir finden es irgendwie billiger, knapp zu bestellen, anstatt zu sagen, wenn wir halt mehr Impfstoffe haben, dann gibt es genügend arme Länder auf dieser Welt, die sich freuen würden, wenn sie von uns das kriegen würden, was wir dann übrig haben. Das ist ein Luxusproblem. Das ist wirklich ein Luxusproblem. Es ist also in jedem Fall wirtschaftlich, sich um schnelle Impfungen zu kümmern. Ich finde, das müssen wir tun.

Etwas anderes geht mir auch ein bisschen gegen den Strich, wenn hier nämlich gesagt wird, es sei eine Unzeit, über Bürgerrechte zu reden. Debatten lassen sich in einer Demokratie nicht verbieten. Jeder weiß natürlich, dass sich, solange wir nicht wissen, ob Geimpfte noch ansteckend sind, und wir nicht genügend Impfstoff haben, die Frage nicht konkret stellt. Aber es ist trotzdem kein Luxus, darüber zu reden, dass es auf Dauer nicht zulässig sein wird, jemanden, wenn er für andere nicht mehr ansteckend ist, in seinen Bürgerrechten einzuschränken. Das wird nicht gehen. Gerichte werden gar nicht zulassen, dass das so ist. Das müssen wir einfach wissen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Werner Kalinka [CDU])

Deswegen finde ich es, ehrlich gesagt, weniger gut, hier Leuten Debatten zu verbieten. Das finde ich in einer Demokratie sowieso eigenartig. Man darf über alles debattieren. Aber es geht darum, wichtig und unwichtig voneinander unterscheiden zu können - hier geht es wirklich um die Gesundheit und das Leben von ganz vielen Menschen -, darum, dass wir es schaffen, dass Deutschland und Europa nicht schlechter ist als Kanada und andere Teile dieser Welt, die begriffen haben, man muss von allen Impfstoffproduzenten, woher sie auch immer kommen, das bestellen, was man kriegen kann.

Mich macht es hoffnungsfroh, dass ich gehört habe, es gebe jetzt Firmen, die in der Lage und willens seien, Impfstoff für andere herzustellen. Jetzt wünschen wir aber keine ewigen Vertragsverhandlungen, wie man sie so kennt, sondern es muss im Sommer losgehen, und zwar so schnell wie möglich.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD und SSW)

Und jeder Ort der Welt sollte sagen: „Macht das bei uns“ - übrigens auch Schleswig-Holstein. Wenn wir einen Ort haben, an dem so etwas geht, dann sollten wir anbieten, das zu machen, sodass die entsprechenden Unternehmen ermutigt werden, Impfstoffe zu produzieren. Ich glaube, hier zeigt sich sogar die Überlegenheit von freiheitlicher Demokratie. Ich habe noch nie jemanden hier im Haus oder sonst wo gehört, dem etwas Besseres zur Besiegung des Coronavirus eingefallen ist, als dass die Leute möglichst schnell geimpft werden.

Dann ist übrigens das, was uns die Rechtsradikalen hier im Hause über Bürgerrechte und so was erzählen wollen, alles Kokoloeres. Die Behauptung, Impfungen nützen gar nichts, ist ein solcher Quark, sage ich mal - das ist, glaube ich, noch einigermaßen parlamentarisch -, dass ich mich da schütteln muss. Aber wie dem auch immer sei, das können Sie nur dadurch widerlegen, dass Sie die Leute so schnell wie möglich impfen. Es wäre ein Segen für uns, wenn wir nicht mehr alle drei Wochen eine Regierungserklärung zu Corona hätten und über Einschränkungen reden müssten, weil die Leute so geimpft sind, dass sie immun sind, und im Sommer endlich wieder einen Teil unseres normalen Lebens zurückhaben. Dafür sollten wir mit aller Kraft streiten.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag, Drucksache 19/2707, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Abstimmung zu a): Antrag des Abgeordneten Dr. Frank Brodehl, Drucksache 19/2695. Es ist beantragt worden, über den Antrag, Drucksache 19/2695, in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der Abgeordneten Brodehl und von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Abstimmung zu c): Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2670, und Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2675. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 19/2670 abzulehnen?

(Zuruf: Ja!)

- Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Abgeordneten der AfD, der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen von SPD und SSW bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Frank Brodehl abgelehnt.

Ich lasse nun über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2675, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Alternativantrag in der Fassung der Drucksache 19/2708 mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP, CDU, der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein, der Abgeordneten der AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Frank Brodehl angenommen.

Abstimmung zu d): Beschlussempfehlung des Sozialausschusses im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 14 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung, Drucksache 19/2709. Mit der Drucksache 19/2709 haben die Mitglieder des Sozialausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mit ausschließlich der Gegenstimme der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Bundesländer in die Mittelvergabe im Rahmen des Aufbauinstruments Next Generation EU einbeziehen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2561

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Fundament bei der Mittelvergabe aus den EU-Fonds zur Bewältigung der Pandemie- und der Klimakrise

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2627

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

b) European Green Deal muss auch in der Krise die sozialökologische Wende bringen!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2608

Lockdown-Folgen bekämpfen, Wirtschaft effektiv stärken, EU-Vorgaben der Krise anpassen

Alternativantrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2651

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Heute geht es nicht nur um Europa, sondern heute geht es auch um unser zukünftiges Leben und um die Nachhaltigkeit. Deswegen will ich auch aufgrund der Vielfalt der Anträge aus unterschiedlichen Fraktionen versuchen, das Ganze ein wenig allgemeiner zu halten.

Was ist das Kernziel? Das Kernziel teilen wir alle hoffentlich alle gleichermaßen und unterstützen es auch alle gleichermaßen. Das Kernziel in Europa heißt Green Deal. Green Deal wurde von unserer Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf den Weg gebracht. Wer hätte das gedacht? Da könnte sich also auch die CDU jetzt unterstützend äußern. Also Ursula von der Leyen ist Kommissionspräsidentin in der EU und hat es geschafft, den sogenannten Green Deal politisch auf den Weg zu bringen.

(Beifall CDU)

Das ist ein sehr guter Schritt in die richtige Richtung. Warum ist meine Rede allgemeiner gehalten? Das deshalb, weil es tatsächlich um die großen Ziele für unsere Zukunft geht. Green Deal heißt, einfach gesprochen, wir wollen spätestens für das Jahr 2050, und das über mehrere Zwischenschritte, die wir auch bemessen werden, ein klares Ziel ausgeben: 2050 klimaneutral in allen Bereichen der Produktion, in allen Bereichen des Konsums und 2050 möglichst viel Nachhaltigkeit so, wie wir sie verstehen.

Ich nenne die Erklärung aus dem Forstbereich, die Sie hoffentlich alle kennen. Es geht darum, nur das im täglichen Leben zu verbrauchen, was natürlich

nachwächst oder ausgeglichen werden kann. Es geht um den Begriff der Nachhaltigkeit im Dreiklang zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Komponente. Das betrifft alle Bereiche in unserem täglichen Leben, egal, ob es um den privaten Konsum, die Produktion in der Landwirtschaft oder auch in der Industrie geht. Es geht um unser Verbraucherverhalten, um den Umgang mit der Natur, mit dem Klima insbesondere; das schließt auch die Mobilität ein. Das sind all die Dinge, die Sie kennen.

Das geeinte Europa macht mit 500 Millionen Menschen nicht einmal 10 % der Weltbevölkerung aus. Es muss daher im Bereich der Nachhaltigkeit als Vorbild dienen für alle anderen Völker.

Deswegen verdient dieses Thema Aufmerksamkeit. Wir unterstützen hier aus Schleswig-Holstein mit einem vorbildhaften Green Deal den Bund und gehen in eine richtige Richtung.

(Beifall CDU)

Auf dem Weg dorthin gibt es natürlich auch ausreichend Mittel zur Unterstützung und Abfederung nicht nur sozialer Härten, nicht nur zum Ausgleich für mehr Ausbildung zur Nachhaltigkeit, nicht nur im persönlichen Konsumverhalten, nicht nur bei der Energiewende, sondern insbesondere auch bei den intensiv verbrauchenden kohle-, öl- und gasverbrauchenden Energiezweigen, die abfedernd aus diesem Topf gespeist und ausgeglichen werden. Es ist ein Aufbaufonds für die Next Generation, der Just Transition Fund JTF. Das Geld wird auf Bundesebene - hoffentlich in Zusammenarbeit mit den Ländern - verteilt. Darauf wird der Europaminister garantiert eingehen. Wir aus Schleswig-Holstein fordern - da sind wir uns mit der SPD einig -, dass die Bundesländer dort ein Mitspracherecht haben müssen.

Ein ganz stark betroffener Zweig auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit ist natürlich die Landwirtschaft. Sie sehen aktuell an den Demonstrationen in Berlin, dass die Landwirtschaft nicht nur Landwirte umtreibt, sondern die ganze Gesellschaft. Klar ist, dass die Landwirte Probleme mit dem, was gefordert wird, haben: mehr Tierschutz, weniger Pflanzenschutz, weniger Düngung, weniger Medikamente. Es ist ein schwieriger Weg, auf dem wir deutlich machen müssen, dass wir unsere heimische Landwirtschaft unterstützen, begleiten und fördern, damit wir nicht Schiffbruch erleiden und nachher zu schlechteren Standards produzierte landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland einführen. Auch das müssen wir ganz klar benennen.

(Heiner Rickers)

Unsere Bauern brauchen klare Vorgaben für Produktionsintervalle, aber auch für einen Stallbau der Zukunft, der 30 Jahre lang dienlich sein muss. Da nenne ich nur die Idee einer Borchert-Kommission und eine Düngeverordnung, die wir schon erfolgreich mit den Landwirten für den Gewässerschutz umgesetzt haben.

Ich nenne das Verbot des Kastrierens von Ferkeln, das ohne Betäubung umgesetzt wurde,

(Vereinzelte Heiterkeit)

also mit absoluter Schmerzausschaltung. Im nächsten Jahr kommt das Verbot des Tötens männlicher Küken, die bei der Legehennenproduktion anfallen. All diese Dinge geht diese Landwirtschaft an. Ich mache es kurz: Wir müssen am Ende aufpassen, dass wir nicht schlechtere Standards importieren. Auch das gehört zum Green Deal.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Bitte kommen Sie zum Schluss.

Heiner Rickers [CDU]:

Wir müssen die Idee von Schleswig-Holstein ziel führend bundesweit unterstützen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Kay Richert [FDP])

Gern diskutieren wir das Ganze im Umwelt- und Agrarausschuss und natürlich im Europaausschuss.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor gut einem Jahr, im Dezember 2019, haben die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und EU-Kommissar Frans Timmermans einen European Green Deal vorgeschlagen: Breit angelegt, mit Maßnahmen in vielen Politikbereichen, hat er ein klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050 zum Ziel. Ein klimaneutrales Europa - was für eine schöne Vorstellung! Dieses Ziel ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, zusammen mit der ebenso wichtigen Forderung des Europäischen Parlaments nach einer starken sozialen Komponente und einer sozialen Abfederung des Übergangs, ein Herzensanliegen. Der Just Transiti-

on Fund hat das Wort „gerecht“ nicht von ungefähr in seinem Titel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon vor der Coronapandemie war klar, dass unserer Gesellschaft ein Wandel bevorsteht. Die Auswirkungen des Klimawandels wurden und werden immer stärker sichtbar. Mit der Pandemie stehen wir vor einer neuen, zusätzlichen gesellschaftlichen Herausforderung. Zu befürchten ist, dass die zu bewältigenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Coronapandemie die Bekämpfung des Klimawandels als eine der zentralen Herausforderungen Europas in den Hintergrund treten lassen.

Auch die sozialökologische Wende, wie sie der European Green Deal skizziert, könnte aus dem Blick geraten. Dabei muss er gerade jetzt mit Nachdruck verfolgt werden. Der Green Deal verbindet die notwendigen Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz mit Handlungsanweisungen, um den sozialen Konsequenzen erfolgreich zu begegnen. Zu dieser nachhaltigeren Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft muss sich auch die Landesregierung in der Umsetzung in Schleswig-Holstein verpflichten. Die Farm-to-Fork-Strategie, ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft, die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie 2030 und eine europäische Wasserstoffstrategie sind wichtige Bestandteile des Green Deal. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Das alles kann und muss auch hier in Schleswig-Holstein aktiv gestaltet und umgesetzt werden.

Dazu gehören aus unserer Sicht auch ehrgeizigere Reduktionsziele als das von der Kommission vorgeschlagene Klimagesetz. Das Europäische Parlament hat mit einer vorgeschlagenen Reduktion von 60 % der Emissionen bereits gut vorgelegt. Ich finde es sehr schade, dass der Rat im Dezember bei den von der Kommission zuletzt vorgeschlagenen 55 % geblieben ist. Da ginge mehr!

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Je ambitionierter die Ziele sind, desto wichtiger ist es, dass die sozialen Auswirkungen des ohne Zweifel notwendigen Strukturwandels in der Arbeitswelt immer mitgedacht werden, und zwar gemeinsam mit den Menschen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht abgehängt werden. Deshalb fordern wir die Verankerung von gezielten Weiterbildungs- und Umschulungsprogrammen für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben jetzt

(Regina Poersch)

die Chance, die Wirtschaft nachhaltig zu gestalten und zukunftsgerichtete, nachhaltige Jobs und gute Arbeit zu schaffen.

Der Green Deal muss das Fundament für alle EU-Ausgaben sein, sowohl für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen als auch für den Wiederaufbaufonds zur Bewältigung der Folgen der Coronapandemie. Zum Aufbaufonds ist mir wichtig zu betonen, dass mit ihm ein wichtiger Paradigmenwechsel in der europäischen Finanzpolitik einhergegangen ist. Gemeinsame Kredite, die letztlich auch dem europäischen Binnenmarkt zugutekommen, sind gelebte Solidarität und vielleicht der zentrale Erfolg der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Der Antrag der Koalition zum Fonds für den gerechten Übergang und zum Aufbaufonds geht dabei in die richtige Richtung. Aus unserer Sicht entscheidende Punkte fehlen darin aber. Ich will als Beispiel die Forderung von Europäischem Parlament und Ausschuss der Regionen nennen, auch andere Regionen als Kohleregionen zu unterstützen. Das findet sich in unserem Alternativantrag wieder.

Wir finden außerdem - wie schon gesagt - die Initiative des Europäischen Parlaments unterstützenswert, auf mögliche soziale Härten achtzugeben, die sich aus der Umstrukturierung des Arbeitsmarktes ergeben werden. Es muss ein gerechter Übergang gestaltet und erreicht werden, bei dem niemand zurückgelassen wird. Das müssen wir auch als Ziel kommunizieren.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass trotz der zu bewältigenden Folgen der Coronapandemie die Ziele des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen und dann in den letzten Monaten vom Europäischen Parlament konkretisierten European Green Deal ambitioniert umgesetzt werden. Schleswig-Holstein muss hier - gemeinsam werden wir das tun - seiner Verantwortung für eine sozial-ökologische Wende gerecht werden. Ich freue mich auf die Beratung in den Ausschüssen, die vom Kollegen Heiner Rickers eben skizziert wurde. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf hier heute für meinen Kollegen Herrn Voß, der gerade im Ausschuss der Regionen ist - natürlich digital und nicht in Präsenz - und uns dort vertritt, die Rede halten.

Ich danke zunächst einmal meinen beiden Vorrednerinnen und Vorrednern. Lieber Herr Rickers, ich bin ganz begeistert, wenn ich solche Töne von Ihnen höre und Sie diesen Green Deal so loben. Ich freue mich auf die Umsetzung.

Meine Damen und Herren, der erste europäische Reflex auf den drastischen Anstieg der Coronainfektionen waren nationale Alleingänge und geschlossene Grenzen. Doch sehr schnell wurde deutlich: Man kann eine Coronakrise nicht national bewältigen. Man kann auch die daraus folgenden wirtschaftlichen Krisen nicht national bewältigen, und man kann auch die Klimakrise nicht national bewältigen.

Es ist daher ein wichtiger Schritt, dass es im Juli und dann final im Dezember gelungen ist, die Mitgliedsländer für einem zusätzlichen 750 Milliarden € Next Generation Aufbaufonds zusammenzubringen; öffentliche Investitionen und Reformen, insbesondere für einen grünen und digitalen Aufbau - ein wahrlicher Kraftakt. Wir alle wissen um die Haushaltsberatungen, die in der EU stattgefunden haben.

Nun muss dieser Aufbau sinnhaft und Erfolg sichernd angegangen werden. Dafür ist es unerlässlich, dass die Bundesländer an der Verteilung der Mittel beteiligt werden. Es ist gut, dass wir das hier heute fordern. In der Kombination mit den Klimazielen aus dem Green Deal sollen diese Mittel ja gerade den Ländern und Regionen mit ihren individuellen Anforderungen zugutekommen.

Was alle Länder jetzt brauchen, sind zukunftsfähige Investitionen und die Ausrichtung der Wirtschaft auf zukunftsfähige Produktivität. Europas Wirtschaftsaufbau nach der Krise muss das Ziel der Klimaneutralität haben. Sie haben es erwähnt, es geht jetzt um das Jahr 2050. An dieser Stelle muss ich vielleicht doch ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Es gibt mittlerweile Studien vom Fraunhofer Institut und von anderen, die besagen, dass da-

(Eka von Kalben)

mit die Begrenzung auf 1,5 °C nicht erreicht werden kann und dass wir im Grunde genommen noch ehrgeizigere Ziele brauchen, wenn wir der Klimakrise in irgendeiner Form noch gerecht werden wollen. Dass diese kurz bevorsteht, können wir an den Bildern aus der Arktis und anderen Regionen sehen, die uns immer wieder erreichen.

Es ist kurzsichtig und überhaupt nicht zielführend, wenn wir jetzt in fossile Technologien investieren. Das sage ich besonders mit Blick auf die Abgeordneten der AfD mit ihrem unsäglichen Antrag, den wir selbstverständlich ablehnen werden.

Eine wirtschaftliche Erholung ist nur möglich, wenn auf Nachhaltigkeit und Erneuerbarkeit gesetzt wird. Fossile Technologien heute zu installieren oder aufzurüsten, hieße letztlich draufzuzahlen. Der Chef des UN-Entwicklungsprogramms, Achim Steiner, mahnt schon lange an, mehr in die Märkte von morgen zu investieren, in nachhaltige Infrastruktur und Zukunftstechnologie. Er hat recht. Es ist richtig, dass wir jetzt in der Pandemie Wiederaufbauhilfe leisten, aber es ist zwingend notwendig, dass diese Mittel jetzt direkt im Sinne des großen Ganzen sinnvoll investiert werden.

Der scheinbare Widerspruch, der immer wieder aufgemacht wird, zwischen wirtschaftlichem Erfolg, Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit ist kein echter. Im Gegenteil: Langfristiger wirtschaftlicher Erfolg setzt ein stabiles Ökosystem und ein gelingendes Gemeinwesen voraus. Sonst fehlt nämlich der soziale Frieden, um erfolgreich zu wirtschaften.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Klimaschutzindex von German Watch und dem New Climate Institute zeigt leider deutlich, dass weltweit noch nicht annähernd genug getan wird, um die in Paris selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Die EU insgesamt steht an 16. Stelle. Dänemark befindet sich auf Platz 6, lieber SSW, weil es frühzeitig die richtigen Weichen gestellt hat. Deutschland steht an 19. Stelle. Das kann uns schlichtweg nicht genügen.

(Lars Harms [SSW]: Hättet ihr mal mehr auf uns gehört!)

Der Green Deal, den die neue EU-Kommission vorgelegt hat, und insbesondere die Beschlüsse des Europaparlaments zur Anhebung der Klimaziele stimmen mich vorsichtig optimistisch; vorsichtig optimistisch, dass jetzt offenbar der Wille bei vielen Akteurinnen und Akteuren auf der europäischen politischen Bühne vorhanden ist, jetzt endlich zügig voranzuschreiten. Positiv und optimistisch hat mich

auch die Rede unseres Koalitionspartners gestimmt. Und es macht Hoffnung, dass sich die politischen Verhältnisse in den USA wieder gewendet haben und auch von dort wieder Signale zum Klimaschutz kommen.

Meine Damen und Herren, klimaneutrales Wirtschaften und soziale Gerechtigkeit - wir brauchen beides, das eine geht nicht ohne das andere. Die vorliegenden Anträge der SPD begrüßen wir in vielen Punkten, und ich hoffe, wir werden in den Ausschussberatungen zu einem gemeinsamen Beschluss kommen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Wandel zu einer CO₂-freien oder auch nur CO₂-armen Welt ist eine Notwendigkeit, an der es bei - so glaube ich - jedem, der Politik seriös betreibt, keinen Zweifel geben darf. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass die Coronapandemie ein Gamechanger ist und das Spielfeld, auf dem wir uns bewegen, fundamental verändert. Wir wissen ferner, dass der Wandel zu einer klimaneutralen Welt ohne die Menschen im Lande und ohne die Menschen auf der Welt nicht funktionieren wird. Diese Sätze stehen für mich ganz bewusst am Anfang.

Frau Kollegin Poersch, zu dem Satz Ihrer Rede, die Maßnahmen des European Green Deal müssen so gestaltet sein, dass die Menschen bei diesem Umbau auch mitgenommen werden, sage ich: Dieser Satz steht am Ende Ihres Antrags und das auch nur in der Begründung. Ich finde das bemerkenswert, weil „mitnehmen“ allein nicht reicht. Die Menschen dürfen Veränderungen nicht als Bedrohung wahrnehmen, sondern sie müssen eine Chance darin sehen. Genau dazu sagen Sie mir in Ihrem Antrag deutlich zu wenig. Sie bieten in Ihrem Antrag nur eines an: Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme.

Ich stelle mir einmal vor, die Koalition würde einen Antrag zu den Folgen der Pandemie einreichen und darin sagen: Dann geht Ihr Unternehmen eben pleite, wir bieten dafür Umschulungs- und Weiterbil-

(Stephan Holowaty)

dungsmaßnahmen an. - Ich glaube, die Folge wäre ein veritabler Shitstorm gerade aus Ihrer Fraktion.

(Beifall FDP)

Die Transformation unserer Wirtschaft hin zu weniger CO₂-intensiven Prozessen und zu CO₂-neutralen Prozessen ist eine Notwendigkeit, aber das geht nicht gegen wirtschaftliche Prinzipien, das geht nicht auf Kosten von Arbeitsplätzen, das geht nicht auf Kosten von Freiheit, das geht nicht auf Kosten von Wohlstand.

(Beifall FDP)

Fahren, Reisen, Autonomie in der Lebensführung, Freude am Leben - Corona zeigt uns doch gerade, wie wichtig diese Werte für die Menschen draußen im Land sind.

(Beifall FDP - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann kommt halt der Überschwemmungs-Lockdown!)

Deshalb sage ich Ihnen sehr deutlich: Nach dem Corona-Lockdown direkt in den Klima-Lockdown, das wird schlicht nicht funktionieren.

(Beifall FDP)

Auch das Abfedern von sozialen Härten ist doch nicht das, was Menschen sich am Ende des Tages langfristig wünschen. Frau Poersch, meinen Sie wirklich, dass die Planwirtschaft, auf die Sie mit Ihren Vorschlägen zusteuern, also ein Leben ohne Wachstum, ein Leben ohne Chancen oder mit weniger Aufstiegschancen, Menschen mitnimmt oder gar langfristig zufrieden macht?

(Martin Habersaat [SPD]: Alle Wege führen nach Moskau, Herr Holowaty!)

- Na ja, wenn Sie fahren, wahrscheinlich. Dann geht der Zug in der Tat nach Moskau.

Meine Damen und Herren, wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass Menschen mehr in ihrem Leben wollen als eine bescheidene Grundversorgung durch den Staat. Mindestlohn, Sozialwohnung und Grundrente können ein Sicherheitsnetz bilden, sind aber keine Lebensentwürfe für eine Gesellschaft. Menschen wollen Chancen für ihr Leben. Sie werden nach Corona übrigens viel nachholen wollen, sei es Freude am Leben, sei es ein guter Job, sei es gutes Geld, oder sei es Urlaub außerhalb von Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP)

Deshalb müssen wir, und das ist der wesentliche Unterschied zu dem, was in Ihrem Wahlprogramm

drinsteht, Frau Poersch, den Green Deal effizienter machen. Deshalb müssen wir die Politik wirksamer machen. Wir müssen etwas für den Klimaschutz tun und darüber neue Chance erschließen. Dazu braucht es aber zum Teil, wenn man sich die Vorgehensweisen und Vorschläge der EU-Kommission ansieht, schlicht und ergreifend eine Wende im Kopf.

Zum Beispiel Emissionshandel: Mit handelbaren CO₂-Zertifikaten und einer klaren Mengengrenzung der Zertifikate können die Emissionen sehr kurzfristig kontrolliert runtergefahren werden. Klimaschutz wird so garantiert. Was aber macht die Große Koalition in Berlin? Sie erhöht einfach die Steuern auf Benzin. Wer dies bezahlen kann, kann sogar noch mehr fahren und noch mehr Benzin verbrauchen. Statt Steuererhöhungsspiralen brauchen Sie einen Emissionshandel mit einem CO₂-Deckel, der Jahr für Jahr sinkt und damit Innovationen und nicht den CO₂-Ausstoß befeuert.

(Beifall FDP - Martin Habersaat [SPD]: Dann kann auch jeder mehr verfeuern, der mehr bezahlen kann! Das ist Ihnen schon klar, oder?)

- Nein, Herr Kollege. Wenn Sie einen CO₂-Deckel haben, dann bedeutet das, dass die Gesamtemissionen sinken müssen, weil es nicht mehr Zertifikate gibt, als momentan verbraucht werden darf. Sie werden also nicht im gesamten Volumen steigen können.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweites Beispiel: Technologieneutralität. Die EU - übrigens mit tätiger schwarz-rot-grüner Unterstützung - setzt komplett einseitig auf E-Mobilität. Es gibt jedoch Alternativen, die sowohl ökologisch besser als auch ökonomisch deutlich effizienter sind. Denken Sie beispielsweise an das Thema Wasserstoffautos; dafür kann auch grüner Wasserstoff genutzt werden. Denken Sie an das Thema E-Fuels.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, Corona hat das Spielfeld fundamental verändert. Ich vermisse in Ihrem Antrag das Innovative. Ich vermisse in Ihrem Antrag das Neue. Ihr Antrag ist eine Wiederholungssendung Ihres Wahlprogramms, mehr leider nicht.

(Beifall FDP)

Aber wir stehen auch für zweite Chancen.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte jetzt zum Schluss.

Stephan Holowaty [FDP]:

Lassen Sie mich zum letzten Satz kommen. - Wir Freie Demokraten stehen für zweite Chancen, wenn der erste Versuch - wie bei diesem Antrag - danebengegangen ist. Über die Frage, welche Veränderungen die Coronapandemie herbeiführt und welche Folgerungen sich in diesem Zusammenhang für den Green-Deal ergeben, möchten wir gern im Europaausschuss mit Ihnen diskutieren. Ich bin zuversichtlich, dass wir dort sogar eine vernünftige Lösung finden werden. - Danke schön.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe zu einem Europathema selten so viel Stimmung erlebt. Dabei haben die Koalitionäre doch gesagt, dass über beide Anträge im Europaausschuss diskutiert werden sollte, weil sie zusammen vielleicht etwas Gutes ergeben könnten. Es mag zwar sein, dass sich in dem SPD-Antrag auch Inhalte des Europawahl-Programms wiederfinden; aber nicht darüber, sondern über „Next Generation EU“ und den Green Deal wollen wir sprechen, und zwar im Europaausschuss.

Eka von Kalben hat gefragt: Wieso liegt Dänemark auf Platz 6?

(Zuruf Stephan Holowaty [FDP])

- Ja, lieber Kollege Holowaty, warum wohl? In der Kommune Sønderborg ist man einen Deal mit der Landwirtschaft eingegangen. Mit dem dort produzierten Gas werden die dortigen Busse betrieben. Damit wurde es möglich, die CO₂-Werte schnell auf null zu reduzieren.

Wir müssen auf unser Klima achten. Wir haben eine Klimakrise, und diese war schon vor der Pandemie da. Die Pandemie, das heißt die riesengroße Corona-Herausforderung, ist noch dazugekommen. Beide Herausforderungen zusammen müssen wir europaweit gemeinsam bewältigen.

Wenn wir auf das Klima achten wollen, dann geht es uns nicht darum, kein Wachstum mehr zu haben. Wir wollen nicht, dass es uns wirtschaftlich

schlechter geht. Das ist möglich, wenn wir mit unseren Ressourcen nachhaltig umgehen. Wir müssen neue Wege finden und dabei auch „The Next Generation“ im Blick haben; denn auch die kommende Generation möchte eine Zukunft haben.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde es richtig, dass wir im Europaausschuss genau darüber reden wollen.

Wir alle wissen: Wir stehen vor einem Wiederaufbau. Den Wandel müssen wir gemeinsam aktiv gestalten. Auch die EU muss umweltfreundlicher, digitaler, sozialer und robuster werden. Nur so kommen wir stärker, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger aus der Krise.

Ich habe schon sehr viel gesagt und füge nur noch hinzu: Der European Green Deal beinhaltet ein umfangreiches Maßnahmenpaket. Mit diesem müssen wir die sozial-ökologische Wende zeitnah und gemeinsam mit den Menschen - mit den Menschen! - umsetzen. Denn die Menschen wollen wissen, wie sie individuell konkret davon profitieren. Der Green Deal darf keine leere Wortblase sein. Deshalb müssen wir zügig vorankommen.

Wenn wir uns anschauen, inwieweit die nachhaltige Modernisierung der Landwirtschaft gelungen ist, Kollege Rickers, dann müssen wir feststellen, dass wir von den angedachten Zielen noch weit entfernt sind. Dabei fließt der Löwenanteil der EU-Gelder nach wie vor in die auch für uns bedeutsame Agrarpolitik und die Strukturfonds. Insoweit müssen wir also besser werden.

In puncto Energiewirtschaft ist es absolut sinnvoll, nicht nur den Kohlesektor in den Blick zu nehmen, sondern allumfassend und sektorenübergreifend zu denken.

Wir in Schleswig-Holstein haben eigentlich die besten Voraussetzungen dafür, einen sozial-ökologisch, nachhaltigen und bezahlbaren Wirtschaftsstandort aufzubauen. Natürlich sind wir noch mitten im Pandemiemanagement. Trotzdem - oder vielleicht gerade deshalb - können wir schon jetzt versuchen, den Weg der Reform und damit den Weg der Verantwortung und des sozialen Zusammenhalts zu beschreiten - strukturiert, vor Ort und gemeinsam mit den Menschen. Deshalb freue ich mich auf die Beratungen im Europaausschuss.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beginne mit Erlaubnis des Präsidiums mit einem Zitat:

„Die jetzt schon ambitionierten Ziele ausgerechnet in Zeiten wie diesen überzogen erhöhen zu wollen, ist eine politische Instinklosigkeit.“

Mit diesen Worten kommentierte der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates die von der EU-Kommission propagierte Anhebung der sogenannten Klimaschutzziele auf 55 % bis 2030. Zusatzbelastungen wie diese seien gerade mit Blick auf die Corona- und Lockdown-Rezession Gift für die Wirtschaft.

Genau hier liegt das Problem: Seit die gegenwärtige Präsidentin der EU-Kommission die sogenannte Klimaneutralität bis 2050 ausgerufen hat, herrscht geradezu ein Überbietungswettbewerb, den sogenannten European Green Deal immer weiter zu verschärfen. In diese Kerbe schlägt nun auch die SPD, die einmal mehr versucht, die Grünen vor sich herzutreiben. Dabei spielt die aktuelle Notlage, in der sich die Volkswirtschaften in ganz Europa befinden, offensichtlich gar keine Rolle.

Genau dieser Wettlauf um die am weitesten gehende klimapolitische Forderung muss beendet werden. Gerade in Bezug auf die Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für die Automobilhersteller ab 2030 benötigen wir doch zuerst eine Bewertung der sich daraus ergebenden Konsequenzen; sonst bleiben alle Ziele reine Spielerei. In diesen Zeiten sollte die Bekämpfung der Lockdown-Folgen absolute Priorität haben - so, wie es unser Alternativantrag zum Ausdruck bringt.

Bereits im November ging der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wegen Corona und Lockdown um 5,1 % zurückgehen werde. Wir halten das noch für ausgesprochen optimistisch. Je länger dieser unverhältnismäßige Lockdown anhält, desto schwerwiegender wird der Schaden für die Wirtschaft, besonders für kleine und mittelgroße Betriebe, auch in diesem Jahr sein.

Dazu kommen die langfristigen Schäden aufgrund zurückgestellter Investitionen, gebrochener Liefer-

ketten und eines Anstiegs der Arbeitslosenzahlen. In einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Folgen der Lockdown-Krise nicht einmal ansatzweise überwunden sind, verbietet es sich aus unserer Sicht, die bundesdeutsche und die EU-weite Wirtschaft den Zielen einer ideologisch motivierten Klimapolitik unterzuordnen und damit weitere Schäden zu verursachen. Unverhältnismäßig ansteigende Kosten beim kopflosen Umbau der Energieversorgung beinhalten das Risiko von strukturellen Brüchen. Diese EU-Politik riskiert die Abwanderung wichtiger Industriezweige in Nicht-EU-Länder. Damit ist niemandem geholfen, übrigens auch nicht der Umwelt, da in Drittländern oftmals geringere Auflagen bestehen.

Eine Verschärfung von Vorgaben der EU-Kommission unter dem harmlos klingenden Titel „European Green Deal“ lehnen wir ganz klar ab. Beenden wir den Irrweg, die Wirtschaft in Europa komplett umbauen zu wollen! Ich möchte gar nicht wissen, was hinter der Phrase vom „sozialökologischen Wandel“ steckt; das sind ja Horrorszenarien.

Von den EU-Mitgliedstaaten, die von den Coronafolgen stark betroffen sind, müssen die EU-Mittel, die jetzt ja freigegeben sind, ziel- und zweckgerichtet eingesetzt werden - ja. Aber deren Verwendung muss auch streng kontrolliert werden; denn ein Unter-die-Arme-Greifen durch reine Umverteilung von Steuergeldern in marodere Volkswirtschaften oder korrupte Systeme darf es nicht geben, auch nicht in der EU. Die EU benötigt wirtschaftlich gesunde und politisch stabile Mitgliedstaaten. Eine weltfremde und verblendete EU-Kommission mit diesen Zielen braucht niemand.

Wir lehnen den Antrag der SPD ab und bitten um Zustimmung zu unserem Alternativantrag.

Dem Antrag zur Mittelvergabe können wir zustimmen, da hierin das sehr wichtige Prinzip der Subsidiarität betont wird. Auch den dazu eingebrachten Alternativantrag der SPD lehnen wir als völlig realitätsfern ab. Einer Aussprache im Ausschuss steht natürlich nichts entgegen. - Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz, Claus Christian Claussen.

**Claus Christian Claussen, Minister für Justiz,
Europa und Verbraucherschutz:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ein wesentlicher Baustein des Aufbaufonds „Next Generation EU“ ist der Fonds für einen gerechten Übergang, der Just Transition Fund, kurz JTF. Er soll die Effekte des Übergangs der Wirtschaft zur Klimaneutralität bis 2050 abmildern und ist damit ein wesentlicher Baustein des Europäischen Green Deal. Die Unterstützung aus dem JTF soll sich auf Maßnahmen zur Umstellung der Wirtschaft, zur Umschulung betroffener Arbeitnehmer und zur Unterstützung bei der Arbeitssuche konzentrieren.

Für Deutschland wird der JTF-Betrag bei insgesamt etwa 2 Milliarden € für den EFRE und den ESF liegen. Auch Schleswig-Holstein hatte sich zwischenzeitlich Hoffnungen auf JTF-Mittel gemacht. Nach der anfänglich geplanten Anwendung des JTF in den Kohleregionen in Deutschland war mit allen Bundesländern über die Möglichkeit des JTF-Einsatzes gesprochen worden. Voraussetzung dafür sollte eine besondere Betroffenheit von Transformationsfolgen der Wirtschaft sein. Anfang September hatte das Bundeswirtschaftsministerium dann aber die Bundesländer darüber informiert, dass der Koalitionsausschuss der Bundesregierung beschlossen hatte, dass Deutschland die zu erwartenden Mittel für vom Bund zu finanzierende Vorhaben des Konjunktur- und Zukunftspaketes sowie zur Erfüllung der Zusagen des „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“ einsetzen wird.

Im Haushaltsentwurf des Bundes für 2020/21 sind die Einnahmen aus dem JTF bereits für ein JTF-Bundesprogramm aufgenommen worden. Dies ist den Bundesländern erst im Nachgang mitgeteilt worden. Mitsprachemöglichkeiten gab es nicht. Zwischenzeitlich hat es eine Verständigung innerhalb der Bundesregierung zwischen Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium gegeben, dass der JTF auch im Rahmen von Landesprogrammen verwendet werden kann, allerdings soll sich das nur auf die Kohleländer beziehen. Nähere Einzelheiten beziehungsweise eine offizielle Unterrichtung der Länder liegen bislang aber nicht vor.

Ich möchte das klar formulieren: Die bisherigen Planungen der Bundesregierung sind nicht mit dem Ziel des europäischen Gesetzgebers in Einklang zu bringen. Sie verstoßen gegen das Prinzip der Additionalität und damit einen der gesetzlich verankerten Grundsätze der Europäischen Strukturfonds und könnten vor allem andere EU-Staaten dazu verlei-

ten, ihre Haushalte ebenfalls mit EU-Mitteln zu entlasten.

Finanzielle Zuwendungen und Zuweisungen aus den Strukturfonds müssen eine Ergänzung der nationalen öffentlichen Ausgaben darstellen und nicht selbige ersetzen. Dies sieht offenbar auch die EU-Kommission so, die die Mittelplanung der Mitgliedstaaten genehmigen muss. Die Verwendung der Europäischen Strukturfonds wurde bislang stets zwischen Bund und Ländern abgestimmt, und diese gute, gelebte Praxis muss fortgesetzt werden.

Die Landesregierung hat bereits mehrfach - unter anderem in der Europaministerkonferenz oder auch auf der Ebene der Ministerpräsidenten - deutlich gemacht, dass sie eine Verwendung der Mittel ausschließlich für den Bundeshaushalt entschieden ablehnt. Diese Position wird die Landesregierung weiterhin vertreten, auch im Zusammenwirken mit den Regierungen der anderen Länder.

Dass es auch anders geht, zeigen die Mittel aus der REACT-Initiative zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie, die im Rahmen der von den Bundesländern jeweils verwalteten EFRE-Programme eingesetzt werden. Hier findet eine eigenverantwortliche Mittelvergabe durch die Länder statt, ohne die Einmischung des Bundes. Und dazu sage ich: Das ist gut so.

Die Landesregierung unterstützt auch über den JTF hinaus die Umsetzung des Green Deal mit den Aktivitäten unseres Hanse-Office durch Initiativen und Abstimmung im Bundesrat sowie auf der Ebene der Ministerkonferenzen. Wir sind also in dem Bereich schon tätig geworden. Die Bundesregierung hat die wesentlichen Bausteine des Green Deal im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft erfolgreich verhandelt. Wegweisend ist insbesondere der vom Europäischen Rat im Dezember gefasste Beschluss für ein ambitioniertes Klimaziel der EU. Demnach sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 netto um mindestens 55 % gegenüber 1990 reduziert werden.

Auf Landesebene haben wir in den letzten Monaten zahlreiche klima- und energiepolitische Initiativen vorgelegt. Ich nenne beispielhaft den Bericht zur Evaluation und Novellierung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes, die Wasserstoffstrategie und die deutliche Verstärkung von Fördermitteln für die Energiewende und den Klimaschutz.

Der Green Deal muss natürlich auch die Landwirtschaft umfassen. Hierzu hat die EU-Kommission mit der Vom-Hof-auf-den-Tisch-Strategie und der Biodiversitätsstrategie vielfältige Maßnahmen in Aussicht gestellt und das notwendige Ineinander-

(Minister Claus Christian Claussen)

greifen von Umwelt- und Agrar Themen deutlich gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gesellschaftlichen beziehungsweise verbandspolitischen Konfliktlinien verlaufen auf EU-Ebene letztlich auch nicht anders als in Schleswig-Holstein. Das Landwirtschaftsministerium hat Ende 2018 einen Zukunftsdialog Landwirtschaft gestartet, der in den nächsten Monaten fortgesetzt beziehungsweise abgeschlossen werden wird. Es bleibt dann festzustellen: Die Landwirte fühlen sich in Teilen von den vielfältigen Erwartungen der Gesellschaft überfordert, während die Verbraucherinnen und Verbraucher vor allem die unkonditionierte Zahlung von Agrarprämien kritisieren.

Vor diesem Hintergrund besteht Einigkeit, dass das künftige finanzielle Budget der Gemeinsamen Agrarpolitik viel zielgerichteter als bisher eingesetzt werden sollte. Nach der Einigung auf EU-Ebene wird sich daher zeitnah die Frage stellen, wie der verbleibende Spielraum für die nationale Umsetzung genutzt wird. Entsprechende Vorarbeiten sind von der Agrarministerkonferenz bereits angestoßen worden.

Voraussichtlich Ende dieses Jahres werden wir auch hier im Landtag beraten, wie konkret und mit welcher Kofinanzierung wir die Maßnahmen in Schleswig-Holstein umsetzen werden. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 1,5 Minuten verlängert. Diese Zeit steht jetzt theoretisch auch allen Fraktionen zu - ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung zu a): Antrag Drucksache 19/2561 und Alternativantrag Drucksache 19/2627. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2561 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/2627 in den Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b): Antrag Drucksache 19/2608 und Alternativantrag Drucksache 19/2651. Es ist beantragt worden, den Antrag

Drucksache 19/2608 federführend in den Europaausschuss und mitberatend in den Unterausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Dann ist das mehrheitlich so beschlossen.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse über den Alternativantrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD abstimmen, Drucksache 19/2651. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Dann ist das mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 21:

Neubestimmung der Zusammensetzung und der Zahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß § 26 Absatz 2 Landesverfassungsschutzgesetz

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2667 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Bevor wir in die Abstimmung eintreten, weise ich Sie darauf hin, dass der Abgeordnete Claus Schaffer nach der Abstimmung eine Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten gemäß § 46 Absatz 2 Geschäftsordnung des Landtags abgeben möchte.

Ich schlage vor, über den Antrag Drucksache 19/2667 in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein beziehungsweise einer Enthaltung dieser beiden angenommen.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der soeben beschlossene Antrag sieht eine Neubesetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums vor und begründet dies mit dem Wegfall des Fraktionsstatus der AfD im Landtag. Eine aufgrund des recht sensiblen Themas dringend gebotene Debatte im Landtag soll es nicht geben, und daher folgt hier meine Erklärung zum Abstimmungsverhalten.

(Claus Schaffer)

Es ist eine Aufgabe der Opposition im Landtag, die Landesverfassungsschutzbehörde, die der Landesregierung untersteht, über das Parlamentarische Kontrollgremium zu kontrollieren. Aus gutem Grund dürfen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über im Landtag vertretene Parteien nur dem jeweiligen Mitglied im PKG mitgeteilt werden; das gilt zumindest noch. Hierbei gilt es ganz besonders, eine politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes gegen eine Oppositionspartei im Landtag zu verhindern.

Meine Damen und Herren, die AfD stellt rund 10 % der Opposition im Landtag dar.

(Unruhe)

Der vorliegende Antrag hat offenkundig einzig das Ziel, eine Ihnen missliebige Oppositionspartei aus der parlamentarischen Verfassungsschutzkontrolle herauszudrängen. Damit öffnen Sie Tür und Tor für jene politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes.

Dass wir als Demokraten uns dem nicht anschließen, dürfte wohl niemanden verwundern. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Unruhe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 11 und 12 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2668

b) Wahl von Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Wahlvorschlag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2692

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über die Wahlvorschläge abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit

der Mitglieder des Landtags auf sich vereint, § 26 Absatz 3 Landesverfassungsschutzgesetz.

Ich lasse zunächst über den Wahlvorschlag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/2692, abstimmen. Wer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Wahlvorschlag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2668, abstimmen. Wer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist mehrheitlich so beschlossen. Damit sind die vorgeschlagenen Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 A auf:

Sofortprogramm für eine kostenlose Maskenabgabe in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2728

Versorgung mit medizinischen Masken sicherstellen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2738

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Verehrte Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit dieser Woche gilt eine verstärkte Maskenpflicht in unserem Bundesland. Selbst genähte Masken dürfen nicht mehr im Einzelhandel und im öffentlichen Nahverkehr benutzt werden. Mit der Verwendung von medizinischem Mund- und Nasenschutz oder FFP2-Masken soll die Ausbreitung des Coronavirus weiter eingedämmt werden.

Wir haben viel über den Schutz von Masken gelesen; viele Studien beweisen, dass die medizinischen OP-Masken den Menschen gegenüber sicherer schützen als die einfache Mund-Nasen-Bedeckung. Allerdings ist nicht jede typische blaue Maske, die man in Supermärkten kaufen kann, wirklich eine

(Birte Pauls)

medizinische Maske. Oft fehlen die Zulassung nach DIN EN 14683 und das CE-Zeichen für die gesetzliche Qualitätsanforderung. Also eine trügerische, aber günstigere Sicherheit.

Sehr viel sicherer sind hingegen die Masken mit den Standards KN95/N95 oder die sogenannten FFP2-Masken. Sie schützen nicht nur den Menschen gegenüber, sondern auch den Träger selbst, nicht nur vor Tröpfchen, sondern auch vor Aerosolen.

Der Beschluss der Länder und der Bundeskanzlerin hatte ja einen Grund, nämlich einen verbesserten Schutz der Menschen in der Öffentlichkeit. Herr Ministerpräsident - jetzt ist er nicht da -, wenn Sie ihre eigenen Beschlüsse ernst nehmen, dann sollten Sie konsequent danach handeln.

Lassen wir die Menschen mit dieser Pflicht und den damit verbundenen Kosten allein und riskieren so eine Umgehung des besseren Schutzes? - Nee, wir Sozialdemokraten sind der Meinung: Wir sollten konsequent sein und zügig dafür sorgen, dass alle gratis Zugang zu den besser schützenden Masken bekommen.

(Beifall SDP)

Denn nicht jeder kann sich die teuren FFP2-Masken leisten. Sehr viele Menschen haben durch die Coronapandemie zusätzlich finanzielle Schwierigkeiten bei gleichzeitig coronabedingtem Mehrbedarf. Deshalb ist die Ankündigung von SPD-Bundessozialminister Hubertus Heil, dass es eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes II geben soll, absolut richtig. Da braucht es auch keine langjährigen Bundesratsinitiativen, wie von der Jamaika-Koalition stolz verkündet. Sie frönen da nur ihrem Lieblingssport und finden einmal mehr keine gemeinsame Linie. Deswegen schieben Sie die Verantwortung wieder Richtung Berlin. Das können Sie richtig gut!

Schon jetzt können Arbeitslosengeld-II-Empfänger für Mehrbedarfe Zuschüsse beantragen. Menschen mit geringem Einkommen können ebenfalls darüber in den Bezug kommen. Aber das ist doch alles viel zu aufwendig, kostet Zeit, und vor allen Dingen wissen das viele Betroffene gar nicht. Deshalb ist der kurzfristig vorgelegte Antrag der Koalition wenig zielführend, wenn ich Gesundheitsschutz konsequent denke.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Studierende, Schülerinnen, Schüler und Auszubildende, die typischerweise mit Bus und Bahn unterwegs sind, haben Sie in Ihrem Antrag gar nicht berücksichtigt. Die Landesverordnung gilt auch für

Kinder ab sechs Jahren - darüber müsste man diskutieren -, auch die berücksichtigen Sie in ihrem kurzfristig vorgelegten Antrag nicht.

Die schwarz-grün-gelbe Koalition will Familien mit Kindern zusätzlich belasten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen besonders in der Zeit einer aktuell höheren Ansteckungsgefahr durch einen mutierten Virus einen Gesundheitsschutz, der nicht vom Geldbeutel und nicht von der Lebenssituation abhängt.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Deshalb fordern wir zeitnah gratis FFP2-Masken und keine neuen Bürokratiemonster - wie die Maskenverteilung der Krankenkassen an die über 60-Jährigen. Das ist ein gutes Beispiel für eine schlechte Umsetzung von eigentlich hilfreichen Maßnahmen. Zum Dezember 2020 angekündigt, haben noch lange nicht alle über 60-Jährigen die fälschungssicheren Coupons von ihrer Krankenkasse für die FFP2-Masken bekommen, die ihnen von Minister Spahn zugesichert worden sind.

Deshalb braucht es jetzt und hier eine ganz schnelle pragmatische Lösung, denn die Pflicht gilt bereits ab Montag. Wo die Masken verpflichtend vorgeschrieben sind, müssen die Menschen auch gratis Zugang zu den Masken erhalten. Genauso ist es dringend, dass in allen Bereichen der stationären und ambulanten Pflege und der gesamten medizinischen Versorgung FFP2-Masken vom Arbeitgeber vorgehalten werden.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es ist mit neuen Verordnungen noch ein Problem aufgetreten; auch das haben Sie nicht im Blick gehabt: Die medizinischen Masken sind, wie ich eben schon sagte, auch für Kinder ab sechs Jahren vorgeschrieben, bloß leider kriegt man diese passenden Masken für Kinder in Apotheken nicht und auch sonst nirgendwo, weil sie für Kinder nicht produziert werden. Das haben Sie ignoriert.

Die Landesregierung hat gestern die von uns seit Langem geforderte Inzidenzampel vorgestellt. Das ist gut so. Dann seien Sie doch bitte auch so konsequent und sorgen dafür, dass alle daran mitwirken können, die Infektionszahlen tatsächlich zu drücken! - Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat beginnen. Das Zitat lautet:

„Da beschäftigen sich Leute mit Masken, die davon keine Ahnung haben.“

Das ist eine sehr deutliche und provokante Aussage vom Vorstandsvorsitzenden des UKSH, von Professor Dr. Jens Scholz in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“.

Zugegeben: Kaum einer von uns - bis auf Frau Bohn, soweit ich das weiß - ist Mediziner oder Experte in dem Bereich Masken und Schutz vor Coronaviren. Trotzdem müssen wir uns täglich damit beschäftigen. Selbstverständlich holen wir uns hierbei Rat von Expertinnen und Experten ein. Die Aussage, die auch Professor Scholz formuliert hat, ist durchaus überzeugend. Er sagt, die OP-Masken seien sinnvoller als FFP2-Masken. Diese bieten auch in den Operationssälen ausreichend Schutz und werden dort auch benötigt und auch regelmäßig verwendet, so Scholz, nicht etwa die FFP2-Maske. Die FFP2-Masken müssen auch richtig getragen werden. Wenn diese nicht richtig anliegt, was aufgrund der festen Form schwerer ist als bei der OP-Maske, wiegt sich der Träger oder die Trägerin in einer vermeintlichen Sicherheit, die möglicherweise überhaupt gar nicht vorhanden ist.

Vor diesem Hintergrund macht es wirklich Sinn, dass sich die Regierung für eine Maskentragpflicht ausgesprochen hat, die ausdrücklich auch die OP-Masken umfasst. Wir können also schon einmal feststellen, dass eine Ausgabe von FFP2-Masken an die Bürgerinnen und Bürger, wie die SPD das fordert, nicht zwingend notwendig ist, denn die OP-Masken sind mindestens genauso gut.

Und dennoch: Ob nun FFP2- oder OP-Maske - man muss sie sich tatsächlich leisten können, denn sie sind, wir wissen das alle, relativ teuer. Für uns ist eine Ausgrenzung an der Teilhabe nicht vorstellbar und darf nicht sein, nur weil man sich die geeignete Maske nicht leisten kann. Da nun auch Fachleute und die Wissenschaft die OP-Maske empfehlen und befürworten, gibt es zudem einen finanziellen Nebeneffekt: Die OP-Masken sind kostengünstiger als die FFP2-Masken. Für Menschen mit wenig Einkommen ist der zusätzliche Kauf von Schutzmas-

ken trotzdem eine finanzielle Herausforderung. Hierbei wollen wir sie unterstützen.

Deswegen hat das Land Schleswig-Holstein eine Bundesratsinitiative gestartet, Menschen, die Grundsicherungsleistungen wie Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter oder bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, erhalten eine Sonderzahlung in Höhe von 20 € um sich die notwendigen Masken selbst kaufen zu können.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir können jedoch keine Verpflichtung zum Maskentragen einfordern und einen Verstoß dagegen sogar mit einem Bußgeld belegen, wenn ein Teil der Gesellschaft nicht in die Lage versetzt wird, dieser Verpflichtung auch wirklich nachzukommen. Besonders wichtig ist zudem, dass mit der Bundesregierung vorher geklärt wird, dass eine Sonderzahlung nicht auf den Leistungsbezug angerechnet werden darf. Es darf hierbei kein Rechte-Tasche-linke-Tasche-Verfahren geben, das ist uns wichtig.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Stephan Holowaty [FDP] - Serpil Midyatli [SPD]: Alles andere macht ja auch keinen Sinn!)

Sollte die Bundesregierung mit dieser Maßnahme zu lange auf sich warten lassen - die Gefahr besteht ja durchaus -, dass die Geld- oder Sachleistungen ausgekehrt werden, wird die Landesregierung Haushaltsmittel bereitstellen, um an jede und jeden Leistungsberechtigten eine Sonderzahlung in Höhe von 20 € auszukehren. Zudem prüfen wir auch Schritte, inwieweit das Land Masken in den öffentlichen Verkehrsmitteln, Supermärkten oder Geschäften auch so zur Verfügung stellen kann. Unterstützungsbedürftige Menschen sind zumeist selbst in der Lage, sich die notwendigen Masken zu besorgen, wenn sie denn das notwendige Geld dafür haben. Dies ist eine aus unserer Sicht sehr unbürokratische Möglichkeit, den Menschen zu Masken zu verhelfen und dadurch einen Beitrag zu mehr Sicherheit zu leisten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Pauls, ich habe wirklich versucht, Ihnen ganz genau zuzuhören, aber ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie den Antrag, den wir von Jamaika vorgelegt haben, wirklich gelesen haben. Ich bin erstaunt, weil wir uns beim Ziel - Infektionsschutz darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Ja, das ist richtig - hier doch alle einig sind. Da legen wir so einen Antrag vor. In kürzester Zeit wird hier auf Hochtouren in der Regierung gearbeitet. Ich glaube, es ist eine Rekordzeit, in der diese Bundsratsinitiative auf den Weg gebracht wird. Dann sagen Sie nicht: „Super, wir sind uns einig, das ist gut für die Menschen in Schleswig-Holstein“, sondern Sie sagen: „Nö, das ist nicht gut“. Ganz ehrlich: Das verstehe, wer will, ich verstehe das nicht.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung Birte Pauls [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Frau Abgeordnete Dr. Bohn, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, im Moment keine Zwischenfrage. Ich möchte gern erst einmal meine Punkte hier vortragen.

Die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin hat entschieden, dass im öffentlichen Nahverkehr, beim Einkaufen und beim Besuch von Pflegeheimen medizinischer Mund-Nasen-Schutz - oder Maske, wie es jetzt umgangssprachlich heißt - getragen werden muss. Das ist richtig, das ist sinnvoll, das ist klug. Ich finde das klasse, dass die Kanzlerin immer wieder sagt: Wir sind noch nicht gut genug, es muss weitergehen. Es ist bestimmt auch nicht leicht für sie, aber den Weg finde ich genau richtig. Wir können alle froh und dankbar sein, dass unsere Regierung immer vorne mit dabei ist und konstruktiv mitarbeitet.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Für Menschen mit wenig Geld ist das wirklich eine Herausforderung. Meine Sorge ist, dass der Preis dieser Masken wieder nach oben schnellen könnte. Dann haben wir ein immer größer werdendes Problem. Das müssen wir doch gemeinsam verhindern. Da können Sie von der Opposition sich doch nicht hier hinstellen und sagen: FFP2-Masken für alle,

jetzt sofort und gleich, und wie die das regeln, das sollen sie mal selbst entscheiden. - Das finde ich wirklich nicht konstruktiv. Ich finde es genau richtig, dass die Bundesregierung handelt. Nach unseren Informationen - wir sind jetzt in der Opposition in Berlin - finden diese Woche noch Gespräche im Bundeskanzleramt statt. Der Kollege Peter Lehnert hat da einen direkten Draht zu der CDU-Fraktion.

(Peter Lehnert [CDU]: Nein! - Zurufe - Dennys Bornhöft [FDP]: Der hat die Faxnummer!)

Ich gehe davon aus, dass die SPD-Fraktion das auch hat. Wenn die Bundesregierung handelt und medizinische Masken zur Verfügung stellt, dann freuen wir uns doch für alle in Schleswig-Holstein.

Ich sage aber auch ganz deutlich: Wenn die Bundesregierung das nicht tun wird - schauen Sie doch in unseren Antrag -, dann haben wir schon vorab den Weg ausgewiesen, wie wir ans Ziel kommen. Ich finde, am Ende des Tages macht das Jamaika aus. Ich finde, das ist eine gute Initiative. Es wäre schön, wenn Sie dem zustimmen könnten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem verpflichtenden Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung soll die Gefahr einer Infektion in öffentlichen Verkehrsmitteln und Geschäften weiter gesenkt werden. Die Konkretisierung überrascht auch nicht unbedingt, wenn man sich hier und da angesehen hat, mit was für Lappen oder auch grob Gehäkeltem so manche Person in Bus oder Bahn, im Geschäft, aber auch im Bundestag oder Landtag unterwegs gewesen ist, Letztere vor allem AfD- oder Ex-AfD-Abgeordnete.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Alles erlaubt!)

- Der richtige Herr Kollege hat sich auch gerade schon angesprochen gefühlt. Vielen Dank dafür, Herr Brodehl.

Insbesondere FFP2-Masken stellen einen finanziellen Mehraufwand dar, der teilweise nur schwer zu

(Dennys Bornhöft)

wuppen ist. Nun gibt es unterschiedliche Ansätze, dieser Problematik Herr zu werden. Loben möchte ich an dieser Stelle zum Beispiel das Engagement so mancher Verkehrsbetriebe, wie es sie in Nordrhein-Westfalen teilweise gibt, die von sich aus bereits tausende Masken bestellt und ihren Kunden kostenlos zur Verfügung stellen. Das ist ein guter Ansatz und ein gutes Engagement.

(Beifall FDP, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Uns allen ist ganz klar, dass der Zutritt zu Bus und Bahn und Supermarkt natürlich keine Frage des Sich-leisten-Könnens einer medizinischen Maske sein darf. Denn gerade diejenigen, die aus einkommensniedrigeren Haushalten kommen, haben meist kein eigenes Auto und sind umso mehr auf ÖPNV oder Fernverkehr angewiesen. Eine entsprechende kostenlose oder kostengünstige Abgabe von Masken sollte daher ermöglicht werden. Hier sollten nicht nur SGB II und SGB XII herangezogen werden, auch Studierende und Azubis haben es derzeit finanziell schwerer und müssen natürlich mitbedacht werden.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Zur Debatte um Kosten gehört aber auch Folgendes: Es gibt keine ausschließliche FFP2-Maskenpflicht. Auch OP-Masken sind zulässig. OP-Masken gibt es beispielsweise - das kann man selbst nachschauen - online zu 9 € inklusive Versand für 100 Stück, was deutlich günstiger ist. FFP2-Masken sind mittlerweile auch schon für unter 1 € beim Discounter zu haben. Das sind Preise, von denen man vor ein paar Monaten noch nicht ausgegangen ist, aber es zeigt, dass das System prinzipiell - auch unter Einbeziehung der Supermärkte - funktioniert. Es ist sinnvoll, für unterschiedliche Situationen unterschiedliche Maskenarten zu haben.

Ich möchte noch einen kleinen Schwenk machen. Ich möchte diese Landtagsdebatte nutzen, um eine Debatte aufzugreifen, die es innerhalb der Bevölkerung gibt, und zwar Wider das Führen von FFP2-Masken im alltäglichen Gebrauch wie zum Beispiel beim Einkaufen. Sicherlich haben Sie Zusendungen bekommen oder in den sozialen Medien gelesen, dass es unterschiedliche Beiträge gibt, ob und inwieweit FFP2-Masken - nicht die OP-Masken, sondern FFP2-Masken - der Weisheit letzter Schluss für den Alltagsgebrauch sind.

Ich muss gestehen, es ist momentan relativ schwierig, an valide Informationen zu kommen, wie es mit dem längeren, über mehrere Stunden langen Tragen von FFP2-Masken im Alltagsgebrauch ist. Man

muss sich schon ziemlich tief in die Webseiten des Robert-Koch-Instituts, des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte als auch der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin einlesen.

Hat man dort endlich ein konkretes Dokument gefunden, ist es häufig so, dass man in der Historie oder durch Screenshots anderer Artikel feststellt, dass sich diese Artikel in den letzten Tagen massiv verändert haben. Erschwerend kommt hinzu - das ist der Anlass, aus dem ich es hier aufgreife -, dass in den sozialen Medien und einigen Online-Portalen komische Meldungen umhergeistern wie zum Beispiel - ich zitiere diese Falschmeldung -: RKI gibt zu, FFP2-Masken seien eine Gefahr für die Gesundheit.

Die betreffenden Artikel sind häufig mit echten Zitaten des Robert Koch-Instituts gespickt, die aber aus einem ganz anderen Zusammenhang stammen und so erst einmal seriös wirken. Man muss, wie gesagt, ordentlich ins Detail gehen, um herauszubekommen, dass diese Aussagen irreführend sind. Man muss genauer hineinschauen, wozu sich das RKI positioniert hat, beispielsweise in die FAQ, die häufig gestellten Fragen und die Antworten dazu. Dann stellt man fest, dass es bisher überwiegend nur Studien im Arbeitskontext gibt. Dort wird auf Herstellerangaben verwiesen: Wer die Masken regelmäßig zur Arbeit nutzt, soll die eine oder andere Maske aufgrund des Atemwiderstandes nicht länger als 75 Minuten am Stück tragen.

Weitergehende Empfehlungen seitens des RKI für den allgemeinen Gebrauch gibt es noch nicht. Studien dazu stehen noch aus. Das sollte entsprechend berücksichtigt werden. Das finde ich bei dieser Debatte wichtig, weil immer wieder verkürzt - Markus Söder sei Dank - auf die FFP2-Maske verwiesen wird. Nein, wir haben auch die Vorgabe des medizinischen Mund-Nasen-Schutzes, der OP-Maske, die häufiger und im Zweifelsfall sogar besser ist. Frau Rathje-Hoffmann hat schon erklärt, dass die FFP2-Maske anders zu tragen ist. Wenn man sie nicht richtig anlegt - ich musste das selber auch lernen; jetzt habe ich zum Glück nicht so viel Bart -, ist es deutlich schwieriger. Wenn man sie nicht richtig aufsetzt, ist sie sogar wirkungslos. Deswegen ist der Mund-Nasen-Schutz, die OP-Maske, heranzuziehen.

Ich sehe gerade, dass meine Zeit abläuft. Insofern bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vertrauen in die Politik ist eine kostbare Ressource. Dieses Vertrauen wird gerade in Krisen auf eine harte Probe gestellt. Im Rahmen des Infektionsschutzes greift der Staat in der Coronapandemie tief in die Grundrechte und die täglichen Routinen der Bürgerinnen und Bürger ein. Die Kontaktbeschränkungen schränken das Privatleben in einer nie da gewesenen Form ein.

Bislang hat die weit überwiegende Mehrheit die Vorgaben mit großer Sorgfalt umgesetzt. In den Bussen, beim Einkaufen oder an der Tankstelle werden Abstands- und Hygieneregeln weitgehend eingehalten. Dafür vielen Dank.

Doch was passiert jetzt? Zweierlei. Die Zahl der Menschen, die sich mit Corona anstecken, geht zum einen noch nicht runter - zumindest nicht so, wie wir uns das vorstellen. In einigen Regionen wachsen die Inzidenzwerte; neue Hotspots in Altenheimen und Krankenhäusern kommen hinzu. Das hat bedeutet, dass unsere Maßnahmen weiter verschärft werden mussten.

Zum anderen mehren sich die Anzeichen, dass auch die emotionalen Reserven aufgebraucht sind. Nach Monaten der sozialen Isolierung gehen viele regelrecht auf dem Zahnfleisch. Die Kinder vermissen das Toben mit Gleichaltrigen und wir Erwachsene das entspannte Gespräch in vertrauter Runde und Nähe. Man wird ungeduldiger und fühlt sich ausgelagt. Der Mensch ist eben ein soziales Wesen, das auf das Miteinander ebenso angewiesen ist wie ein Baum auf das Wasser.

Wir, die Politik, müssen beide Entwicklungen in Einklang bringen: steigende Inzidenzzahlen und die abnehmende Kraft der Menschen.

Ich war schon vor Corona davon überzeugt, dass bei Gesetzen und Verordnungen auch immer die notwendigen Mittel hinzugehören. Das Konnexitätsprinzip kennen wir hier. Oder, anders ausgedrückt: Wer die Zeche bestellt, muss sie auch bezahlen.

Wenn in Coronazeiten eine Anordnung erfolgt, gilt für mich das Gleiche. Wenn also das Tragen einer FFP2-Maske oder einer anderen medizinischen Maske vorgeschrieben wird, dann müssen gleich-

zeitig die Voraussetzungen geschaffen werden, dass alle Menschen diese Masken erhalten.

(Beifall SSW und SPD)

Diese Verkopplung von Anordnung und Zurverfügungstellung der Masken dient auch dazu, dass die Menschen weiterhin Vertrauen zur Kompetenz staatlicher Maßnahmen haben. Das ist elementar. Deshalb unterstützen wir den Antrag der SPD.

(Beifall SSW und SPD)

Als SSW wollen wir, dass alle, auch Hartz-IV-Empfänger, Wohnungslose oder Bezieher kleiner Einkommen, mehrere Masken erhalten können. Ich habe einige Fälle vor Augen, die in dem Jamaika-Antrag - der wirklich in die richtige Richtung geht, Frau Kollegin Bohn - einfach nicht erfasst sind. Wie ist es mit Wohngeldempfängern? Wie ist es mit der Familie? Ich habe einen konkreten Fall vor Augen: Buchhändlerin, derzeit in Kurzarbeit, Mann Ergotherapeut, in Teilzeit, zwei Kinder. Wie ist es mit diesen, die vom Einkommen her gerade über der Schwelle sind, dass sie Sozialleistungen in Anspruch nehmen könnten, aber jetzt schon jeden Euro mehrfach umdrehen müssen? Eine einzige Maske oder zu wenige Masken reichen eben nicht. Da sind wir uns wohl einig. Eine OP-Maske oder eine FFP2-Maske gewährt nur ausreichenden Schutz, wenn sie nicht immer wieder aus der Hosentasche gefingert wird, sondern nach dem Tragen desinfiziert oder entsorgt und ersetzt werden kann. Eine kostenlose Verteilung der Masken wäre meines Erachtens genau der richtige Weg.

(Beifall SSW)

Flensburg macht es vor. Wer mit einem Bus der AktivBus zur Arbeit oder zum Einkaufen fahren will und sich keine Maske leisten kann, soll ab sofort beim Busfahrer eine blaue OP-Maske bekommen. In Österreich werden die Masken in den Supermärkten kostenlos verteilt. Menschen, die älter als 60 Jahre sind, sowie weitere Berechtigte haben ihren Bezugsschein für entsprechende Masken mit der Post bekommen. Vielleicht haben noch nicht alle ihren Bezugsschein bekommen; wenn nicht, bekommen sie ihn hoffentlich sehr zeitnah.

Bestehende Maskenbestände müssen jetzt unverzüglich verteilt werden. Der Bund muss diese Kosten tragen. Es muss geklärt werden, wer konkret die Verteilung übernimmt, zum Beispiel an Menschen, die ihre Wohnung nicht verlassen oder nicht verlassen können. Beispielsweise das THW, die Bundeswehr oder das Deutsche Rote Kreuz haben entspre-

(Christian Dirschauer)

chende Strukturen und könnten eine reibungslose Verteilung garantieren.

Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass auch das korrekte Tragen von FFP2-Masken die bisherigen Regeln nicht außer Kraft setzt. Weiter sollte man regelmäßig Hände waschen beziehungsweise desinfizieren, und auch die Abstände müssen weiterhin eingehalten werden.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unsere Diskussion um die Masken muss diesen Aspekt immer mitdenken. Ansonsten werden wir die Inzidenzwerte weiterhin nur schwer in den Griff bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich aufgrund der Ausführungen von Frau Rathje-Hoffmann gemeldet. Es gibt ein häufiges Missverständnis. In der Wissenschaft zählt die Wissenschaft und nicht der Wissenschaftler. Das heißt, das Zitat von Herrn Scholz - wenn ich mich richtig erinnere, bezog es sich auf den Fremdschutz und nicht auf den Eigenschutz - beruht nicht unbedingt auf dem derzeitigen Stand der Forschung, sondern auf dem Stand der Forschung von ungefähr Februar/März letzten Jahres. Seitdem ist sehr viel passiert.

Wenn ich mir die Ausbildung der einzelnen Menschen anschau, stelle ich fest, dass etwa Membranoberflächen, Strömungsdynamik, Nanopartikel nicht unbedingt Grundlage medizinischer Ausbildung ist, was auch gar kein Problem darstellt. Bei den OP-Masken - das war immer klar - geht es um den Fremdschutz. Auf Isolierstationen wird eine ganz andere Schutzausrüstung getragen.

Wir hatten im letzten Frühling die Situation, dass auch RKI und Herr Drosten gesagt haben, OP-Masken für normale Bürger seien sehr zweifelhaft, weil keine Forschungsergebnisse dazu vorlägen. Da ging es noch um OP-Masken. Später ging es um das Thema Alltagsmasken.

(Zuruf)

- Ja, genau. Man kann die Zitate heraussuchen. Das wird gerne auf Schwurbler-Seiten gemacht. Da wird natürlich nicht gesagt, wann etwas gesagt worden ist oder ob Herr Drosten in der September-Anhörung zum Beispiel gesagt hat „nach derzeitigem Erkenntnisstand“. Dann werden so kleine Videoschnipsel gebastelt. Ich habe mich deshalb gemeldet, damit das im Landtag nicht passiert.

Man muss nicht auf den RKI-Seiten gucken, Kollege Bornhöft. Ich gebe Ihnen einen kleinen Tipp für Originalliteratur. Ueki et al. haben im September/Oktobre in der Ausgabe von „mSphere“ - das ist die von der American Society for Microbiology - Microbiology; jetzt komme ich selber ins Schwanken - -

(Zuruf)

- Wenn Sie Interesse haben, dann schicke ich Ihnen das gerne zu. - Sie haben praktisch den Goldstandard für Maskenuntersuchung gesetzt, weil erst jetzt Maskenuntersuchung virulent geworden ist, übrigens mit versprühten Flüssigkeiten, mit den entsprechenden Köpfen von virusbelasteter Flüssigkeit. Es gab vorher eine ganze Masse anderer Untersuchungen. Die genannten sind jedoch sehr eindeutig. Das können Sie sich auch gerne angucken, wenn Sie einen Logarithmus lesen können. Da müssen Sie ein bisschen aufpassen.

Der Fremdschutz ist bei OP-Masken und FFP2-Masken tatsächlich ähnlich. Die FFP2-Maske ist nur ein bisschen besser. Es wurde auch untersucht, ob die FFP2-Maske gut angefittet oder nicht gut angefittet ist. Aber der Eigenschutz ist bei FFP2-Masken erheblich besser. Das ist auch relativ einfach: Wenn ich jemanden anhuste, dann geht es ja nur darum, mechanisch zu verhindern, dass ich dem anderen das Sekret praktisch ins Gesicht schleudere. Das heißt, fast jede Barriere, die halbwegs dicht ist, hilft.

Beim Thema Aerosol, muss ich ganz ehrlich sagen, helfen die OP-Masken erheblich weniger.

Übrigens als Abschluss zum Thema, dass man die falsch anlegen kann: Ja, das kann man auch bei OP-Masken. Das sehe ich übrigens auch den halben Tag lang. Insofern muss ich ganz ehrlich sagen, das kann kein Argument sein. Über alle anderen Argumente, Distribution und Kosten, können wir uns gerne streiten. Aber Herrn Scholz zu nehmen und dann quasi die Behauptung in die Welt zu setzen, OP-Masken und FFP2-Masken würden gleichermaßen wirken, ist, was den Eigenschutz angeht, wissenschaftlich widerlegt und falsch.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Tietze?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Aber gerne doch.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Dolgner, vielen Dank. - Ich will Ihre Vorlesung ungern unterbrechen, aber ich konnte bei diesen Ausführungen nur schwer folgen.

Ich habe heute eine solche Maske mitgebracht. Meine Frau hat sie gestern gekauft. Da steht „FFP2“ mit einem Prüfvermerk drauf. Jetzt gibt es zwei Probleme; das will ich Ihnen einfach einmal sagen.

Das erste ist, ich müsste wahrscheinlich erst einmal meinen Bart abrasieren. Das heißt, die größte Schwäche in dem ganzen System ist der Mensch. Es geht also um die Frage: Wie trage ich diese Maske fachgerecht? Ich habe also schon einmal den ersten Fehler gemacht. Als Barträger bin ich wahrscheinlich mit dieser Maske nicht ausreichend geschützt.

Das zweite Problem, das ich habe, ist Folgendes: Wahrscheinlich habe ich heute Morgen bei der Debatte um Schule etwas zu viel daran herumgenestellt. Jetzt ist sie nämlich kaputt.

(Zurufe: Oh!)

Das heißt, auch da frage ich mich jetzt: Habe ich hier vielleicht eine unsachgemäße Maske aus chinesischer Produktion? Ich weiß es ja nicht. Ist diese Maske entsprechend zertifiziert? Es gibt viele Leute, die sich genau diese Frage stellen, und jetzt frage ich Sie einmal als Wissenschaftler: Wie wollen wir, auch wenn wir alles richtig machen, denn vermeiden, dass der Mensch die größte Fehlerquelle ist, was das unsachgemäße Anlegen der Maske angeht?

(Zuruf SPD: Der Mann!)

- Herr Kollege Tietze, ich bewundere ja Ihre komische Art der Argumentation. Damit könnten Sie in gewissen Kreisen gut auftreten.

(Zuruf: Bei Wissenschaftlern!)

Erstens. Wenn Ihnen persönlich der Bartwuchs wichtiger ist als Ihre Gesundheit, dann ist das Ihre Entscheidung.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

- Ja, es ist Ihre Entscheidung. Aber es geht ja darum, dass wir denjenigen, die sagen, ich verzichte auf meinen Bart und möchte den besten Schutz haben, diese Möglichkeit geben. Darum geht es in dem SPD-Antrag.

(Beifall SPD und SSW)

Ich habe gerade ausgeführt, was das Thema Fremdschutz angeht, ist das nicht so kriegsentscheidend. Ich muss Ihnen allerdings sagen, auch eine OP-Maske über einem großen Vollbart hilft nicht sonderlich viel. Das hat hygienische und manchmal auch noch ein paar andere Probleme. Sie können froh sein, dass Corona keine Schmierinfektion ist. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist dann Ihre Entscheidung. Uns geht es darum, dass sich jeder den besten Schutz leisten kann. Ich gehe davon aus, dass der Staat, wenn er auftritt, sich nicht schlechte Masken andrehen lässt. Ich hoffe, Herr Spahn hat an der Stelle etwas gelernt; die Hoffnung habe ich.

Ich muss ganz ehrlich sagen, auch was Ihre zweite Frage angeht, steckt ein Fehler des Menschen dahinter. Wenn Sie an Ihren Masken herumnesteln oder sie unterhalb der Nase oder über unter dem Kinn tragen oder so etwas, dann ist die Schutzwirkung natürlich erheblich geringer. Aber der Umstand, dass wir eine suboptimale Schutzwirkung haben, weil nicht alle Menschen da sonderlich gut sind, kann ja im Umkehrschluss nicht bedeuten, dass wir ganz darauf verzichten.

Das ist eine Logik, die ich in der letzten Zeit ganz häufig gehört habe: Weil wir keine einzelne Maßnahme haben, die hundertprozentigen Schutz bietet, ist diese einzelne Maßnahme schlecht. - Nein, es gilt das Lochkäsescheibenmodell. Sie nehmen ganz viele verschiedene Scheiben Lochkäse. Jede Scheibe hat ein Loch. Aber wenn Sie 100 verschiedene Scheiben nehmen, dann haben Sie eine hundertprozentige Barriere. Ich sage Ihnen eines: Auch eine schlecht getragene FFP2-Maske schützt Sie besser als eine schlecht getragene OP-Maske und schützt Sie besser, als wenn Sie sich nur einen Schal umwickeln. Ich kann Ihnen auch Tipps geben, wie Sie die Maske zu tragen haben und wie Sie sich am besten rasieren - das können wir aber nachher machen - und wie Sie sich am besten schützen, überhaupt kein Problem.

(Heiterkeit und Beifall SPD und SSW - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Liebe Kollegen und Kolleginnen, es geht weiter mit den Kurzbeiträgen. Das Wort hat jetzt Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hätte jetzt gern diese kurzweilige Unterhaltung zwischen den beiden Kontrahenten, Herrn Professor Dolgner und Herrn Dr. Tietze, noch weiterverfolgt; das ist sicherlich erheiternd. Ich muss leider ein bisschen auf die Niederungen der Praxis zurückkommen. Ich glaube, man kann aus der ganzen Diskussion und den langen Beiträgen eines mitnehmen - ich fasse es einmal kurz zusammen -: Tragt eine Maske, und tragt sie richtig!

Aber ich glaube, wir haben auch ein anderes kleines Problem. Ich gewinne nämlich den Eindruck, dass die Diskussion, die wir heute führen, eigentlich fast zwei Wochen zu spät kommt, weil sich die Sachlage in den letzten zwei Wochen geändert hat. Ich glaube, dass wir mit dem Jamaika-Antrag genau auf der richtigen Spur sind, die Masken in die Bevölkerung hineinzubringen und es den Menschen zu ermöglichen, solche Masken zu tragen und sie in ausreichenden Mengen zu bekommen.

Ich möchte nur vor einem warnen. Wir haben beim Thema „Masken für Senioren“ erlebt, was staatliche Organisation zum Teil anrichten kann. Ich möchte davor warnen, solche Fehler noch einmal zu machen. Das geht natürlich in Ihre Richtung, was die Verteilung von Masken angeht. Wir haben eben von Herrn Dirschauer gehört, dass die Masken in Österreich einfach von jedem Busfahrer zu bekommen sind.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Da gibt es keine fälschungssicheren Gutscheine, die von der Bundesdruckerei gedruckt werden, dann an irgendwelche anderen Stellen geschickt werden, wo man feststellt, dass man keine Adressen hat. Daher sagt man: Oh, wir schätzen einmal anhand des Vornamens, wer wie alt sein könnte. - Stellen Sie sich einmal den Aufwand dafür vor, um diese Bezugsscheine überhaupt zu versenden.

Danach - Sie haben das genau richtig angesprochen - stellen sich die Senioren oder auch die Dreijährigen, die zufällig Paul heißen, vor die Apotheke und warten eine halbe Stunde in einer langen Schlange, bis sie die Maske bekommen. Genau an der Stelle anzusetzen, ist doch viel wichtiger. Kollege Bornhöft hat es gerade erwähnt. Der Preis für OP-Mas-

ken liegt bei etwa 9 € für 100 Stück. Eine FFP2-Maske wird derzeit von LIDL und Aldi an vielen Stellen für 99 ct das Stück verkauft. Das sind die Beträge, über die wir reden. Ich glaube, daran sollten wir uns orientieren.

Wenn ich Jens Spahn oder Angela Merkel gewesen wäre, dann hätte ich nicht diesen Aufwand mit den Papieren in der Distribution betrieben. Ich hätte den Telefontaster in die Hand genommen und hätte - ich sage es hier einmal ganz deutlich - den Chef von Amazon Deutschland angerufen und gesagt: Du kannst doch Logistik. Wir brauchen kein THW und keine Bundeswehr. Kannst du mir nicht ein paar Millionen Sendungen verschicken? - Damit kann man das ganz einfach und pragmatisch lösen.

Bitte nutzen Sie die Möglichkeiten, die es heute in der Wirtschaft gibt. Es gibt Institutionen, die in großen Mengen Ware verteilen können. Es gibt Institutionen, die solche Waren auch preisgünstig anbieten können. Und dann sorgen wir dafür, dass die Menschen die entsprechende Unterstützung bekommen, so wie es die Koalition beantragt hat.

(Beifall FDP - Zurufe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dr. Bohn?

Stephan Holowaty [FDP]:

Gern.

(Zuruf: Das ist die Umsetzung von eurem Antrag? - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Jetzt hat die Abgeordnete Dr. Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Kollege Holowaty, ich nehme das auf, was Sie gerade gesagt haben, nämlich was Sie getan hätten, wenn Sie Bundeskanzlerin wären oder wenn Sie sonst ein Amt in der Regierung hätten. Ich frage mich allerdings, wie das mit dem Datenschutz aussieht. Haben ich Sie gerade eben richtig verstanden, dass Sie Sozialdaten an Amazon geben würden?

Ich verstehe den Punkt mit der Beschleunigung. Ich verstehe auch den Punkt mit der Logistik, wenn Sie professionell gemacht wird, dass das einfach geht, oder auch wenn es um sonst was geht. Das kann ich alles

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

verstehen. Aber habe ich das gerade eben richtig verstanden?

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Kollegin Bohn, ich danke Ihnen, dass Sie meine Redezeit erweitern, die gerade auf 10 Sekunden heruntergelaufen war. Da kann ich die Frage gern beantworten.

Als Datenschutzmensch lege ich natürlich ganz großen Wert auf Datenschutz. Ein Teil des Gesprächs mit dem Chef von Amazon wäre nicht nur gewesen: „Kannst du das versenden?“, sondern: „Kannst du sicherstellen, dass mein Datensatz nicht in deine allgemeinen Kundendaten eingeht? Kannst du sicherstellen, dass die Daten entsprechend vertraulich bleiben?“

(Unruhe und Zurufe)

- Jetzt lachen Sie mal nicht! Jeder, der jetzt lacht, macht sich nur Gedanken darüber, wo Probleme liegen, aber nicht darüber, wo Lösungen liegen könnten. Meine Prognose wäre, dass er sagt: „Lassen Sie mich 48 Stunden darüber nachdenken.“ Er wird danach sagen: „Ja, das kann ich machen.“ - Danke schön.

(Beifall Kay Richert [FDP] - Zurufe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat nun die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Holowaty, ich frage mich gerade, wovon Sie nachts träumen.

(Unruhe)

Das ist wirklich eine ganz komische Art und Weise, hier Dinge darzustellen.

Ich würde gern noch einmal auf die Menschen zurückkommen, die es betrifft. Gestern Abend wurde vor einem Supermarkt in Schleswig eine ältere Dame abgehalten, in den Supermarkt einzutreten, weil sie keine FFP2-Maske bei sich hatte. Wahrscheinlich ist das Thema an ihr vorbeigegangen, die Verordnung ist ja noch relativ neu.

Da ich immer eine Ersatzmaske in meiner Handtasche habe, konnte ich ihr in dieser Situation selbstverständlich helfen. Sie sah nicht gerade so aus - auch, weil sie schon älter war -, dass sie nun Sozialleistungen bezieht. Davon gibt es tatsächlich viele, glaube ich. Viele, die keine Leistungen bekommen,

haben auch nicht viel Geld, gerade in dieser Zeit der Pandemie, in der ganz viele Jobs reduziert worden und Menschen in Kurzarbeit sind, wenn zum Beispiel beide Partnerteile in der Gastronomie tätig sind, wo immer noch zusätzlich aufgestockt wird, weil das Gehalt in der Gastronomie eben so schlecht ist.

(Anhaltende Unruhe - Glocke Präsidentin)

- Danke schön. - All diese 450-€Jobs sind weggefallen. Das ist bei Studierenden der Fall, aber auch bei ganz vielen Familien, die immer noch ein Zubrot brauchen, damit sie ihr Häuschen abbezahlen können. Das sind genau die Menschen, die hinten runterfallen, weil sie nicht in irgendwelchen Listen sind und nicht irgendwo zusätzlich vom Sozialstaat Geld beziehen. Trotzdem haben diese Menschen kein Geld beziehungsweise nur wenig Geld.

Bei eurem Antrag gefällt mir auch überhaupt nicht, dass ihr die Auszubildenden nicht berücksichtigt habt, die Studierenden - das Thema diskutieren wir im Augenblick ja auch an allen Ecken und Kanten -, dass die Nebenjobs für die Studierenden zum großen Teil gar nicht da sind. Viele Studierende werfen jetzt das Handtuch und müssen ihr Studium aus rein finanziellen Gründen aufgeben. Da blockiert ihr total und blendet die Lebensrealität aus. Ihr blendet aus, dass es Menschen gibt, die an dieser Stelle, hier und heute, viel zu wenig Geld haben. Ja: Die Masken sind zum Teil so günstig, wie Sie es eben dargestellt haben. Aber auch davon brauche ich ja einige im Monat. Auch das ist den Leuten viel zu viel.

In der Verordnung, die ihr auf den Weg gebracht habt, steht: Kinder ab sechs Jahren müssen diese Masken auch in Einkaufsflächen, aber eben auch in Bussen tragen. Was mache ich denn jetzt, wenn ich eine Familie mit drei oder vier Kindern habe? Dann muss ich doch jedes Kind mit diesen Masken ausstatten, egal, wie alt es ist. Da kann man doch jetzt nicht einfach sagen: Machen wir nicht, wir stellen erst einmal in Berlin einen Antrag, und dann dauert das.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Birte Pauls [SPD]:

Jetzt haben wir seit Montag diesen Beschluss hier. Der ist von dieser Landesregierung getragen worden. Da erwarte ich, dass diese Landesregierung

(Birte Pauls)

den Menschen hier diese Masken zur Verfügung stellt. - Danke schön.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat die Finanzministerin, Frau Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Sehr geehrte Damen und Herren! In den letzten Tagen habe ich mich sehr ausführlich mit dem Thema Masken beschäftigt, weil wir uns natürlich als Landesregierung die Frage gestellt haben: Wie können wir schnell helfen?

Was sagt das aus? Erstens: Wir schieben die Verantwortung nicht nach Berlin, sondern schauen hier, was wir tun können. Zweitens: Die Verantwortung, liebe Frau Pauls, liegt aber in Berlin, denn die Gesetzgebung für die Sozialleistungen ist eine Bundesgesetzgebung.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Im Rahmen der gleichwertigen Lebensverhältnisse und der bundesweiten Verpflichtung, Masken zu tragen, wäre es das Erste, dass der Bund seine Verantwortung wahrnimmt und uns eine Lösung präsentiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, noch einen Satz dazu, der noch etwas erhellend ist: Nun ist es nicht nur eine These von mir, dass das eine bundespolitische Verantwortung ist, sondern - so sagen die Ticker - der Bund nimmt seine Verantwortung auch wahr. Auf den Tickern ist Folgendes zu lesen - ich zitiere -:

„Die Bundesregierung strebt eine schnelle Regelung für eine kostenfreie Abgabe von medizinischen Masken an arme Menschen an. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn bereiten eine entsprechende Sachleistung für Hilfsbedürftige in der Grundsicherung vor, sagte eine Regierungssprecherin.“

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Sie erlauben eine Zwischenfrage?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Gerne.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Ministerin! Man hat in der Debatte ja gesehen, dass die Maske auch noch andere Vorteile hat, weil man manchmal die Gesichtsreaktionen nicht sehen kann. Was Sie eben gesagt haben, bezieht sich auf Sozialleistungen. Sozialleistungen haben in Deutschland die Voraussetzung, dass festgestellt werden muss, ob jemand bedürftig ist. Worüber wir aber hier reden, ist, dass wir keine Bürokratie brauchen, wo geklärt wird, ob jemand Hilfe braucht, sondern dass die Masken so schnell wie möglich zu jedem kommen. Ursprünglich wollten wir auch, dass die Masken nur an Sozialtransferempfänger und an Geringverdiener abgegeben werden. Wir haben uns aber entschlossen, einen Antrag zu stellen, sie an alle zu geben, weil es der einzige Weg ist, ohne Bürokratie schnell dafür zu sorgen.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Das ist auch der Grund, warum es nicht um die Frage geht, wer für die Sozialleistungen zuständig ist. Bund und Länder haben vereinbart, es in allen Ländern zu verschärfen. Das unmittelbar zur Verfügung zu stellen, ist übrigens billiger, als die Kosten zu tragen, die entstehen, wenn man es nicht macht.

- Sehr geehrter Herr Stegner, würden Sie mir einmal - wenn ich darf - netterweise die Frage beantworten, welches Volumen Sie in Schleswig-Holstein zur Verfügung stellen wollen, damit Ihr Antrag Realität werden kann?

- Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Bei den Summen, die wir momentan dafür aufwenden, die Reparaturkosten zu bezahlen - zum Teil übrigens, ohne groß zu fragen -, bei den Milliardensummen, die wir aufwenden, um Unternehmen zu retten, kann ich Ihre Frage nicht so richtig verstehen. Wenn es uns gelingt, die bedrohliche Ausbreitung der Infektionsketten des mutierten Virus zu bekämpfen, indem die Menschen Masken tragen, können wir gern am Ende eine Schlussrechnung machen, ob das vernünftig war. Ich bin mir aber sicher, dass Sie mir zustimmen werden, dass die Masken wahrscheinlich besser sind.

(Beifall SPD)

(Ministerin Monika Heinold)

- Ich bin ganz bei Ihnen, Herr Stegner, dass wir als Staat verpflichtet sind, dazu beizutragen, dass alle Menschen auch im Interesse des Gesundheitsschutzes sich und andere schützen und Masken erwerben können. Deshalb sind wir seit vielen Tagen dabei, uns zu überlegen, wie es gehen kann.

Ich will gleich auf die Unterschiede, die es in der Debatte gibt, hinweisen: auf das, was der Bund vorschlägt, und auf das, was Sie hier fordern. Das ist ja wieder einmal meilenweit auseinander, obwohl Sie Teil der Bundesregierung sind.

Ich hätte aber schon erwartet, dass Sie zumindest wissen, was Ihr Antrag kostet. Ich finde es richtig, Geld zu investieren. Aber zu wissen, was der eigene Antrag kostet, ist eine Minimalanforderung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir schauen uns einmal an, wo die Unterschiede liegen:

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Die Bundesregierung will Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern helfen. Das wollen wir in der Jamaika-Koalition auch. Die SPD will allen helfen, sie will also eher das Prinzip Gießkanne - ich nenne es einmal so. Wir als Jamaika-Koalition sind wiederum für Geldleistungen. Ich finde den Bundesratsantrag richtig, den wir hatten. Ich hätte eine Geldleistung präferiert, weil dabei die Freiwilligkeit in der Frage, wer sich welche Maske zulegt, gegeben ist und nicht vorbestimmt wird, welche Maske getragen werden soll. Insofern fand ich unseren Antrag mit der Bundesratsinitiative für Geldleistungen richtig.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie schütteln mit dem Kopf. Ich finde es schade, dass sich das scheinbar nicht durchsetzt, aber immerhin hilft der Bund jetzt. Ich bin sehr gespannt, wie der Bund das machen will. Das ist ja jetzt erst einmal eine Ankündigung, die etwas unpräzise ist.

Sie haben vorhin das Wort „Bürokratiemonster“ gewählt und dabei Heiner Garg und mich ganz böse angeguckt. Ich will einmal sagen: Wir beide haben nun mit der Bürokratie dieser Bundesregierung überhaupt gar nichts zu tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Immer wieder gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Frau Ministerin, wir sind wahrlich die Letzten - wenn ich darüber nachdenke -, die nicht einräumen würden, dass es gelegentlich bei denen, denen etwas ganz unbürokratisch und schnell versprochen wurde, länger dauert, als wir uns das wünschen. Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ihre Antwort vorhin kann man auch knapp anders zusammenfassen. Die heißt nämlich auf gut Deutsch gesagt: Gesundheitsschutz hat für uns Priorität, aber die FF-P2-Masken sind uns zu teuer. - Da muss ich ganz ehrlich sagen: Das ist keine gute Botschaft. Selbst wenn Sie fragen, wie das geht, selbst wenn Sie sie vor den Kaufhäusern oder vor den Bushaltstellen auslegen würden, je nachdem, wo die Leute die Masken brauchen, sodass diese getragen werden können, wäre das vernünftig investiertes Geld, denn die Reparaturkosten sind höher.

Ich verstehe gar nicht, wo das Problem ist. Der Staat stellt in vielen Bereichen Infrastruktur aus generalpräventiven Überlegungen heraus zur Verfügung. Wir befinden uns in einer Phase, in der der Gesundheitsminister uns drastisch geschildert hat, was passiert, wenn wir den Wettlauf zwischen dem mutierten Virus und den Impfmöglichkeiten verlieren. Da stellen Sie lange Anträge im Bundesrat, wie das über die Sozialbürokratie verteilt werden kann. Das ist weder schlau noch vernünftig, sondern es erweckt lediglich den Eindruck, das sei Ihnen zu teuer, und das sehen wir anders. Das wollte ich klar sagen.

(Beifall SPD)

- Sehr geehrter Herr Stegner, das, was Sie hier sagen und mir unterstellen, ist totaler Blödsinn, und das wissen Sie auch.

(Beifall FDP)

Wir haben als - ich glaube - erste Landesregierung gesagt, wir machen einen Bundesratsantrag, weil wir wollen, dass alle Menschen finanziell in der Lage sind, sich Masken zu beschaffen. Wir finden eine Geldleistung richtig, damit die Wahlfreiheit besteht, welche Maske es ist. Eine Geldleistung wäre auch

(Ministerin Monika Heinold)

unbürokratisch, wenn - und das kommt dazu - diese Geldleistung in dem ganz normalen System der Grundsicherung, im Rahmen von SGB II und SGB XII, aber auch des Asylbewerberleistungsgesetzes gezahlt werden würde.

Wir haben darüber mit der Bundesarbeitsagentur gesprochen, und wir haben darüber mit den Kommunen gesprochen. Alle haben ihre Unterstützung signalisiert. Aber natürlich hat uns die Bundesagentur auch gesagt, dass das System der Sozialleistungen, wie wir es jetzt haben, ein Bundessystem mit einer Bundes-IT ist. Deshalb ist der vermutlich vernünftigste, schnellste, pragmatischste und effektivste Weg, genau über dieses Instrument für die Monate, in denen die Maskenpflicht besteht, den Satz um 10 € pro Monat hochzusetzen. Dann hätten Sie ganz effektiv denen geholfen, die es brauchen. Vor allem hätten Sie die Wahlfreiheit und die Selbstbestimmtheit, und darauf kommt es doch an. Das wäre selbstbestimmt, damit alle mithelfen können, sich und andere zu schützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, es ist richtig, wenn wir sagen, wir geben viel Geld in der Pandemie aus. Deshalb haben wir als Land ja auch gesagt: Wenn es keine Bundeslösung gibt, dann nehmen wir selbst Geld in die Hand. Das haben bei Weitem nicht alle Bundesländer gesagt.

Aber es ist doch Ihre Bundesregierung, Herr Stegner, die jetzt vorschlägt, nicht nach dem Prinzip der Gießkanne vorzugehen. Das war Ihre Bundesregierung, das war die Forderung Ihres Arbeitsministers, der gesagt hat, er will den Leuten, die Grundsicherung erhalten, helfen. Also stellen Sie uns doch nicht als unsozial dar, wenn Ihr eigener sozialdemokratischer Bundesminister genau dieses gefordert hat, was ich hier vertrete!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, der Unterschied zwischen Ihrer Bundesregierung und uns liegt darin, dass wir eine Geldleistung präferiert hätten über die Systeme der sozialen Sicherung. Sie wollen jetzt auf Bundesebene - die CDU ist auch mit dabei - eine Sachleistung schaffen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ja, sie ist mit in der Bundesregierung dabei. Das habe ich vorhin schon einmal erwähnt, als ich ein bisschen verklausuliert gesagt hatte, Herr Garg und ich haben nichts damit zu tun.

(Beifall FDP)

Ich habe es jetzt noch einmal ein bisschen deutlicher gesagt. - Aber jetzt hat sich die Bundesregierung entschieden, und ich bin froh, dass die Bundesregierung das in die Hand nimmt. Jetzt hat sie sich entschieden: Sachleistungen für Hilfsbedürftige.

Weil wir schon immer schauen müssen, dass das unbürokratisch geht und dass das Geld vernünftig eingesetzt wird, müssen wir sehen, und das ist mein großer Wunsch, dass nicht wieder 6 € pro FFP2-Maske an die Apotheken gezahlt werden, wie es anscheinend bisher der Fall war, sondern dass der Bund, wenn er denn FFP2-Masken an die Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung verteilen will, dies möglichst auch wirtschaftlich macht.

Mein Interesse ist, dass bei den einzelnen Hilfeempfängerinnen und -empfängern möglichst viele Masken ankommen, damit sie auf jeden Fall durch die Woche kommen. Das Mindeste scheint ja zu sein, dass man sieben Masken hat. Das ist das Allermindeste, sagen die Experten. Da soll man die Wochentage draufschreiben und die Masken an den Tagen tragen und danach an einen Haken hängen.

Meine Damen und Herren, ich fasse wie folgt zusammen: Erstens. Es ist gut, dass der Bund hilft. Zweitens. Wir hätten lieber einen anderen Weg gewählt. Drittens. Wir waren als Land bereit, schnell zu helfen, gehen jetzt aber davon aus, dass das Bundeskonzept greift. Viertens. Es wird eine große Herausforderung für den Bund, dies auch logistisch hinzubekommen. Nachdem ich mich mehrere Tage mit dem Thema beschäftigt habe, sage ich einmal: Bei uns wurde eher scherzhaft gesagt: Lasst das doch mal Amazon machen. Wir werden aber natürlich nicht die Daten unserer Bürgerinnen und Bürger und schon gar nicht die der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger oder die der Empfänger anderer staatlicher Leistungen Amazon geben können und sagen: Mach mal! - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Ministerin hat die Redezeit um 1,5 Minuten überschritten. Diese Redezeit steht jetzt auch allen Fraktionen zu. - Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es richtig spannend: Wir diskutieren hier über die Ernsthaftigkeit der Lage und darüber, dass wir dringend Masken brauchen, damit das Virus sich nicht so stark ausbreitet, und dann spielen wir das Spiel: Ihre Bundesregierung, meine Bundesregierung. Ich muss ganz ehrlich sagen, das taugt wirklich nichts.

Frau Ministerin, was ist denn mit dem Selbstbestimmungsrecht los, wenn wir vorschreiben, dass die Masken überall getragen werden müssen? Wo ist denn da das Selbstbestimmungsrecht? - Das gibt es doch überhaupt gar nicht, das ist doch vorgeschoben. Das ist wirklich vorgeschoben.

(Beifall SPD)

Ich will einmal etwas zitieren. Da kommt ein Bundespolitiker und sagt Folgendes: Es wäre sinnvoll, die FFP2-Masken, die sehr teuer sind, zu subventionieren und an diejenigen, die es nicht so dicke haben, kostenlos abzugeben. - Der Vorstandschef der Grünen, Robert Habeck, hat das gesagt. Das ist genau das, was wir hier vorgetragen haben. Ich zitiere Robert Habeck nicht jeden Tag, aber damit sind diejenigen gemeint, die es nicht so dicke haben, nicht nur die Transferempfänger.

(Beifall SPD und SSW)

Ich verstehe Sie überhaupt nicht. Es gibt Bundesländer, die beschlossen haben, diese direkt zu verteilen. Der einzige unbürokratische Weg ist der, die Dinger direkt zu verteilen und nicht großartige Rechnungen anzustellen. Das mit Amazon vergessen wir lieber, sonst ist der Minister nämlich seinen Job los, weil er dann gegen den Datenschutz verstößt. Das wollen wir nicht, lieber Heiner Garg. Da sollten Sie dem Rat Ihrer Parteifreunde an der Stelle nicht folgen.

Im Kern jedenfalls können wir nicht vormittags sagen: Leute, tragt diese Masken, und zwar am besten die, die am hochwertigsten sind, und am Nachmittag diskutieren wir wie alle Tage ohne Corona über Sozialtransfersysteme, über Anträge im Bundesrat und über Verfahren, die 14 Tage dauern, um überhaupt in Gang zu kommen, und am Ende besteht die Maskenpflicht schon sehr viel länger. Das ist das Problem.

Ich finde, wenn die Masken zur Verfügung gestellt werden, dann ist das eine bessere Maßnahme als viele andere, die gelegentlich ergriffen werden. Deshalb sollten wir es machen, und deshalb haben wir unseren Antrag gestellt.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ist beantragt worden, einen der Anträge dem Ausschuss zu überweisen, oder sollen wir direkt zur Sachabstimmung kommen?

(Zurufe: Sachabstimmung!)

- Alles klar. Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. - Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2728, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2738, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag angenommen.

Tagesordnungspunkt 16 wird auf morgen vertagt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 38:

Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.07.2020 bis 30.09.2020

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 19/2657

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Hauke Göttsch.

Hauke Göttsch [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine Damen und Herren! Das Beste zum Schluss!

(Heiterkeit)

Heute Abend stelle ich Ihnen den Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das dritte Quartal 2020 vor. Im dritten Quartal 2020 sind beim Petitionsausschuss 81 neue Petitionen eingegangen. Der Ausschuss hat in diesem Zeitraum 82 Petitionen abschließend behandelt. Er hat eine Anhörung von Vertretern der Landesregierung sowie einen Ortstermin durchgeführt. Die weiteren Zahlen aus dem

(Hauke Götttsch)

Berichtszeitraum ergeben sich aus dem Bericht, der Ihnen allen vorliegt.

Meine Stellvertreterin, Frau Ünsal, und ich haben zudem am 21. und 22. September 2020 an der Tagung der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder in Dresden teilgenommen.

Auch in diesem Quartal haben den Ausschuss zahlreiche Petitionen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern zur Coronapandemie erreicht. Die Beschwerden reichen von der Wiedereröffnung der Schulen über die Verschiebung der Abiturprüfungen 2021, den Einsatz der Bundeswehr während der Pandemie, abgelehnten Anträgen auf Corona-Soforthilfe bis hin zu einer Rücknahme der Maskenpflicht - um nur einige Petitionen zu nennen. Der Ausschuss hat den betroffenen Menschen die aktuelle Rechtslage erläutert und Lösungsmöglichkeiten für ihre Anliegen aufgezeigt.

Aber auch ganz andere Anliegen erreichen den Ausschuss. Ein Petent begehrt ein ressourcensparendes und für alle Beteiligten vereinfachtes Verfahren bei der Beihilfebeantragung und -berechnung auf digitaler Basis. Der Petitionsausschuss begrüßt, dass die Vereinfachung und Digitalisierung der Beihilfeabwicklung in Schleswig-Holstein weiter vorangetrieben wird.

In einem anderen Fall bittet die Petentin um Hilfe bei einer Bewerbung auf eine Stelle in der Gerichtshilfe bei einer Staatsanwaltschaft in Schleswig-Holstein. Nach § 7 Bewährungs- und Gerichtshilfegesetz dürfen die Stellen in der Gerichtshilfe nur von Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung besetzt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels begrüßt der Ausschuss das Vorhaben des Justizministeriums, die Schaffung einer Ausnahmeregelung zu den starren Qualifikationsvoraussetzungen im Bewährungs- und Gerichtshilfegesetz zu prüfen und der Petentin zu helfen. - Vielen Dank, Herr Minister!

Jetzt möchte ich noch eine Zahl nennen: Im Jahr 2020 sind 100 Petitionen mehr als im Jahr 2019 eingegangen. Auch vor diesem Hintergrund möchte ich ganz besonders meinem Petitionsausschussbüro danken. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auch unter den schwierigen Bedingungen der Pandemiezeit all diese Petitionen bearbeitet, zum Teil im Homeoffice. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich danke auch den Mitgliedern des Petitionsausschusses. Wir waren immer intensiv in der Sache

engagiert und sind stets konstruktiv miteinander umgegangen. Wir versuchen immer, für die Petenten das Beste herauszuholen - auch wenn der Bart ab muss, Herr Dr. Tietze; es hilft nichts.

(Heiterkeit Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielen Dank noch einmal an alle Mitglieder, besonders aber an mein Ausschussbüro!

Ihnen einen schönen Feierabend und bis morgen! Bleiben Sie gesund!

(Beifall)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 19/2657 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich beende die Sitzung. Wir sehen uns morgen.

Schluss: 17:55 Uhr